

Verantwortung



„Friede
muss gewagt
werden“

Zeitschrift,
herausgegeben im Auftrag von
„Martin-Niemöller-Stiftung und
Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.“

39. Jahrgang / Nr. 76
Dezember 2025
ISSN 0936-7454

76

I. Zur Erinnerung: Mahnungen zum Frieden in einem Jahrhundert der Katastrophen

KARLHEINZ LIPP Evangelische Friedensaufrufe von 1913 aus Deutschland und Frankreich.....	3
REINHARD MÜLLER „80 Jahre danach“: Markante Worte von Bonhoeffer zu Frieden und verantwortlichem Widerstand	8
MARTIN NIEMÖLLER Gibt uns die Bundeswehr Sicherheit? (1957)	21

II. Dokumentation: Stellungnahmen zu den gegenwärtigen Kriegen

GEISTLICHE UND LAIEN DER RUSSISCH-ORTHODOXEN KIRCHE „Christus und dem Evangelium treu bleiben“ (30.1.2025)	25
UWE-KARSTEN PLISCH Schreiben an den Rat der EKD (1.4.2025)	31
REINHARD MÜLLER „Angst vor Krieg: Die Deutschen in der Zeitenwende“ (Offener Brief vom 7.4.2025)	33
PRO PEACE Aufruf für eine Zwei-Staaten- Lösung (13.6. / 30.7.2025)	34
REFORM MOVEMENT Stellungnahme zum Hunger in Gaza (27.7.2025)	35
ORTHODOXE RABBINER Erklärung gegen Hunger in Gaza (25.8.2025)	36
VORSTAND DER BONHOEFFER- NIEMÖLLER-STIFTUNG Menschen in Not in Palästina und Israel (2.10.2025)	37

III. Zur Denkschrift „Welt in Unordnung“ der EKD

UWE-KARSTEN PLISCH Rezension zur neuen Friedensdenkschrift der EKD (10.11.2025)	38
VORSTAND DER BONHOEFFER- NIEMÖLLER-STIFTUNG Stellungnahme zur neuen Friedensdenkschrift der EKD (10.11.2025)	41

IV. Nachrufe.....43

DEUTSCHER KOORDINIERUNGSRAT DER GESELLSCHAFTEN FÜR CHRISTLICH- JÜDISCHE ZUSAMMENARBEIT Im Gedenken an Micha Brumlik.....	43
LERNORT GARNISONKIRCHE In Trauer um Micha Brumlik	44

V. Tagungsankündigung

Friedensethische Tagung in Erfurt, 1.–3.5.2026.....	46
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,

„Friede muss gewagt werden“ – diesen oft zitierten, aber nur selten beherzigten Satz Dietrich Bonhoeffers aus seiner Friedensrede auf der dänischen Insel Fanø im August 1934 habe ich als Motto für Heft 76 der Verantwortung gewählt. Karlheinz Lipp erinnert daran, wie deutsche und französische Friedenspfarrer vor dem Ersten Weltkrieg den Einsatz für einen evangelisch begründeten Pazifismus gewagt haben. Reinhard Müller erinnert an Bonhoeffers Wagnis, sich als Pazifist an der Verschwörung zum Umsturz des Nazi-Regimes zu beteiligen. Und aus aktuellem Anlass soll Martin Niemöller mit einer Rede aus dem Jahr 1957 zu Wort kommen, in der er es wagt, den Glauben an die Bundeswehr in Frage zu stellen.

Es ist momentan nicht absehbar, wie sich die humanitäre Lage im Gazastreifen und die Bemühungen um eine Beendigung des Krieges Russlands gegen die Ukraine in naher Zukunft entwickeln werden. Gelegentlich auf-flackernden Hoffnungen auf Frieden steht die Angst vor einem Rückfall in militärische „Lösungen“ gegenüber. Im Sinne der Herstellung einer Gegenöffentlichkeit dokumentieren wir gleichwohl Äußerungen aus der russisch-orthodoxen Kirche, von jüdischen Rabbinerinnen und Rabbinern und aus unserem Verein, die die Hoffnung auf Frieden stärken wollen. Sollten manche dieser Stellungnahmen bei Auslieferung des Heftes bereits überholt erscheinen, wäre dies ein Hoffnungszeichen. Ein Zeichen der Mutlosigkeit hat jedoch die Evangelische Kirche in Deutschland mit ihrer neuen Denkschrift „Welt in Unordnung“ gesetzt. Sie fällt damit hinter ihre bisherigen friedensethischen Positionen zurück, wie die hier dokumentierten kritischen Stellungnahmen aus unserem Vorstand belegen.

Es bleibt eine bittere Ironie der gegenwärtigen weltpolitischen Konstellation, dass ausgerechnet der zunehmend autoritär regierende Präsident der USA, dem kein verantwortlich Denkender über den Weg traut, Bewegung in die verhärteten Fronten zu bringen scheint. Ist dies ein Beispiel für die von Bonhoeffer beschriebene „Maskerade des Bösen“, in der „das Böse in der Gestalt des Lichts“ und „des geschichtlich Notwendigen“ erscheint? Oder bewährt sich hier sein Glaubenssatz, „daß Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will“? Gilt noch Karl Barths Überzeugung: „Es wird regiert“?

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Ihr Andreas Pangritz

I. Zur Erinnerung: Mahnungen zum Frieden in einem Jahrhundert der Katastrophen

KARLHEINZ LIPP

Evangelische Friedensaufrufe von 1913 aus Deutschland und Frankreich

Das Jahr 1913 brachte in vielen europäischen Staaten eine weitere Welle der Aufrüstung in einer ohnehin von Imperialismus, Nationalismus und Kriegsgefahr geprägten Epoche. Ein Jahr nach der Balkankrise, in der ein großer Krieg gerade noch einmal abgewendet werden konnte, bedeutete die deutliche Aufstockung der Armeen einen weiteren Schritt hin zu einer militärischen Eskalation. Aber auch und gerade in dieser Phase verstummten die Friedensstimmen nicht. Dies zeigen zwei Beispiele aus dem deutschen und französischen Protestantismus.

Evangelische Friedenspfarrer von 1892 bis 1913

Die problematische Verbindung der evangelischen Landeskirchen mit der Obrigkeit seit der Reformation erfuhr im 19. Jahrhundert noch eine Steigerung, da 1871 der protestantische König Preußens zugleich Deutscher Kaiser wurde. Das Bündnis von Thron und Altar schuf die Voraussetzung für die evangelische Legitimation des kaiserlichen Deutschland – und die erfolgreichen Kriege von 1864, 1866 und ganz besonders 1870/71 zeigten dies deutlich. In den Kriegspredigten wurde der Sieg über den angeblichen „Erzfeind“ Frankreich vor allem als ein Erfolg über die liberal-aufgeklärten Ideen von 1789 verstanden. Hier artikulierte sich sehr klar die tief sitzende antirevolutionäre, antidemokratische, antisozialistische und antipazifistische Haltung großer Teile des deutschen Protestantismus, an

der sich bis weit in das 20. Jahrhundert nichts änderte. Und nicht zu vergessen: Kaiser Wilhelm I. organisierte als junger Kartätschenprinz die militärische Niederschlagung der Revolution von 1848 mit.

Bereits im Krieg von 1870/71 wurden die theologischen Standpunkte von 1914 bis 1918 – und darüber hinaus – vorweggenommen. Militarismus, ein aggressiver Nationalismus und Monarchismus erfuhren eine christliche Legitimation. Dabei erwiesen sich die lutherische Zwei-Reiche-Lehre und die gängige Interpretation von Römer 13 als besonders wirksam. Gott wurde als Lenker des siegreichen Deutschland verstanden. Sehr viele Pfarrer – Pfarrerinnen gab es noch keine – vertraten völlig unreflektiert diesen kriegstüchtigen Standpunkt und unterstützten damit hemmungslos den Kriegskurs des imperialistischen Kaiserreichs. Viele, aber nicht alle.

Im Jahre 1892 gründeten Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried in Berlin die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG). Bis 1914 umfasste diese Friedensorganisation, die noch heute existiert, in ca. 100 Ortsgruppen ca. 10.000 Menschen. Der Pfarrer Hermann Hetzel (Fürstenwalde) wirkte 1893/94 als Vorsitzender der DFG. Im Jahre 1894 traten zwei Pfarrer der DFG bei, die maßgeblich den Kurs des pazifistischen Protestantismus prägten: Otto Umfrid (Stuttgart) und Ernst Böhme (Kunitz bei Jena). Dass der regionale Schwerpunkt der DFG besonders in Württemberg lag, ist vor allem das große Verdienst des sehr aktiven Stuttgarter Stadtpfarrers Umfrid. Dieser Friedenspfarrer verfasste ca. 600 Publikationen, wirkte seit 1900 als Vizepräsident der DFG und wurde für den Friedensnobelpreis 1914 nominiert.



Bertha von Suttner



Alfred H. Fried

Der Thüringer Pfarrer und Friedenspädagoge Ernst Böhme entwickelte ebenfalls eine rege publizistische Tätigkeit, unterzeichnete viele Friedensresolutionen und organisierte mit der Ortsgruppe Jena (Helma Greiner) der



Weltfriedenskongress 1907 in München: Bertha von Suttner (sitzende Reihe, Zweite von links), Ludwig Quidde (rechts daneben), de: Frédéric Passy (rechts daneben); Margarethe Quidde (hinter Ludwig Quidde), Henri La Fontaine (rechts neben ihr), A. H. Fried (stehende Reihe, Dritter von rechts), Tomáš Garrigue Masaryk (sitzend in der Mitte)

DFG den ersten deutschen Friedenskongress in Jena im Mai 1908. Auf dieser Friedenstagung hielten drei evangelische Theologen Hauptvorträge. So sprachen der Marburger Theologieprofessor Martin Rade über *Machtstaat, Rechtsstaat und Kulturstaat*, der Jenaer Neutestamentler Heinrich Weinel über *Christentum und Patriotismus* sowie Otto Umfrid über *Kolonisation und Auswanderung*.

Im September 1907 referierte der württembergische Pfarrer Theodor Rohleder in München auf dem 16. Weltfriedenskongress über das Verhältnis von Kirche und Friedensbewegung. Rohleders kulturprotestantischer Ansatz sah das Ziel der Religion im Reich Gottes, das sich in der Verwirklichung von Frieden und Gerechtigkeit zeige. Dies schließe den Völkerfrieden ausdrücklich mit ein, und die Kirchen, Pfarrer und Theologen müssten daher, so Rohleder, auf dieses Ziel hinarbeiten – und der Friedensbewegung nicht gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstehen. Theodor Rohleders Vortrag blieb nicht ohne Folgen.

Im Dezember 1907 richteten Umfrid, Rade und Pfarrer Lic. Weber (Mönchengladbach) einen Friedensaufruf an ca. 1000 Pfarrer in Deutschland. Die drei Verfasser verwiesen auf die zahlreichen Geistlichen, die in den USA und Großbritannien sehr rege die dortigen Friedensgesellschaften unterstützen und wollten die deutschen Pfarrer zur Mitarbeit in der DFG gewinnen. Von den 1000 angesprochenen Theologen reagierten in den fol-

genden Wochen ca. 15 % positiv, ca. 100 Geistliche traten der DFG bei. Dies muss angesichts der überwiegend antipazifistischen Rahmenbedingungen in den evangelischen Landeskirchen als ein beachtlicher Anfangserfolg gewertet werden. Im Frühjahr 1908 veröffentlichte die DFG eine Liste von Personen, die bereit waren, über die Ziele und Aktivitäten der Friedensbewegung zu referieren. Diese Liste enthielt 42 Namen, davon die von 19 christlichen und jüdischen Theologen. Der Friedenskongress in Jena im Mai 1908 gehörte ebenso zum Spektrum der friedenstheologischen Bemühungen in diesem Zeitraum.

Der Friedensaufruf deutscher Friedenstheologen vom Frühjahr 1913

Die Anzahl derjenigen Theologen, die als besondere Aktivisten der Friedensbewegung eingestuft werden müssen, erhöhte sich von 1908 bis 1913 kaum – im Gegenteil. Martin Rade, dessen Zeitschrift *Die Christliche Welt* eine wichtige Rolle in der evangelischen Friedenspublizistik zukam, sprach in einem Vortrag auf der Tagung des Verbandes für internationale Verständigung in Heidelberg 1912 von einem Rückgang und bezifferte die Zahl der Geistlichen, die mit der Friedensbewegung verbunden waren, mit 117. Daher sollte ein neuer Appell erfolgen, der maßgeblich von Walther Nithack-Stahn, der als Pfarrer an der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche arbeitete, verfasst wurde.

Dieser Friedenspfarrer publizierte 1910 eine fünfteilige Artikelserie *Das Evangelium und der Krieg* und referierte in Berlin im August des gleichen Jahres in der Sektion „Die Religion und der Friede“ auf dem fünften Weltkongress für Freies Christentum und Religiösen Fortschritt. Ferner hielt Nithack-Stahn 1912 einen Vortrag in Berlin auf dem Fünften Deutschen Friedenskongress und veröffentlichte im Zeitraum 1912/13 mehrere Schriften zur Friedensthematik.

Der Friedensaufruf wurde im Frühjahr 1913 in 3400 Exemplaren verschickt. Das Jubiläum der Völkerschlacht bei Leipzig (1813) stellte den historischen Bezug her. Den politisch-aktuellen Anlass bildete die neue Heeresvorlage von 1913, die eine deutliche militärische Aufrüstung Deutschlands bedeutete. Das Kaiserreich beschleunigte damit zuerst die Drehung der Rüstungsspirale, andere Staaten folgten daraufhin – ein Jahr vor der Entfesselung des Ersten Weltkrieges. Der Aufruf der sieben protestantischen Friedenstheologen muss deshalb auch als eine wichtige Warnung vor einem drohenden Kriegsbeginn gedeutet werden.

An die Geistlichen und theologischen Hochschullehrer der evangelischen deutschen Landeskirchen.

Das Jahr 1913, das uns Deutschen eine große Volkerhebung zurückruft, bringt uns zugleich neue und beispiellose Kriegsrüstungen. Um den Völkerfrieden zu erhalten, so sagt man uns, muß immer angespannter gerüstet werden. Aber die Tatsachen zeigen, daß, da alle Kulturstaaten das gleiche tun, die Kriegsgefahr so nicht vermindert wird, weil gerade die immer drückendere Last des bewaffneten Friedens, verschärft durch Haß und Mißtrauen der Völker untereinander, zur blutigen Entscheidung drängen kann, die wiederum nicht das Ende, sondern den Anfang erneuten Wettrüstens bedeuten würde. Als Christen, die wir sein wollen, fühlen wir uns vor Gott und unserem Gewissen verpflichtet, aus diesem Dilemma des Krieges ohne Ende den Ausweg zu suchen, der menschenmöglich und gottgewollt ist: Friede auf Erden! Verständigung der Völker durch eine Rechtsgemeinschaft, die das Unrecht des Krieges durch den Rechtspruch ersetzt und den Völkern die Ethik zumutet, die zwischen den Einzelmenschen selbstverständlich ist.

Nicht, daß wir materielle Opfer für hohe sittliche Güter scheuten, wie es das Bestehen eines selbständigen Volksganzen ist, im Gegenteil, auch uns ist das Leben der Güter höchstes nicht. Aber wir sind überzeugt, daß der Krieg seine Opfer an Menschenblut keineswegs rechtfertigt, weil sein angeblicher Zweck, der Frieden und das Recht, durch seinen Ausgang nicht verbürgt wird. Wir fordern von den Völkern

christlicher Kultur das *sittliche* Opfer, daß sie unter Zurückstellung kriegerischen Ehrgeizes und der Gelüste gewaltsamer Eroberung einen internationalen Rechtszustand herbeiführen, der das Gewaltmittel der Waffen ausschaltet.

Mit diesen Forderungen, die den Urgedanken des Evangeliums entsprechen, sollten diejenigen voranstellen, die auf Katheder und Kanzel die Religion des Gekreuzigten verkünden. Es ist schmerzlich zu bedauern, daß bisher nur ein verschwindender Teil der deutschen evangelischen Theologen den Völkerfrieden öffentlich vertritt, daß wir diese praktische Gefolgschaft Jesu Christi der kirchenfremden Sozialdemokratie überlassen. Nicht allein das Ansehen unserer Kirchen, nicht auch die Lebenskraft unseres Glaubens verlangt diesen Beweis des Geistes ohne Menschenfurcht und der Kraft der Menschenliebe.

Wir Unterzeichner richten an alle unsere Berufsgenossen die dringende Bitte, daß sie es als einen wichtigen Teil ihrer Mission ansehen, in Wort und Schrift die Bruderschaft aller Menschen und Völker zu verkünden! Dieser unser gemeinsamer Entschluß sei uns die schönste Jahrhundertfeier des letzten europäischen Völkerkrieges, dies eine deutsche Volkerhebung unter der Losung: ‚Gott mit uns!‘

Im April 1913

D. H. Weinel, Professor, Jena. E. Böhme, Pfarrer, Kunitz bei Jena. H. Francke, Pfarrer, Berlin. O. Umfrid, Pfarrer, Stuttgart. A. Wagner, Pfarrer, Neuhengstett. Lic. Wielandt, Niedereggenen. W. Nithack-Stahn, Pfarrer, Berlin.

(Quelle: Die Eiche, 1913, 141f. Hervorhebungen der Überschrift und bei der Namensnennung bleiben unberücksichtigt. Die Rechtschreibung folgt dem Original.)

Wie sah die Resonanz auf diesen Aufruf aus? Bis Ende Juni unterzeichneten 395 Theologen den Aufruf, darunter zwei Konsistorialpräsidenten, fünf Dekane und, neben dem Jenaer Neutestamentler Weinel noch elf Professoren (Baldensperger, Nowak, Lobstein, Thieme, Gregory, Wendt, Glaue, Frommel, Niebergall, Rade und der Privatdozent Bornhausen). Gegenüber dem protestantischen Friedensappell von 1907/08 votierten diesmal ca. viermal so viele Theologen für einen Friedensaufruf. Dies veranlasste Umfrid zu dem optimistischen Kommentar, dass die evangelischen Landeskirchen gegen einen drohenden Krieg eingestellt seien. Die muss jedoch als eine problematische Einschätzung gewertet werden.

Ein genauer Blick auf die Unterzeichner und deren geografische Verortung verdeutlicht dies. So bekundeten allein 108 Geistliche aus dem „Reichsland“ Elsass-Lothringen durch ihre Unterschrift ihre pazifistische Haltung. Weitere 112 Unterzeichner wirkten in Regionen, die ohnehin antipreußisch bzw. antizentralistisch eingestellt waren (Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen). Nur 99 Pfarrer aus Preußen unterschrieben den Friedensappell, davon die Hälfte aus den von Preußen 1864 und 1866 annektierten Gebieten. Besonders aus den ostelbischen Gebieten fiel die Zustimmung minimal aus. Der Friedensappell entfachte bereits in den Wochen nach seiner Veröffentlichung eine heftige publizistische Auseinandersetzung und erfuhr innerhalb des deutschen Protestantismus eine deutliche Ablehnung. Die Kritiker des Aufrufs, wie etwa der Charlottenburger Pfarrer Frederking, betonten völlig unkritisch und nationalistisch die starke Position des Staates, der ein Recht zum Führen eines Krieges habe. Die Bedeutung eines Internationalen Schiedsgerichts erfuhr starke Zweifel.

Nithack-Stahn, Böhme und Francke beteiligten sich als Erstunterzeichner an der Debatte und verteidigten ihre Auffassung. So argumentierte der maßgebliche Verfasser des Aufrufs, Nithack-Stahn, dass der Völkerfrieden ein zentraler Bestandteil des Christentums sei. Kriege und der damit verbundene Völkerhass seien Ausdruck einer kulturfeindlichen Barbarei. Kriege würden weitere Kriege hervorbringen. In andren Ländern habe sich der Protestantismus, anders als in Deutschland, bereits deutlich friedentheologisch akzentuiert; dies sei nun ebenfalls vom deutschen Protestantismus zu erwarten – etwa in Form eines Zuspruchs zum Internationalen Schiedsgericht. Nithack-Stahn beruft sich u. a. auf Immanuel Kant, dessen Schrift *Zum ewigen Frieden* (1795) für die Entwicklung der Friedensbewegung nicht hoch genug eingestuft werden könne.

Hans Francke zählte ebenso zu den aktiven Berliner Friedenspfarrern. Bereits in seiner Zeit als Diakonus in Görlitz (1904) begannen seine friedenspolitischen Aktivitäten in der DFG. Ab 1910 leitete er als Vorsitzender die Ortsgruppe Berlin der DFG und nahm im gleichen Jahr an der Sektion „Die Religion und der Friede“ auf dem Fünften Weltkongress für Freies Christentum und Religiösen Fortschritt teil. Im Frühjahr 1914 gehörte er, wie auch Nithack-Stahn und Umfrid, zu den Mitautoren der pazifistischen Schrift *Der Wehrverein – eine Gefahr für das deutsche Volk*.

Die Entfesselung des Ersten Weltkrieges änderte Franckes Friedensposition nicht, und deshalb kritisierte er seine vielen militaristischen Kollegen auch in der Zeit von 1914 bis 1918. Der Kreuzberger Pfarrer entwickel-

te sich bereits während des Ersten Weltkrieges zu einem wichtigen Vertreter des Religiösen Sozialismus nach 1918.

Eine Folge des Friedensaufrufes stellte die Veranstaltung pazifistischer Pfarrer im Rahmen der Tagung des Protestantenvereins, der wichtigsten Organisation des kirchlichen Liberalismus, in Berlin am 15. Oktober 1913 dar (Leitung: Ernst Böhme). Nithack-Stahn referierte über die Gewissenspflicht der Theologen, wonach eine Gewaltanwendung bei Kontroversen zwischen Völkern dem Geist Jesu widerspräche. Kriegsverherrlichungen und männlicher Tapferkeitsruhm seien, so Nithack-Stahn, nicht mit der christlichen Gerechtigkeit vereinbar.



Wilfred Monod in einer Radierung seines Sohns Maximilian Vox, 1917

Der Friedensaufruf des Bundes der evangelischen Kirchen Frankreichs von 1913

Der Protestantismus umfasste in Frankreich ca. 1,5 Prozent der Bevölkerung. Im Jahre 1904 wurde die Fédération Protestante de France gegründet. Führende Vertreter wie Wilfred Monod und Elie Gounelle vertraten einen sozialistischen und pazifistischen Kurs. Vor diesem Hintergrund ist auch die folgende Erklärung zu verstehen, die sich deutlich von der militaristischen und imperialistischen Position der evangelischen Landeskirchen in Deutschland unterschied. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges änderte sich jedoch die-

se Haltung, um in eine „Union sacrée“, vergleichbar mit dem deutschen „Burgfrieden“ umzuschlagen, die den französischen Staat nun rückhaltlos unterstützte. Der Aufruf erschien in einer elsässisch-lothringischen Kirchenzeitung.

An die Christenheit

Der Bund der evangelischen Kirchen Frankreichs hat anlässlich der Londoner Friedenskonferenz einen Aufruf erlassen, der in deutscher Übersetzung ungefähr folgendermaßen lautet:

Aufruf

Wir richten an unsere Brüder unter allen Völkern und Kirchengemeinden, an alle, die im Glauben an Christus, den Erlöser, ihres Lebens Kraft und Inhalt gefunden haben, folgenden Notschrei, der zugleich der Ausdruck unseres Hoffens und Strebens sein möchte. [...]

Wir glauben, daß die systematische Ausübung von Gewalttätigkeit, wie es der Krieg ist, den Absichten Gottes direkt ins Gesicht schlägt und daß nichts so sicher jede Rechtsordnung zwischen den Völkern unmöglich macht, wenn sie endlich einmal in Frieden und gegenseitiger Achtung mit einander leben wollen. Es graut uns, das Unglück auszudenken, das ein europäischer Krieg bedeuten würde. Welche Greuel träten da zutage, wie würden Tausende und Abertausende hingeschlachtet, was ginge alles zugrunde, bis zu welchem Grade würde der Groll und die Erbitterung steigen!

Ganz sicher würde durch einen solchen Krieg nicht Friede geschaffen, sondern nur Grund zu neuem Zwist gelegt. Ein Krieg würde einfach alles aufs Spiel setzen. Unsere abendländische Kultur sänke von ihrer stolzen Höhe herab, und um ihre Wirkung auf die Welt wäre es vielleicht auf lange Zeit hinaus geschehen. Einen solchen Krieg führen, hieße das nicht Christus völlig verleugnen, der sein Leben für die Menschen gelassen hat?

Unter sein Kreuz treten wir im Geiste. Wie streckt er seine durchbohrten Hände nach der Menschheit aus, die voll Jammer und Not tausendfach in die Irre geht und doch im tiefsten Innern nach rechtem Leben und nach Liebe hungert! Da fühlen wir brennend, daß alles, was den Haß heraufbeschwört, daß jede Aussaat von Mißtrauen zwischen den Völkern, jeder Versuch gewalttätiger Unterdrückung, jedes Unrecht und jede Unbrüderlichkeit eine Schmach für Christus ist und ihn aufs neue kreuzigt.

Wir sind gewiß, Christus auf unserer Seite zu haben, wenn wir jeden Christen und die Kirche als solche bitten, daß sie ihre Stimme in seinem Sinn erheben. Die Interessen der einzelnen Völker liegen im Widerstreit, die nationalen Leidenschaften sind entflammt. In dieser Lage fordern wir unsere Brüder in der ganzen Christenheit auf, daß sie wie wir den Herrschern und Volksführern, den Staatsmännern und all denen, welche für die kommenden Ereignisse die Verantwortung tragen, die dringende Vorstellung machen, sich die Beseitigung der gefährlichen Spannungen und die schiedlich-friedliche Lösung der Schwierigkeiten angelegen sein zu lassen.

Nach unserer Überzeugung führt nur ein Weg sicher zum Ziel, nämlich der, daß sich jene Beauftragten in allem nach dem ewigen Willen Gottes richten und durch ihre Rechtlichkeit eine Zeit aufrichtigen Friedens, zunehmender Brüderlichkeit und rechten Fortschritts herbeiführen. [...]

Der Ausschuß des Bundes der Evangelischen Kirchen Frankreichs.

Wir geben diesen Aufruf gerne weiter und unterschreiben ihn von ganzem Herzen. So christlich denken gewiß auch unsere elsäß-lothringischen Kirchen. Die Redaktion.

(Quelle: Evangelisch-protestantischer Kirchenbote für Elsaß-Lothringen, 1913, 61)

Es war kein Zufall, dass eine – vielleicht die einzige – Übersetzung dieses Friedensaufrufes des französischen Protestantismus in einer kirchlichen Zeitung Elsass-Lothringens erschien. Von den ca. 400 Unterzeichnern des Appells deutscher Friedenspfarrer vom Frühjahr 1913 wirkten ein Viertel in Elsass-Lothringen, das von 1871 bis 1918 zum Deutschen Reich gehörte. Gerade diese Region wäre bei einem Krieg der angeblichen „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich besonders betroffen. Diese weit verbreitete politische Einstellung förderte den Friedensgedanken, auch bei Pfarrern zwischen Colmar, Straßburg und Metz.

Es war ebenfalls kein Zufall, dass am 7. Dezember 1913, dem zweiten Advent, in allen (!) Kirchen Elsass-Lothringens ein Friedenssonntag gefeiert wurde – und zwar auf Beschluss der Kirchenleitung, die einen entsprechenden Antrag von Straßburger Friedenspfarrern positiv beschied. Es sollte der einzige Friedenssonntag in einer kompletten evangelischen Landeskirche sein – bis heute.

Dr. Karlheinz Lipp, Berlin <karlheinz_lipp@web.de>

Zum Weiterlesen

- Philippe Alexandre, Theodor Rohleder (1864–1942), der Pfarrer von Haßfelden. Zur tragischen Entwicklung eines Pazifisten, in: *Württembergisch-Franken* 101 (2017), 245–278.
- Gerhard Besier, *Die protestantischen Kirchen Europas im Ersten Weltkrieg. Ein Quellen- und Arbeitsbuch*, Göttingen 1984.
- Walter Bredendiek, *Irrwege und Warnlichter. Anmerkungen zur Kirchengeschichte der neueren Zeit*, Hamburg 1966.
- Karl Holl, *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988.
- Karlheinz Lipp, *Berliner Friedenspfarrer und der Erste Weltkrieg. Ein Lesebuch*, Freiburg i. Br. 2013.
- Ders., *Der Thüringer Friedenspfarrer Ernst Böhme (1862–1941). Ein Lesebuch*, Nordhausen 2010.
- Ders., *Friedenspädagogik im Kaiserreich. Ein Lesebuch*, Baltmannsweiler 2008.
- Ders., *Der Friedenssonntag im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ein Lesebuch*, Nordhausen 2014.
- Ders., *Pazifismus im Ersten Weltkrieg. Ein Lesebuch*, Herbolzheim 2004.
- Ders., *Religiöser Sozialismus und Pazifismus. Der Friedenskampf des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Pfaffenweiler 1995.
- Ders. / Reinhold Lütgemeier-Davin / Holger Nehring (Hg.), *Frieden und Friedensbewegungen in Deutschland 1892–1992. Ein Lesebuch*, Essen 2010.
- Christof Mauch / Tobias Brenner, *Für eine Welt ohne Krieg. Otto Umfrid und die Anfänge der Friedensbewegung*, Schönaich 1987.
- Dieter Riesenberger, *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*, Göttingen 1985.
- Friedrich-Karl Scheer, *Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation. Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. (2. Aufl.) 1983.

REINHARD MÜLLER

„80 Jahre danach“: Markante Worte von Dietrich Bonhoeffer zu Frieden und verantwortlichem Widerstand

Darstellung und Würdigung – mittels Original-Texten

Dietrich Bonhoeffer wurde und wird verehrt als ein besonderer Mensch, Christ, Theologe, Seelsorger, Ethiker, Friedens- und Widerstandskämpfer und Märtyrer. Er verstand sein Christ-Sein als Mensch-Sein und seinen gelebten Glauben als gesellschaftswirksame Theologie. Bonhoeffer war lutherischer Theologe der Bekennenden Kirche und buchstabierte das *Gemeinsame Leben* und die *Nachfolge* Jesu.¹ Als Seelsorger war er von seinen Vikaren im Predigerseminar verehrt und er stärkt bis heute die Seelen unzähliger Christen und Nichtchristen mit hoffnungsvollen Zitaten und mit dem die menschlich-göttliche Verbundenheit besingenden Lied: „Von guten Mächten wunderbar geborgen“.² In seiner *Ethik* verließ er die starre Vorschriften-Ethik und entwickelte seine Situations-Ethik, in der jeder zu verantwortlichem Tun gestärkt wird.³ Zuletzt in den Gefängnisbriefen begann Bonhoeffer das Leben und Gott in „voller Diesseitigkeit“ und im „Für-andere-Dasein Jesu“ zu begreifen.⁴

So sind viele von Bonhoeffer zu neuem Glauben befreit und zu verantwortlichen Taten ermuntert. Seine verschiedenen Standpunkte im Laufe seines Lebens und seine neuartigen Gedanken gaben aber auch Anlass zu Missverständnissen und Missbräuchen. Manche erklären Bonhoeffer zu ihrem Vorbild und wollen für die merkwürdigsten Ideen Glaubwürdigkeit erlangen. Offenbar wird in Bonhoeffer eine große Autorität gesehen – und das ist gut so. Bei einigen hat Bonhoeffer auch den Status eines Heiligen erreicht. Leider soll in einer verfehlten Heiligenverehrung nur der eigene Standpunkt wahrer werden.

Im Folgenden wird versucht, möglichst mit ausführlichen Original-Zitaten, wenigstens für die Themen Frieden und Widerstand etwas Klarheit zu finden. Dabei war es inhaltlich geboten, auch sein neues christliches Handeln als die Freiheit zu verantwortlicher Tat darzustellen.

Erste Phase (1927 – 1930): „Der Schutz des Volkes heiligt das Morden im Krieg“

In der Lehre vom gerechten Krieg war in der allgemein kirchlichen wie auch in der lutherischen Lehre der Krieg als Institution anerkannt. In der Weimarer Republik wurden die Gräueltaten des Ersten Weltkrieges schnell ver-

gessen und die Theologenschaft in Berlin betonte den Krieg als Gottes Wirken für ein Volk. So schreibt auch der jugendliche Bonhoeffer in diesem Zeitgeist.⁵

1.1 Bonhoeffer beschreibt in der im März 1930 für die Drucklegung überarbeiteten Dissertation *Sanctorum Communio* „das Volk“ als „ethische Kollektivperson“.

„Es gibt einen Willen Gottes mit dem Volk genauso wie mit dem Einzelnen. Wo ein Volk im Gewissen sich unter Gottes Willen beugend in den Krieg zieht, um seine Geschichte, seine Sendung in der Welt zu erfüllen, [...] da weiß es sich von Gott aufgerufen, da soll Geschichte werden, da ist Krieg nicht mehr Mord.“⁶

Die Institution Krieg erlaubt hier also etwas, was im menschlichen Bereich längst unter Strafe steht. Merkwürdigerweise hatte Bonhoeffer diese Stelle in der der Universität Berlin eingereichten Dissertation von 1927 ganz anders formuliert: „[...] da ist Krieg mehr als Mord“. Sein Doktorvater Reinhold Seeberg notierte am Rande: „Zweideutig!“⁷ Diese Formulierung führt aus heutiger Sicht zu der Feststellung, dass Krieg viel schlimmer, ja ein Völkerschlachten ist. Jedoch soll sie wohl sagen, Krieg sei eben durch den göttlichen Willen etwas völlig anderes als einfacher Mord. Insofern ist die spätere Formulierung in der Druckfassung jedenfalls im Zusammenhang passender.

1.2 Als Vikar in Barcelona hielt Bonhoeffer am 8.2.1929 einen Vortrag zum Thema „Grundfragen einer christlichen Ethik“.⁸ Darin beschreibt er schon ausführlich sein neues Verständnis von christlichem Handeln, was später im Buch *Ethik* Grundlage ist: das von Vorschriften befreite Handeln als Verantwortung vor sich selbst und vor Gott.

„Indem Jesus den Menschen unmittelbar Gott unterstellt, in jedem Augenblick neu und anders, gibt er der Menschheit das gewaltige Geschenk zurück, das sie verloren hatte, die Freiheit. [...] Es gibt für den Christen kein Gesetz mehr, als das Gesetz der Freiheit. [...] Der Christ steht frei und ohne Rückendeckung vor Gott und vor der Welt, auf ihm allein ruht die ganze Verantwortung“ (330).

„Die hergebrachte Moral – auch wenn sie für christlich ausgegeben wird –, die öffentliche Meinung – sie können für den Christen nicht zum Maßstab seines Handelns werden“ (331).

„Und weil ich in der Einsamkeit Gott ins Auge sehe, darum kann ich nur für mich ganz persönlich wissen, was gut und was böse ist. [...] [A]us dem christlichen Gottesgedanken folgt, daß es kein Gesetz mehr geben kann.“ Auch die „Gebote der Bergpredigt“ werden missverstanden, wenn man sie „wörtlich auf die Gegenwart bezieht“ (332).

Die bisherigen Ethiken bleiben immer eine „Sache des Blutes und Sache der Geschichte, sie [sind] nichts schlechthin vom Himmel [...] herabgekommenes“ (323). „[C]hristliche Ethik gibt es nicht“ (327), sondern „[d]as christlich ethische Handeln ist ein Handeln [...] aus der Freiheit eines Menschen, der nichts an sich selbst und alles an seinem Gott hat“ (330).

Im zweiten Teil des Vortrages behandelt Bonhoeffer einige Beispiele, so auch ausführlich „das Problem des Krieges“ (335). Zunächst zitiert er die biblischen Beweggründe mit den „gewaltigen Gedanken der allgemeinen Brüderlichkeit“, die Christen zur radikalen Ablehnung des Krieges nötigen würden: „Krieg ist nichts als Morden, der Krieg ist ein Verbrechen, kein Christ kann in den Krieg gehen.“ Aber dagegen wehrt sich Bonhoeffer: Wer sich nur auf das Tötungsverbot und das Gebot der Nächstenliebe bezieht, der handelt nur nach „prinzipielle[r] Erwägung“ und gibt damit seine Familie und sein Volk der Tötung durch den Feind preis, weil es unmöglich ist, zugleich „den Feind und mein Volk [...] zu schützen“. „Der Augenblick“ wird mir „gewiß sagen, wer von den beiden mein Nächster“ ist: „[M]eine[] Mutter, mein[] Volk [...], das ist [...] göttliche Ordnung, denn Gott schuf die Völker“ (336f.). „[I]ch werde meinen Bruder, meine Mutter, mein Volk schützen, [...] die Liebe zu meinem Volk wird den Mord, wird den Krieg heiligen“ (338).

Fazit: Das eigentliche Thema des Vortrages ist die Freiheit des Handelns vor Gott! Aber das Problem des Krieges dominiert hier seitenweise und fußt auf ganz anderen Kriterien. Der Vortrag birgt also einen großen Widerspruch!⁹ Wenn „Ethik Sache der Erde und des Blutes“ (343), der „Geschichte“ und des „Volkes“ ist, steht sie als „amerikanische“, „französische“ oder „deutsche Ethik“ in der jeweiligen „geschichtlichen Bindung“ (323). Das beinhaltet nationale Prinzipien, die zu oft in Konkurrenzkampf und Krieg ausgefochten werden. Prinzipielle Gesetze will doch aber Bonhoeffer durch die christliche situationsbezogene Handlungsfreiheit überwinden! Wenn es gilt, „sich [...] jedesmal neu die Entscheidung aus Gottes Willen zu erkämpfen“ (345), ist nationale, erdverbundene, völkische Ethik nicht christlich! Der Christ handelt „durch Gott und an Gott [gebunden] [...] in der Vollmacht eines Menschen, der frei geworden ist“ (344).

Gegen Ende des Vortrags betont Bonhoeffer jedoch eine andere Bindung: Menschen sind immer auch geschichtsgebunden und erdverbunden und ziehen daraus ihre Kraft. Dies versucht Bonhoeffer zu verdeutlichen durch die griechische Sage vom starken Sohn der Gaia, dem Antäus, der seine Kraft verliert, als Herakles ihn von der ‚Erde‘ hebt. So hat man zunächst Mitleid mit Antäus: er wird in der Luft erwürgt. Aber Antäus war grausam und tötete alle Vorbeikommenden und baute aus ihren Schä-

deln einen Tempel. Diese Seite der Sage sagt wiederum: Die „geheimnisvollen“ an die Erde bindenen „Kräfte“ (345), die die nationalen Ethiken prägen und zu Hass und Krieg führen, verlieren durch die freimachende Bindung an Gott ihre Kraft. Der Vortrag ist also ein großes Wort für die Freiheit! Er ist eine grandiose Darstellung des von Vorschriften befreiten, situationsbezogenen verantwortlichen Handelns unter Gottes Willen. Aber die griechische Sage und erst recht das „Problem des Krieges“ sind absolut keine Beispiele dafür, sondern ein Rückfall in nationale völkische Ethik, also in das Prinzip des militaristischen Zeitgeistes.¹⁰

Immerhin nennt Bonhoeffer das Wesen des Krieges bemerkenswerterweise ganz ungeschminkt „Mord“! Aber nun werden hier „Mord“ und „Krieg“ geheiligt (wie schon Antäus aus den Schädeln seiner Opfer einen Tempel baute) und sind auch noch zentrale Beispiele für den „Willen Gottes“ und den „Geist Christi“. Hier rächt sich, dass Bonhoeffer versäumt hat, seine Qualifizierung des Willens Gottes auch für das Problem des Krieges anzuwenden! Denn in einem merkwürdigen Salto ist plötzlich der Wille Gottes nicht mehr die „Liebe Gottes“, sondern dass „Gott mich in ein Volk hineingeboren hat“. Dass dies mein Volk nur durch eine mörderische Handlungsweise geschützt werden kann, ist das Gesetz des Krieges, dessen „Skaven die Freiheit preisgegeben“ haben. Auch die Verengung des Krieges als massenmordendes, Städte- und naturzerstörendes Geschehen auf die persönliche Ebene ist eine konstruierte Verharmlosung: Wenn ein einzelner böser Feind meine Mutter töten will, wird suggeriert, dass jeder Mensch dann als einzige Möglichkeit den Feind tötet. Damit werden Wehrdienstverweigerer offenbar von allen Staaten bei den Musterungen zu überrumpeln versucht – so auch ich 1963 bei der Musterung zur Nationalen Volksarmee der DDR, deren böser Feind damals die Bundeswehr war.

Mindestens hätte Bonhoeffer dem Duktus des Vortrages gemäß das andere Böse aufzeigen müssen – also die noch schlechtere Handlungsweise. Nach einer besseren, also einer guten Variante im Willen Gottes hat er gar nicht gesucht. Stattdessen hat hier auch Bonhoeffer das unfreie Gesetz des Krieges stark gemacht – und mit ihm haben es die Mehrheit der deutschen Christen und die Nationalsozialisten verstärkt und im grausamen Zweiten Weltkrieg verwirklicht.

Zweite Phase (1930): Die Bonhoeffersche Wende

Bonhoeffer studierte 1930/31 am Union Theological Seminary in New York. Neue theologische Einsichten, das Erleben eines lebendigen Glaubens in der Abyssinian Baptist Church und die Begegnungen und das gemeinsame Ansehen des Films „Im Westen nichts Neu-

es“ mit dem Pazifisten Lasserre waren für Bonhoeffer der „Wendepunkt seiner Theologie und seines Lebens“. Detlef Bald beschreibt überzeugend Bonhoeffers „Kehrtwende“ und belegt sie mit rückblickenden Zitaten. Die Hinwendung zur Bibel und zum Glauben befreite Bonhoeffer von überkommenen Theologien, und er erkennt in der Bergpredigt die „einzige Kraftquelle“ und „absolute Norm für unser Handeln“. Die „Brüderlichkeit der Menschheit“ und die Aufhebung „aller Unterschiede von Rasse, Nationalität und Brauch“ führten ihn zur Ablehnung der „Lehre von der gerechten Gewalt“ und zu einer Bejahung des christlichen Pazifismus, den er vorher „leidenschaftlich bekämpft“ hatte.¹¹ Da die politische Führung in Deutschland dem radikal entgegenstand, wurde Bonhoeffer seitdem zum „Theologe[n] im Widerstand“.¹²

Dritte Phase (1932): Der „internationale Frieden ist heute Gottes Gebot“

3.1 Der maschinelle Krieg heißt töten. „Das Leben bist du selbst“.

Im Vortrag „Das Recht auf Selbstbehauptung“ führt Bonhoeffer am 4.2.1932 aus: Die „Geschichte des Westens“ ist „eine Geschichte der Kriege“ gewesen. Sie basiert im „eigentlichen Sinn“ auf dem „Töten“. Es ist das „Zeitalter der Maschine“, die „rücksichtslos gegenüber der Natur ist“. Es „kommt zur Katastrophe, wo die Maschine in den Dienst der Zerstörung von Menschenleben gestellt wird“. Die „Heiligkeit alles Lebens“ bedeutet demgegenüber: „Du sollst nicht töten, denn das Leben ist Seele, ja das Leben bist du selbst, du sollst nicht Gewalt tun irgendeinem Lebendigen.“ „Du sollst kein Leben vernichten, leiden ist besser denn mit Gewalt leben.“¹³

In einem anderen Vortrag in der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung im Dezember 1932 sagt Bonhoeffer: „Dem Christen ist jeglicher Kriegsdienst, es sei denn Samariterdienst, und jede Vorbereitung zum Krieg verboten.“¹⁴ Detlef Bald resümiert: „Bonhoeffer war aktiver, engagierter und grundsätzlicher Pazifist mit dem Ziel den Frieden zu erhalten oder zu stiften.“¹⁵

3.2 „Geht nicht in diesen Krieg!“ „Pacem facere“!

Bonhoeffer hält am 26.7.1932 im slowakischen Čiernohorské Kúpele auf der Jugendfriedenskonferenz des „Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ den Vortrag: „Zur theologischen Begründung der Weltbundsarbeit“.¹⁶ Hier heißt es:

„Die Kirche muß hier und jetzt aus der Kenntnis der Sache heraus in konkretester Weise das Wort Gottes [...] sagen können [...]. Die Kirche darf also keine Prinzipien verkünden, die immer wahr sind, sondern

nur Gebote, die heute wahr sind. Denn, was ‚immer‘ wahr ist, ist gerade ‚heute‘ nicht wahr. Gott ist uns ‚immer‘ gerade ‚heute‘ Gott“ (332).

Eine dazu notwendige „detaillierte Sachkenntnis“ ist nicht immer erreichbar. Dieses „unlösliche[] Dilemma“ führt zu zwei Möglichkeiten:

„Einmal das [...] Sichzurückziehen auf die Etappe der Prinzipien [...]. Oder aber: [...] es wird nun allen Gefahren zum Trotz etwas gewagt, nämlich *entweder* ein bewusstes und qualifiziertes Schweigen des Nichtwissens *oder* aber es wird das Gebot gewagt, in aller denkbaren Konkretion, Ausschließlichkeit, Radikalität. [...]: geht nicht in diesen Krieg“ (333f.).

So kann der Weltbund erkennen: „Die Ordnung des *internationalen Friedens* ist heute Gottes Gebot für uns.“ Damit setzt sich die Kirche „dem Verdacht aus, [...] Träume zu verkündigen“, weil sie es nicht anders „qualifizieren“ kann „als durch fortgesetzten, monotonen, nüchternen Hinweis auf dies Gebot“ (338). „Gemeinschaft des Friedens kann nur bestehen, wenn sie nicht auf *Lüge* und nicht auf *Unrecht* ruht“ (339). Die Erhaltung von „Wahrheit und Recht“ erfordert oft „*Kampf*“. Ein „*Rechtfertigung des Kampfes*“ ist aber keineswegs „die Rechtfertigung des Krieges“ (340)!

„Unser heutiger Krieg fällt [...] nicht mehr unter den Begriff Kampf, weil er die sichere Selbstvernichtung beider Kämpfenden ist. [...] Der heutige Krieg vernichtet Seele und Leib. Weil wir aber den Krieg keinesfalls als Erhaltungsordnung Gottes [...] verstehen können, und weil der Krieg andererseits der Idealisierung und Vergötzung bedarf, [...] darum muß der heutige Krieg, also der nächste Krieg, der *Ächtung* durch die Kirche verfallen. [...] Wir sollen uns hier auch nicht vor dem Wort Pazifismus scheuen.“

Auch wir „sollen *pacem facere*¹⁷ zur Überwindung des Krieges“. Damit ist nicht der „Kampf [...] aus der Welt“, sondern der Krieg als „Mittel des Kampfes“ steht unter dem „Verbot Gottes“ (341).

Fazit: Dieser Vortrag ist die grundlegende Darstellung von Bonhoeffers Denken über Krieg und Frieden. Andreas Pangritz resümiert:

„Bonhoeffer [...] vertritt [...] keinen prinzipiellen Pazifismus, [...] sondern einen situativen Pazifismus, der die Kriterien für den ‚gerechten Krieg‘ voraussetzt und auf eine konkrete historische Konstellation anwendet. Gerade aufgrund dieser Kriterien kommt er angesichts der modernen Massenvernichtungsmittel zum konkreten Gebot: ‚Zieht nicht in diesen Krieg!‘“¹⁸

Die Aussagen des Vortrages gelten für 1932 und den damals befürchteten Krieg. Der Vortrag ist keine absolute Norm für alle Zeiten, sondern wie die Bergpredigt eine „Veranschaulichung“ dessen, was nun heute 2025 geboten ist. Die Kriterien dafür haben sich nicht geändert!

Vierte Phase (1933): „dann gleitet das Bild des Führers ab in das des Verführers“.

Zwei Tage nach Hitlers Machtübernahme und der daraus absehbaren Gleichschaltung aller Lebensbereiche hielt Bonhoeffer am 1. Februar 1933 einen lange geplanten Rundfunkvortrag im Rahmen einer kirchlichen Rundfunkreihe: „Wandlungen des Führerbegriffs in der jungen Generation“.¹⁹ Der Vortrag wurde in der *Kreuzzeitung* vom 25.02.1933 veröffentlicht und Anfang März in der Hochschule für Politik wiederholt – jeweils mit anderem Titel. Die Übertragung im Rundfunk wird kurz vor Schluss abgebrochen. Da dies an einer politisch brisanten Stelle passiert, wird oft unterstellt, es sei ein Abwürgen der Führerkritik. Da aber der Rundfunk zu dem Zeitpunkt noch nicht gleichgeschaltet war, präferiert Beate Schutte Bonhoeffers eigene Bewertung: „Zeitüberschreitung“.²⁰

In dem Vortrag heißt es: Die „politisch-messianische Führeridee“ sollte das „universale[] Reich[] Gottes auf Erden“ herbeibringen (255). „Der Mensch und insbesondere der Jugendliche wird so lange das Bedürfnis haben, einem Führer Autorität über sich zu geben, als er sich nicht reif, stark, verantwortlich genug fühlt, den in diese Autorität gelegten Anspruch selbst zu verwirklichen.“ Genau darin sieht Bonhoeffer die „klare[] Begrenzung“ der Autorität des Führers.

„[G]ibt er nicht dem Geführten immer wieder klar Auskunft über die *Begrenztheit* seiner Aufgabe und über dessen eigenste Verantwortung, läßt er sich von dem Geführten dazu hinreißen, dessen Idol darstellen zu wollen – und der Geführte wird das immer von ihm erhoffen – dann gleitet das Bild des Führers ab in das des Verführers“ (257)

Hier geschieht der Abbruch im Rundfunk. Bonhoeffers Text ging weiter:

„dann handelt er verbrecherisch am Geführten wie an sich selbst. Der echte Führer muß jederzeit enttäuschen können. [...] Er muß die Geführten von der Autorität seiner Person weg zur Anerkennung der echten Autorität der Ordnungen und des Amtes führen [...], [...] zur Verantwortlichkeit gegenüber [...] Vater, Lehrer, Richter, Staat. Er muß sich dem Reize, der Abgott [...] des Geführten zu werden, radikal versagen.

[...] Er dient der Ordnung des Staates, der Gemeinschaft, und sein Dienst kann von unvergleichlichem Wert, ja er kann unentbehrlich sein“ (257).

Fazit: Bonhoeffer verurteilt also nicht generell das Führerprinzip, was zu seinen zuweilen speziellen Äußerungen gegenüber der Demokratie passt. Aber wegen der Kritik an dem totalen Anspruch des damals real existierenden Führers, war dieser Vortrag sehr mutig und leitete seinen auch öffentlichen Widerstand gegen die Diktatur der Nationalsozialisten ein.

Fünfte Phase (1933–1935): Die Anfänge des persönlichen und kirchlichen Widerstandes

5.1 „Dem Rad selbst in die Speichen fallen“

Bei Friedrich Schiller, *Don Carlos*, 3. Akt, 10. Auftritt, sagt der Marquis zum König von Spanien: „Sie wollen [...] sich dem Rade des Weltverhängnisses, das unaufhaltsam / In vollem Laufe rollt, entgegen werfen? Mit Menschenarm in seine Speichen fallen?“²¹ Hier geht es um den unaufhaltsamen Freiheitskampf der Niederländer, den der König von Spanien niederwerfen wollte. Dieser Text war allgemeines Bildungsgut in der Weimarer Republik. Eine Kurzfassung wurde zum geflügelten Wort: „Dem Rad in die Speichen fallen“. Es wurde aber nur formal übernommen und auf Positives und Negatives bezogen.

Im April 1933 sollten nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ mit dem sogenannten Arierparagraphen auch die Kirchen beschließen, alle Juden aus dem Pfarrdienst zu entlassen. Dem stellte sich Bonhoeffer entgegen, indem er vor Berliner Pfarrern Thesen gegen einen kirchlichen Arierparagraphen vortrug und im Juni 1933 den Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“ veröffentlichte, der auch die rechtliche Diskriminierung der Juden durch den Staat kritisierte.²²

Bonhoeffer sieht

„eine dreifache Möglichkeit kirchlichen Handelns dem Staat gegenüber: *erstens* [...] die an den Staat gerichtete Frage nach dem legitim staatlichen Charakter seines Handelns, d.h. die Verantwortlichmachung des Staates. *Zweitens* der Dienst an den Opfern des Staatshandelns. Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde zugehören. [...] Die *dritte* Möglichkeit besteht darin, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre unmittelbar politi-

sches Handeln der Kirche und ist nur dann möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Recht und Ordnung schaffenden Funktion versagen sieht, d.h. wenn sie den Staat hemmungslos ein Zuviel oder ein Zuwenig an Ordnung und Recht verwirklichen sieht. [...] Ein Zuwenig läge vor bei der Rechtlosmachung irgendeiner Gruppe von Staatsuntertanen, ein Zuviel läge dort vor, wo vom Staate her in das Wesen der Kirche und ihre Verkündigung eingegriffen werden sollte, d.h. etwa in dem zwangsmäßigen Ausschluß der getauften Juden aus unseren christlichen Gemeinden [...]. Die Notwendigkeit des unmittelbar politischen Handelns der Kirche hingegen ist jeweils von einem ‚evangelischen Konzil‘ zu entscheiden [...].“

Im Blick auf einen kirchlichen Arierparagraphen heißt das: „Die Kirche kann sich ihr Handeln an ihren Gliedern nicht vom Staate vorschreiben lassen. Der getaupte Jude ist Glied unserer Kirche. [...] Die Ausschließung der rassistischen Juden aus unserer deutschstämmigen Kirche [...] bleibt also eine kirchliche Unmöglichkeit.“

Fazit: Bonhoeffer entwickelt die lutherische Zwei-Reiche-Lehre weiter. Er eröffnet den privaten Widerstand von Christen als Verklagen des Staates wegen moralischer Verstöße. Er beschreibt die drei Phasen kirchlichen Handelns gegenüber dem prinzipiell anerkannten Staat als Anfrage, als Hilfe und als Aktivität eines Konzils. Letzteres bedeutet dann „dem Rad in die Speichen fallen“, wobei hier das Rad der Weltgeschichte die beginnende Politik der Nazis war, alles Jüdische auszumerzen. Bonhoeffer wendet sich also hier gegen den allgemeinen Schicksalsglauben, dass man das Rad der Geschichte nicht aufhalten kann. Doch, man kann – wenn man dem Rad in die Speichen fällt und es so zum Stehen bringt!

Oft wurde falsch zitiert und Bonhoeffer unterstellt, hier dem Rad der Geschichte in die Speichen ‚greifen‘ zu wollen. Das würde aber bedeuten, selbst staatlich zu handeln, was in dem Vortrag abgelehnt wird. Erst recht heißt es also nicht ‚militärisch eingreifen‘. ‚In die Speichen fallen‘ betont einerseits den persönlichen oder gar den Einsatz des eigenen Lebens; andererseits eben den Einsatz der ganzen Kirche mit dem Wort eines Konzils und mit ihrem ganzen Kirche-Sein!²³ Mit dem Bildwort ‚in die Speichen fallen‘ bezeichnet hier also Bonhoeffer den massiven persönlichen und kirchlichen Widerspruch, der freilich aktiver, aber kein gewaltsamer Widerstand ist. Um den gewaltsamen Widerstand geht es erst in dem oft verwechselten oder gar vermischten anderen Bildwort vom ‚Stoppen des rasenden Autofahrers‘ (s. Phase 9). Freilich reden beide Bildworte im weitesten Sinne von Widerstand, aber ‚einem Rad in die

Speichen fallen' ist eben keine aktive Gewalt. Insofern kann dieses Bildwort nicht die Sache dominieren und auf Bonhoeffers gesamten Widerstand bezogen werden.²⁴ Wir sollten die Bildworte präzise zuordnen und nicht vermischen!

5.2 1935/38: „Nur wer für die Juden schreit, darf auch gregorianisch singen.“ Und: „Tu deinen Mund auf für die Stummen!“

Thematisch schon hierher gehört dieser nur mündlich überlieferte Ausspruch von Dietrich Bonhoeffer. Geäußert wurde er im Predigerseminar, das etwas verborgen in den kleinen pommerschen Dörfern Zingst und Finkenwalde von Bonhoeffer schon als ein Akt des Widerstandes geleitet wurde. Denn diese Seminare der Bekennenden Kirche waren zunehmend illegal und wurden dann ganz verboten.

Sein Freund Eberhard Bethge notierte diesen isolierten Ausspruch und verortet ihn in Gespräche im Lehrfach Liturgie.²⁵ Manche vermuten, dass auch politische Ereignisse Anlass für diesen Ausspruch waren: etwa die Nürnberger Gesetze von 1935 oder die Judenpogrome mit der Reichskristallnacht im November 1938. Jedenfalls war es ein unmissverständlicher Auftrag an alle Vikare, in ihren Gottesdiensten, gegen die systematische Verdrängung von Juden aus allen gesellschaftlichen Bereichen anzuschreien!

In einem Brief vom 11.9.1934 an den ökumenischen Freund Erwin Sutz bekräftigt Bonhoeffer seine Forderung, die Stimme zu erheben: „Tu den Mund auf für die Stummen – wer weiß denn das heute noch in der Kirche, daß dies die mindeste Forderung der Bibel in solchen Zeiten ist? Und dann die Wehr- und Kriegsfrage.“²⁶ Er zitiert hier aus Sprüche 31,8f.: „Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind. Tu deinen Mund auf und richte in Gerechtigkeit und schaffe Recht dem Elenden und Armen.“

Und 1941 schreibt Bonhoeffer in einem Kapitel der *Ethik*: „Die Kirche bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Hass, Mord, gesehen zu haben ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen.“²⁷

Fazit: Diese Zitate bringen es auf den Punkt, dass christlicher Glaube nicht nur gesellschaftsbezogen und dass Gottesdienst politisch seinem Wesen nach ist, sondern dass es dabei die zentrale Aufgabe ist, „den Leidenden und Getöteten eine Stimme [zu] geben“ und damit ein „Ruf für das Leben“ zu sein, wie es die Resolution des Bonhoeffer-Vereins 2024 formulierte.²⁸

Sechste Phase (1934): Der „Ruf Gottes zum Frieden“ ist ein „bindendes Gebot“ und nicht „als offene Frage zu diskutieren.“ „Frieden muss gewagt werden.“

Bonhoeffer bittet die Jugendkonferenz des ‚Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen‘ im dänischen Fanø, jetzt als ökumenisches Konzil einen Friedensruf an die Christen Europas zu richten!

6.1 Zur Vorbereitung der Konferenz hatte Bonhoeffer ein Thesenpapier unter dem Titel „Die Kirche und die Welt der Nationen“ nach Genf geschickt.²⁹ Darin heißt es:

„Weltbundarbeit [...] erstrebt [...] die Überwindung des Krieges“ (295).

Der Krieg wird gerechtfertigt, weil er „der Erhaltung des Staates und dem kommenden Frieden“ diene und weil er „ein unaufhaltsames Geschehen“ sei, „über das kein Mensch Macht hat“. „Der säkulare Pazifismus antwortet, dass die „friedliche Wohlfahrt der Menschheit [...] mit den Mitteln des Krieges nicht herbeigebracht“ werde; es müsse „eine rationale Organisation geschaffen werden, die die Mächte, die zum Krieg führen eindämmt“.

„Die christliche Kirche antwortet: [...] Der menschliche Wille muss konfrontiert werden mit dem göttlichen Gebot: Du sollst nicht töten. [...] Auf den Einwand: Der Staat muss erhalten werden, antwortet die Kirche: Aber du sollst nicht töten. Auf den Einwand: Der Krieg schafft Frieden, antwortet die Kirche: Das ist nicht wahr, sondern der Krieg schafft Verderben“ (296).

„Dem säkularen Pazifismus aber antwortet die Kirche: [...] Maßstab unseres Handelns ist nicht die menschliche Wohlfahrt, sondern der Gehorsam gegen Gottes Gebot. [...] Daß der Krieg Hinweis ist auf die dem Tode verfallene Welt, zeigt, daß auch die Beseitigung des Krieges nur die Beseitigung eines schauderhaften Symptoms, aber nicht die Beseitigung der Ursache des Übels wäre. Nicht der Pazifismus ist der Sieg, der die Welt überwunden hat, sondern der Glaube (1. Joh. 5,4), der alles von Gott erwartet“ (297).

6.2 Am 28.8.1934 hielt Bonhoeffer in Fanø die Eröffnungsrede „Kirche und Völkerwelt“.³⁰ Daraus einige Auszüge:

„Zwischen den Klippen des Nationalismus und des Internationalismus [...] hat [...] die ökumenische Christenheit [...] den Gottes Ruf zum Frieden vernommen und richtet diesen Befehl an die Völkerwelt aus. Unsere theologische Aufgabe besteht darum hier allein darin, dieses Gebot als bindendes Gebot zu vernehmen



406 Kurhotellet, Fana Vesterhavsbad

Im Kurhotel Fana tagten vom 24. bis zum 30. August 1934 die Konferenz des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum sowie der Arbeitsausschuss des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen.

und nicht als offene Frage zu diskutieren. „Friede auf Erden“, das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot“ (298).

Dazu

„gibt es ein doppeltes Verhalten: den unbedingten [...] Gehorsam der Tat oder die scheinheilige Frage der Schlange: [...] Sollte Gott nicht die menschliche Natur besser gekannt haben und wissen, daß Kriege in dieser Welt kommen müssen wie Naturgesetze? [...] Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten [...] zur Sicherung [...] Tanks und Giftgase bereitstellen? Und dann das scheinbar Ernsteste: Sollte Gott gesagt haben, Du sollst dein Volk nicht schützen? Sollte Gott gesagt haben, Du sollst Deinen Nächsten dem Feind preisgeben? Nein, das alles hat Gott nicht gesagt, sondern gesagt hat er, daß Friede sein soll unter den Menschen“ (298f.).

„Friede soll sein, [...] weil es eine Kirche Christi gibt, [...] die lebt [...] jenseits aller Grenzen völkischer, politischer, sozialer, rassischer Art, und die Brüder dieser Kirche sind [...] unzertrennlicher verbunden als alle Bande der Geschichte, des Blutes, der Klassen und der Sprachen Menschen binden können. [...] Sie können nicht die Waffen gegeneinander richten, weil sie wissen, daß sie damit die Waffen auf Christus selbst richteten“ (299f.).

„Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen [...] durch die Großbanken, durch das Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Ausrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier überall *Friede* und *Sicherheit* verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muß gewagt werden [...]. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum Krieg. [...] Kämpfe werden nicht mit Waffen gewonnen, sondern mit Gott. Sie werden auch dort noch gewonnen, wo der Weg ans Kreuz führt“ (300).

Doch wer kann so zum Frieden rufen, „daß die Welt es hört“?

„Nur das Eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, daß die Welt zähneknirschend das Wort vom Frieden vernehmen muß und daß die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über die rasende Welt. [...] [D]ie Welt starrt in Waffen und furchtbar schaut das Mißtrauen aus allen Augen [...]. [W]orauf warten wir noch? [...] [W]er weiß, ob wir uns im nächsten Jahr noch wiederfinden?“ (301)

Fazit: Das alles klingt trotz ökumenischer Weite sehr innerkirchlich und geht von einer starken Position der Kirche aus. Bonhoeffer setzt voraus, dass die Menschen und Staaten Europas christlich sind. Dass er aber hier so reden muss, zeigt, dass damals die meisten diesen christlichen Glauben nicht verinnerlicht hatten.

Die Kernaussagen aber bleiben auch in unserer entkirchlichten Welt allgemein gültig, vor allem die grandiose These, dass Frieden nicht durch Sicherheit, sondern durch Vertrauen erreicht wird. Hier muss Bonhoeffer zum Teil widersprochen werden, wenn er Verträge ablehnt. Gerade diese sind als Ablösung von Misstrauen eine Verschriftlichung und Proklamation von Vertrauen. Und da auch Vertrauen eine Wirkungsweise Gottes ist, wird die Ablehnung von Waffen als Kampf-Mittel realistisch.³¹

Zunächst überrascht, wie Bonhoeffer hier sehr stark das Gebot Gottes betont, wo doch in Phase 1 Prinzipien abgelehnt und das verantwortliche Handeln betont werden. Aber auch bei der Freiheit des Tuns blieb immer das Gebot Gottes als Richtschnur, was hier inhaltlich mit dem Tötungsverbot und dem Vertrauen präzisiert ist. Die hier betonte Distanz zum „säkularen Pazifismus“

liegt nach Bonhoeffer am Fehlen der allein wirksamen Grundlage aller Friedensarbeit: dem Gehorsam gegenüber Gott und dem Glauben. Detlef Bald spricht vom „christlichen“ bzw. „aktiven Pazifismus“.³² Die Brücke zwischen sogenanntem „säkularem“ und „christlichen Pazifismus“ liegt m. E. formal im Begriff des „aktiven Pazifismus“ und inhaltlich im Tötungsverbot, was ja kein lästiges Prinzip ist, sondern positiv meint: Erhaltung und Ehrfurcht vor dem Leben!

Bonhoeffer drängt: „Wir können es heute noch tun. Das ökumenische Konzil ist versammelt, es kann diesen radikalen Ruf zum Frieden an die Christusgläubigen ausgeben lassen“ (301). Die Versammlung in Fanø hat aber Bonhoeffers Drängen nicht nachgegeben. Thesen und Friedensruf finden sich nicht in den zur Abstimmung gebrachten Texten.

Erst auf der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver 1983 nahm die DDR-Delegation dieses Anliegen Bonhoeffers auf und schlug ein gesamtchristliches Friedenskonzil vor. Beschlossen wurde ein konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der in der DDR 1988/89 in einer Ökumenischen Versammlung zu diesen dazugehörenden Optionen führte: für die Armen, gewaltlos, für das Leben!

Bei der Abstimmung in Fanø 1934 ist bemerkenswert, dass die Konferenz die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung in allen europäischen Ländern forderte und im Allgemeinen klarstellte: „Die Kirche hat ihren Auftrag innerhalb des Volkes, aber nicht ‚vom Volke her‘. [...] Im besonderen Fall darf die Kirche in keinem Falle einem Krieg ihren geistlichen Beistand leihen.“³³

Siebente Phase (1940–43): Das abstrakte Nachdenken: Die Freiheit zum Töten im Krieg

Zwischen 1940 und 1943 schrieb Bonhoeffer viele Einzeltexte, die er erst später kurz *Ethik* nannte und die in einer ersten Fassung 1949 von Bethge sortiert wurden.³⁴ In der Neuausgabe im Rahmen der *Dietrich Bonhoeffer Werke* (DBW 6) wurden die Manuskripte in rekonstruierter Entstehungsfolge neu sortiert. Hier werden die vier wichtigen Aussagen über den ‚Krieg‘ in der Reihenfolge der Neusortierung in DBW 6 zitiert:

7.1 „Erbe und Verfall“ (1940): „Die abendländischen Kriege haben von jeher zwischen [...] rechten und verbrecherischen Mitteln der Kriegführung unterschieden.“ Aber „aus dem [...] ritterlichen Krieg unter christlichen Völkern“ ist „der totale Vernichtungskrieg“ geworden, „in dem alles – auch das Verbrechen – gerechtfertigt wird [...] und in dem der Feind, der bewaffnete und der wehrlose, zum Verbrecher wird“ (99f.).

7.2 „Das Recht auf das leibliche Leben“ (1940/41):

„Das erste Recht des natürlichen Lebens besteht in der Bewahrung des leiblichen Lebens vor willkürlicher Tötung. Von willkürlicher Tötung muß dort gesprochen werden, wo unschuldiges Leben vorsätzlich getötet wird. [...] Willkürlich ist demnach nicht die Tötung des Feindes im Kriege; denn wenn dieser auch nicht persönlich schuldig ist, so nimmt er doch bewußt teil an dem Angriff seines Volkes auf das Leben meines Volkes und muß daher die Folgen der Gesamtschuld mittragen. [...] Willkürlich ist aber auch nicht die Tötung von Zivilpersonen im Krieg, sofern sie nicht direkt beabsichtigt, sondern nur unglückliche Folge einer militärisch notwendigen Maßnahme ist“ (183f.).

7.3 „Die Struktur des verantwortlichen Lebens“ (1942): Es gibt „nackte[] Lebensnotwendigkeiten [...] als Uratsache des Lebens selbst“, die

„durch kein Gesetz mehr erfaßt werden können [...]. Sie appellieren unmittelbar an die durch kein Gesetz gebundene freie Verantwortung des Handelnden. [...] Sie lassen der menschlichen ratio nicht mehr eine Mehrzahl von Auswegen, sondern sie stellen vor die Frage der ultima ratio. Im politischen Bereich heißt die ultima ratio Krieg, aber auch Betrug, Vertragsbruch um der eigenen Lebensnotwendigkeit willen. [...] Die ultima ratio liegt jenseits der Grenze der ratio, sie ist irrationales Handeln“ (272f.).

7.4 „Der Ort der Verantwortung“ (1942): „Ist nun aber nicht durch das Gesetz Gottes, wie es im Dekalog offenbart ist, [...] eine unüberschreitbare Grenze [...] aufgerichtet? Würde jede Durchbrechung dieser Grenze nicht eine Verletzung des offenbaren Willens Gottes bedeuten?“ So droht „das Problem von Gesetz und Freiheit [...] einen Widerspruch in den Willen Gottes hineinzutragen“. Aber „das verantwortliche[] Handeln [...] wird Jesus Christus als die letzte Wirklichkeit erkennen“ und „von ihm die Befreiung vom Gesetz zur verantwortlichen Tat erfahren“. „Im Kriege zum Beispiel wird getötet, gelogen, enteignet, allein damit das Leben, die Wahrheit, das Eigentum wieder in Kraft gesetzt werde. Eine Durchbrechung des Gesetzes muß in ihrer ganzen Schwere *erkannt* werden.“ Durch die Erkenntnis der „objektive[n] Schuld der Gesetzesdurchbrechung [erfolgt] die wahre Heiligung des Gesetzes. So wird der Wille Gottes in der aus der Freiheit kommenden Tat geheiligt“ (297–299).

Fazit: Hier in diesem letzten Text leuchtet die oft in der *Ethik* beschriebene grandiose Bonhoeffersche Verantwortungsethik: Der Christ ist nicht an Prinzipien gebunden, sondern ist in jeder Situation frei zur verantwortlichen Tat! So schon 1929 im Vortrag „Grundfragen einer

christlichen Ethik“ (vgl. Phase 1). Aber die darin enthaltenen Aussagen der *Ethik* über das Töten im Krieg haben zwei große Fehler:

Einerseits fehlt die Qualifizierung des Verantwortungsbezuges! Dort war es der „Wille Gottes“. Hier ist es das „Gesetz Gottes“, was freilich durch die „letzte Wirklichkeit in Jesus Christus“ präzisiert wird. Aber was bedeutet diese letzte Wirklichkeit fürs konkrete Handeln? Da kann ein Christ doch nicht an zentralen Füllungen dieser Wirklichkeit einfach mal so vorbeikommen: Leben und Sterben Jesu, Ansage der Gegenwart des Reiches Gottes, Bergpredigt als „Veranschaulichung“ zum Handeln (vgl. Phase 3.2)! Ohne Füllung wird es zur totalen Beliebigkeit: der Mensch kann machen was er will, was ihm gerade vernünftig erscheint, was gerade seine Vorurteile, seine Sympathien oder Antipathien hergeben oder wozu er sich gerade hinreißen lässt. Die Verantwortung vor der letzten Wirklichkeit, vor Christus befreit vom nicht aktuellen, abstrakten Gesetz, aber nicht von dieser letzten Wirklichkeit! Ein absolut freies Handeln gibt es nicht, sondern nur ein Leben im Einklang mit Gott. Klar bleibt, dass es keine Handlungsanweisungen für jede neue Situation gibt; und dass es oft mehrere Möglichkeiten gibt und so das kleinere Übel zu wählen ist; und dass auch das kleinere Übel noch Schuld ist! Nur dafür kann gelten: es ist immer geheiligt, also von Gott angenommen, wenn wir wissen, dass wir mit jeder Tat schuldig werden (können).

Andererseits: Die zitierten Aussagen aus den *Ethik*-Texten sind sehr abstrakt und theoretisch! Sie klingen sehr wissenschaftlich und bleiben doch in einer wirklichkeitsfremden Blase stecken. Sie widersprechen total der von Bonhoeffer beschriebenen Situationsethik, die nur angesichts einer *konkreten* Erfahrung zu verantwortlichem Handeln kommt. Die früheren Texte waren jeweils meist aktuelle Vorträge und kommen zu anderen Ergebnissen! In der *Ethik* haben nur die unter 7.1 zitierten Erfahrungen des Ersten Weltkrieges ihren Niederschlag gefunden. Danach ist das Kriegführen generell ein unverantwortliches Handeln, was aber in den anderen Texten der *Ethik* wieder der Situation entnommen ist.

Bemerkenswert ist, dass in der *Ethik* der Begriff „Frieden“ nur im theologischen Zusammenhang als Frieden mit Gott vorkommt, der Begriff ‚Pazifismus‘ gar nicht.³⁵

Achte Phase (1941/1942): „Ich bete für die Niederlage meines Landes“. Der Unterhändler für einen Waffenstillstand

Gleich 1939 drohte für Bonhoeffer die Einziehung zum Wehrdienst, den er sich nur als Seelsorge- oder Samariterdienst vorstellen konnte, da er Kriegshandlungen und vor allem das Schwören eines Eides ablehnte. Da wagte Bon-

hoeffer die Flucht nach vorn: Er blieb Pfarrer der Bekennerkirche mit übergemeindlichen Aufgaben, wurde aber 1940 durch seinen Schwager Hans von Dohnanyi als Verbindungsmann des Geheimdienstes der Wehrmacht unter Admiral Canaris eingestellt. Als solcher wirkte er bei der Ausschleusung jüdischer Bürger mit, vor allem aber sollte er über seine ökumenischen Kontakte in der Schweiz und in Großbritannien der britischen Regierung die Pläne der Widerstandgruppe vermitteln: „Attentat auf den ‚Führer‘, Umsturz des NS-Regimes, Beseitigung der Diktatur und Verhandlungen für ein Kriegsende; danach stattdessen Rechtsstaatlichkeit und Frieden, eine gerechte Sozialordnung in freiheitlicher Gesellschaft.“³⁶ Daneben, wohl zum Nichtauffallen, verbrachte er von seiner Münchener Dienststelle aus viel Zeit im Kloster Ettal. Dort schrieb er wesentliche Teile seiner *Ethik*; und obwohl darin vieles ziemlich theoretisch ist, wurde er sich über seinen Weg in den Widerstand klar, um „Verantwortung im Handeln in der Welt [zu] übernehmen“.³⁷

8.1 1941 war Dietrich Bonhoeffer zweimal in der Schweiz, um mit Ökumene-Vertretern die in- und ausländischen Ansichten der Nachkriegsordnung zu beraten. Dabei war in Zürich der ihm gut bekannte Generalsekretär des vorläufigen Ökumenischen Rates der Kirchen Willem A. Visser ‘t Hooft, der sich 1945 in dem Gedächtnisheft *Das Zeugnis eines Boten* an seine Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer erinnert.³⁸ Dort heißt es, Bonhoeffer sei „eigentlich immer Pazifist gewesen [...] auf Grund seines Verständnisses des Evangeliums“ (6). „[E]r hatte sein Problem gelöst, indem er als Christ nun den ganzen Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgenommen hatte“ (7). Visser ‘t Hooft erinnert sich dann:

„Als wir in kleinem Kreis einmal von diesen Dingen sprachen, fragte einer plötzlich: ‚Bonhoeffer, wofür beten Sie eigentlich in heutiger Lage?‘ Seine Antwort kam sofort: ‚Wenn Sie es wissen wollen, ich bete für die Niederlage meines Landes, denn ich glaube, dass das die einzige Möglichkeit ist, um für das ganze Leiden zu bezahlen, das mein Land in der Welt verursacht hat‘“ (7).

Visser ‘t Hooft fragt: „War er denn ein schlechter Patriot?“ Und er antwortet: „Gewiss nicht.“ Und dann zitiert er eine „Zusammenfassung der Gedanken“ über die „Friedensziele“, die Bonhoeffer ihm schriftlich gegeben habe (7f.): Nach der „liberalen Anarchie“ müsse jetzt die „Staats-Omnipotenz“ von Hitler als „Satan in der Gestalt des Engels des Lichts“ „gebrochen werden im Namen einer echten Ordnung, die sich dem Gebot Gottes [= 10 Gebote] unterwirft“ (8f.).

„Freisein allein um des Freiseins willen aber führt nur zur Anarchie. [...] Freiheit ist eben nicht in erster

Linie ein *individuelles Recht* [wie Redefreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit etc.], sondern eine *Verantwortung*. Freiheit ist nicht in erster Linie ausgerichtet am Individuum, sondern am Nächsten“ (9f.)

Zu den „konkreten politischen Folgen dieser Überlegungen“ habe Bonhoeffer geschrieben:

„Die ganze Frage ist, ob man in England und Amerika bereit sein wird, mit einer Regierung zu verhandeln, die auf dieser Grundlage steht [...]. Eine solche Regierung könnte sich plötzlich bilden. Es käme viel darauf an, ob sie dann mit der sofortigen Unterstützung der Alliierten rechnen könnte“ (10).

Aus diesen Zeilen sei „deutlich ersichtlich[,] wie stark Bonhoeffer schon 1941 mit dem baldigen Gelingen eines Umsturzversuchs rechnete. [...] Die Regierungen von England und Amerika haben aber gemeint, nicht auf diesen Vorschlag eingehen zu müssen“ (10f.).

In seinem Memorandum zu William Patons Schrift *The Church and the New Order in Europe*, das in enger Zusammenarbeit mit Bonhoeffer entstanden ist, schreibt Visser 't Hooft darüber hinaus: „Wir verstehen, daß die Entwaffnung Deutschlands gefordert werden muß. Aber sie sollte [...] die Gewährung eines gewissen Maßes politischer und wirtschaftlicher Sicherheit für ein entwaffnetes Deutschland und die Hinnahme einer gewissen übernationalen Kontrolle der eigenen Rüstung durch alle Nationen einschließen.“ Zu einem „echte[n] Friedensangebot“ einer neuen „deutsche[n] Regierung, die mit Hitler und allem, wofür er steht, restlos bricht“, gehört auch: „Räumung *aller* besetzten Territorien, Amtsenthebung aller Naziführer, Wille zur Entwaffnung“.³⁹

Fazit: Was bedeutet „Niederlage meines Landes“? Aus heutiger Sicht wird Bonhoeffer oft unterstellt, er hätte damit das gemeint, was 1945 eingetreten ist: die totale Vernichtung der deutschen Militärmacht. Damit hätte er dem militärischen Kampf der Alliierten Erfolg gewünscht und wäre in dieser Situation ein Befürworter von Kriegshandlungen. Doch Bonhoeffer sollte im Namen der Widerstandsgruppe bei der englischen Regierung gerade nicht um verstärkten Krieg bitten, sondern das Attentat als Mittel zur Beendigung des Krieges nahebringen. Das Attentat und eine total neue deutsche Regierung erwartete Bonhoeffer im Herbst 1941 „plötzlich“. Wenn ihr vergötterter Führer tot ist, es eine neue Regierung gibt und die eroberten Gebiete zurückgegeben werden, wäre das für die meisten Deutschen eine bittere „Niederlage“.

8.2 Im Mai 1942 reiste Bonhoeffer im Auftrag der Widerstandsgruppe nach Schweden, um sich als Unterhändler eines Waffenstillstands zum wiederholten Male mit dem

Lordbischof und Mitglied des britischen Oberhauses George Bell zu treffen. Offiziell war es ein ökumenischer Kontakt der Bekennenden Kirche mit dem englischen Bischof. Parallel traf sich in ähnlicher Doppelmission der Pfarrer Hans Schönfeld für die Reichskirche mit Bell in Schweden. Bonhoeffer „bestätigte“ Schönfelds Information, wie Bell schreibt.⁴⁰

Bell verfasst nach beiden Gesprächen ein *Memorandum*.⁴¹ Darin heißt es, es gebe eine „starke, organisierte Widerstandsbewegung“, die frage,

„ob die Alliierten [...] bereit sein würden, mit einer [...] neuen deutschen Regierung über eine Friedensregelung zu verhandeln [...]. Sie glaubt auch, daß ein Kampf bis zum Schluß selbstmörderisch für Europa wäre. Daher der Wunsch, zuerst Hitler und sein Regime zu vernichten und dann eine Friedensregelung zu erreichen, in der alle Nationen Europas wirtschaftlich untereinander abhängig sein, durch den Besitz einer angemessenen europäischen Militärestreitkraft geschätzt sein und in gewisser Weise gefördert sein sollen.“

Zum Schluss zwei konkrete Fragen:

„1. Würden die alliierten Regierungen willens sein, mit einer neuen vertrauenswürdigen deutschen Regierung [...] über einen Frieden [...] zu verhandeln? [...] 2. Könnten die Alliierten jetzt *öffentlich* der Welt [...] bekanntgeben, daß, wenn Hitler und das ganze Regime erst einmal gestürzt, sie bereit sein würden zu Unterhandlungen mit einer neuen deutschen Regierung [...]?“

Bell übergibt das *Memorandum* am 30. Juni 1942 dem britischen Außenminister Anthony Eden. Im darauffolgenden Briefwechsel schreibt dieser, „es läge nicht im nationalen Interesse unserer Nation, ihnen [= dem deutschen Widerstand] irgendeine wie auch immer geartete Antwort zu schicken“, weil „niemand ihnen glauben würde, bis sie aktive Schritte unternommen hätten, sich ihres gegenwärtigen Regimes zu entledigen“.⁴² Der Bischof bedauert die Ablehnung, die auf den von ihm zitierten Aussagen des britischen Premiers Churchill von 1940 fußt: „Sieg, er koste, was er wolle.“⁴³

Fazit: Auch aus den Texten mit Bischof Bell geht eindeutig hervor, dass es gerade nicht um die kompromisslose militärische Besiegung Hitlerdeutschlands ging, sondern um die Beendigung des Krieges, also des Massenmordes und der Zerstörung von Europas Städten. Bonhoeffer und Bell kämpften um die Anerkennung des deutschen Widerstandsplans: Attentat auf Hitler, neue Regierung, Waffenstillstand, Rückzug aus allen besetzten Gebieten und Friedensverhandlungen. In die konkreten Attentatsplä-

ne war Bonhoeffer nicht einbezogen, erst recht nicht für die Ausführung mit Waffe oder Sprengstoff vorgesehen. Bonhoeffer ist hier ein geheimer Unterhändler für einen Waffenstillstand und für eine umfassende Erneuerung Deutschlands. Das war – so Wolfgang Huber – Bonhoeffers „vermutlich wichtigster Beitrag zum politischen Widerstand im engeren Sinn des Wortes – also zu den Bemühungen, der Hitler-Diktatur ein Ende zu setzen“.⁴⁴ Von einer Spionagetätigkeit kann hier nicht geredet werden.

Neunte Phase (1944): Aus dem Gefängnis: ‚den durch eine belebte Straße Rasenden stoppen‘ – der Tyrannenmord

Es gibt eigentlich keine schriftlichen Texte von Bonhoeffer, die direkt einen Tyrannenmord ethisch oder theologisch begründen. Sicher war die Furcht groß, dass etwas Schriftliches in die Hände der Gestapo gelangt. Richtig ist aber sicher auch, dass Bonhoeffer „Seelsorger“ für den Widerstand war, da er im Gespräch mit seinen Vorgesetzten in der Abwehr, Hans von Dohnanyi und Hans Oster, die glaubensmäßige Problematik des Tyrannenmordes intensiv durchdrungen und bejaht hatte.⁴⁵ Freilich kann aus vielen schriftlichen Andeutungen seine Bereitschaft zum Widerstand und zur Unterstützung des Tyrannenmordes als verantwortliches Handeln zusammengesetzt werden. Als formale Handlungsabfolge ist in den auf den Gesprächen mit Bonhoeffer fußenden Memoranden von Visser 't Hooft und Bell mehrmals die Beseitigung Hitlers die Voraussetzung für eine neue Regierung und einen Waffenstillstand, wie in Phase 8 dargelegt.

Als ethische Grundlegung kann der von Bonhoeffer kurz vor dem Jahreswechsel zu 1943 verfasste Text „Nach zehn Jahren“ gelten. Er bietet wichtige Reflexionen innerhalb der Familie, aber auch innerhalb der Abwehr.⁴⁶ Dort heißt es: Das Nazi-Regime als „Maskerade des Bösen“ (20) kann nur beseitigen, wer in „eigenster Freiheit in der Welt seinen Mann [steht], wer die notwendige Tat höher schätzt als die Unbeflecktheit des eigenen Gewissens [...], wer dem fruchtbaren Kompromiß ein unfruchtbares Prinzip [...] zu opfern bereit ist“ (22). Und im Abschnitt über „Civilcourage“ heißt es: „Die Deutschen fangen erst heute an zu entdecken, was freie Verantwortung heißt. Sie beruht auf einem Gott, der das freie Glaubenswagnis verantwortlicher Tat fordert und der dem, der darüber zum Sünder wird, Vergebung und Trost zuspricht“ (24).

9.1 „Hitler zu beseitigen“

Um Bonhoeffers Überzeugung zu verdeutlichen, sich am gewaltsamen Widerstand gegen Hitler zu beteiligen, wird oft in Gedenkreden und Lehrbüchern das Gleichnis – hier Parabel genannt – vom ‚rasenden Fahrer‘ erzählt, und zwar als mündliche Überlieferung, vom ita-

lienischen Offizier Latmiral weitergegeben, oder gar als Zitat von Bonhoeffer. Es gibt aber von Bonhoeffer keinen schriftlichen Text mit dieser Parabel.

In Tegel hat sich Bonhoeffer intensiv mit dem italienischen Offizier Professor Gaetano Latmiral unterhalten (bis Oktober 1944). Der hat nach dem Krieg mehrere Briefe und einen Erinnerungstext geschrieben.⁴⁷ Im englisch verfassten Brief vom 6.3.1946 an Gerhard Leibholz in London berichtet Latmiral von Gesprächen mit seinem Mithäftling Bonhoeffer, was Bethge in seiner Bonhoeffer-Biografie zitiert:

„Er sprach davon, daß er als Pastor nicht nur die Pflicht habe, die Opfer des wild gewordenen Mannes zu trösten, der sein Auto in einer bevölkerten Straße wie ein Rasender fahre, sondern daß er auch versuchen müsse, ihn zu stoppen. Die deutschen führenden Familien hätten zum Teil ihre Schuld beglichen, indem sie versuchten, Hitler zu beseitigen, obwohl viel zu spät.“⁴⁸

Die Parabel vom rasenden Fahrer steht nur in diesem Brief. Latmiral erinnert sich hier – ca. 1 1/2 Jahre später – nebeneinander an mehrere Gedanken Bonhoeffers über die von den Nazis verursachte „Katastrophe“, sodass die Sätze davor und dahinter nicht zur Parabel gehören. Jedoch bestätigt der unmittelbar folgende Satz die Deutung der Parabel, „Hitler zu beseitigen“.

Offenbar war die Parabel aber schon vor Bethges Biografie von 1967 bekannt geworden. Dabei wurde und wird sie aber in den verschiedensten Versionen wiedergegeben.⁴⁹ Hier die inhaltlich zutreffendste und im Weiteren als Lang-Version bezeichnete, die sich 1969 bei Carl-Jürgen Kaltenborn findet:

„Wenn ein Wahnsinniger auf dem Kurfürstendamm sein Auto über den Gehsteig steuert, so kann ich als Pastor nicht nur die Toten beerdigen und die Angehörigen trösten; ich muss hinzuspringen und den Fahrer vom Steuer reißen, wenn ich eben an dieser Stelle stehe.“⁵⁰

Sie ist ein gutes Bild-Wort für Bonhoeffers Haltung im gewaltsamen Widerstand. Aber diese und die anderen Versionen sind eben nicht von Bonhoeffer und auch nicht von Latmiral!

Die deutlichsten Abweichungen gibt es einerseits von dem sehr allgemeinen den Fahrer ‚stoppen‘ zu dem schon deutlich gewaltsamen ‚den Fahrer vom Steuer reißen‘. Zum anderen wird der Zusatz „wenn ich eben an dieser Stelle stehe“ gern als genuin von Bonhoeffer gedeutet. Wenn hier auch unsauber zitiert wird, stimmt meist die allgemeine Beschreibung von Bonhoeffers Intention. Dafür sei hier Wolfgang Huber zitiert:

„Bonhoeffer übertreibt die Pflicht zum Widerstand nicht; ich muss ‚an dieser Stelle stehen‘, also zum Handeln imstande sein. Aber er bezieht diese Pflicht klar auf den Pfarrer, der ‚an dieser Stelle steht‘. Er verletzt seine Verpflichtung als ordinierter Amtsträger, wenn er sich auf Trauergottesdienste und den Trost der Angehörigen beschränkt, es aber versäumt, dem Fahrer des Todeswagens in den Arm zu fallen. Wenn es um den Angriff auf Menschenleben, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit geht, bezieht sich die Pflicht zur aktiven Einmischung nicht nur auf den einzelnen Glaubenden, sondern auf die Kirche als Gemeinschaft der Glaubenden. Das ist der Zusammenhang, in dem der Tyrannenmord für Bonhoeffer zum Thema des Kirchenverständnisses wird.“⁵¹

Wenn man sich den praktischen Vollzug der Parabel vorstellt, wird klar, dass sie aus einer Zeit stammt, in der ein Auto noch ein äußeres Trittbrett hatte, ein gemächliches Rasen noch ein Aufspringen ermöglichte und ein Auto oben oder an der Seite offen war, sodass man den Fahrer wegreißen konnte. Dass bei einigen Versionen das feststehende Steuer entrissen wird, ist sicher eine gedankenlose Verwechslung. Offene Autos waren nur bis Mitte der dreißiger Jahre üblich.

Daraus könnte man schließen, dass die Parabel schon vor Bonhoeffer da war und er sie einfach auf sein Vorhaben bezog – und sie etwas praktikabler machte, indem er sie vereinfachte und nur davon sprach zu versuchen, den Fahrer ‚zu stoppen‘. Andererseits ist es theologisch höchst unwahrscheinlich, dass jemand in den dreißiger Jahren die Aufgaben eines Pfarrers so beschreibt. Insofern sind die längeren Versionen wohl doch Ausschmückungen, wie es ja Überlieferungstechnisch anzunehmen ist.

Fazit: Für Bonhoeffer stellte sich nicht die Frage, ob man einen tyrannischen Menschen töten darf, sondern er war in einer Güterabwägung überzeugt, dass der eine schlimme Schuld bleibende Tyrannenmord in dieser Situation eine verantwortliche Tat ist, die das viel, viel Schlimmere, nämlich Millionen weiterer Kriegsoffer und Vergasungsoffer, verhindert. Vor allem ist hier einer Missdeutung zu begegnen: Bonhoeffers Zustimmung zur situationsbezogenen Gewalt bei der Tötung eines Tyrannen ist weder identisch noch ein Einstieg in andere Gewaltanwendungen – und schon gar nicht die generelle Zustimmung zur Gewalt in einem Krieg! Die Intention der Widerstandsgruppe und Bonhoeffers war eindeutig, einen Waffenstillstand zu erreichen! (s. 8. Phase).

Auch eine Parallelisierung mit dem anderen Bild-Wort – „Dem Rad selbst in die Speichen fallen“ – kann nur für

ganz allgemeinen Widerstand gelten. Dort, im Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“ von 1933 geht es um verbalen, eindeutig gewaltfreien Widerstand einzelner Christen und der ganzen Kirche durch ein Konzil (s. Phase 5.1). Hier geht es um Tyrannenmord, sodass man die beiden Bildworte nicht vermengen kann.

9.2 „Glaube ist das Teilnehmen“ am „Für-andere-da-Sein Jesu“

Die Briefe, die Bonhoeffer aus dem Gefängnis vornehmlich an seinen Freund Bethge geschrieben hat, hat letzterer 1951 in dem bekannten Band *Widerstand und Ergebung* herausgegeben. Darin gibt es keine politisch bewertenden Aussagen über Frieden und Widerstand. Das hätte den Haftgrund verschärft, auch wenn die meisten Briefe von freundlichen Wärtern herausgeschmuggelt wurden. Jedoch hat Bonhoeffer als Höhepunkt seines Ringens um ‚volle Diesseitigkeit‘ des Christentums ohne Jenseits-Erwartung und Beschränkung auf das Seelenheil im „Entwurf für eine Arbeit“ beim Brief vom 3.8.1944 eine grundlegende Erneuerung seiner Theologie skizziert:

„Was ist Gott? Nicht zuerst ein allgemeiner Gottesglaube an Gottes Allmacht etc. [...]. Begegnung mit Jesus Christus. [...] Das ‚Für-andere-Dasein‘ Jesu ist die Transzendenzerfahrung! [...] Unser Verhältnis zu Gott ist kein ‚religiöses‘ zu einem [...] höchsten [...] Wesen [...], sondern unser Verhältnis zu Gott ist ein neues Leben in ‚Dasein-für-andere‘, in der Teilnahme am Sein Jesu. Nicht die unendlichen [...] Aufgaben, sondern der jeweils gegebene erreichbare Nächste ist das Transzendente.“⁵²

Fazit: Dieses „Dasein-für-andere“ wäre also jetzt der Bezugspunkt für verantwortliches Handeln. Hieß es im Barcelona-Vortrag (Phase 1) der „Wille Gottes“ und in der *Ethik* (Phase 7) das „Gebot“ oder das „Gesetz Gottes“, ist es hier das Absehen vom eigenen Ich und das Hinwenden (lat. trans-cendere) zum Mitmenschen. Und das gilt für alle und jede Situation immer wieder neu: Für Beziehungen zwischen Einzelnen, innerhalb einer Gesellschaft oder zwischen Staaten. Für Bonhoeffer war sein Leben der Versuch, es in jeder Situation neu als Teilnahme am „Für-andere-dasein“ Jesu zu gestalten.

Wir heutigen deuten das Sein von Jesus so, dass wir uns für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einsetzen und dass dabei gilt: gewaltlos, gleichberechtigt, für die Armen und für das Leben!

Reinhard Müller, Waldhufen 2025

Anmerkungen

- 1 Die Schrift *Nachfolge* erschien 1937; vgl. *Nachfolge*, hg. v. Martin Kuske u. Ilse Tödt, München 1989 (DBW 4). Die Schrift *Gemeinsames Leben* erschien 1939; vgl. *Gemeinsames Leben. Das Gebetbuch der Bibel*, hg. v. Gerhard Ludwig Müller u. Albrecht Schönherr, München 1987 (DBW 5).
- 2 Vgl. Dietrich Bonhoeffer/Maria von Wedemeyer, *Brautbriefe Zelle 92. 1943–1945*, hg. v. Ruth-Alice von Bismarck u. Ulrich Kabitz, München 1992, 208f. Wichtiger Begleitbrief vom 19.12.1944 an seine Braut Maria von Wedemeyer und Gedicht „Von guten Mächten wunderbar geborgen“.
- 3 Dietrich Bonhoeffer, *Ethik*, hg. v. Ilse Tödt u. a., München 1992 (DBW 6).
- 4 Dietrich Bonhoeffer, *Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft*, hg. v. Christian Gremmels u. a., München 1998 (DBW 8), 542 u. 556. Brief vom 21.7.1944 und „Entwurf für eine Arbeit“ beim Brief vom 3.8.1944.
- 5 Vgl. Detlef Bald, *Dietrich Bonhoeffer. Der Weg in den Widerstand 1906–1945*, Darmstadt 2021, 31f.
- 6 Dietrich Bonhoeffer, *Sanctorum Communio. Eine dogmatische Untersuchung zur Soziologie der Kirche*, hg. v. Joachim von Soosten, München 1986 (DBW 1), 74.
- 7 Bonhoeffer, *Sanctorum Communio* (DBW 1), 248, Anm. 21; vgl. 6ff. [Vorwort].
- 8 Dietrich Bonhoeffer, Grundfragen einer christlichen Ethik (1929), in: *Barcelona, Berlin, Amerika 1928–1931*, hg. v. Reinhart Staats u. a., Gütersloh 1992 (DBW 10), 323–345.
- 9 Diesen Widerspruch stellen auch die Herausgeber von DBW 10 fest; vgl. a. a. O., 337, Anm. 29.
- 10 Offenbar wurde dies auch vom Herausgeber der *Gesammelten Schriften* 1966 als Fremdkörper empfunden, denn diese Passage wurde stark gekürzt in eine Fußnote verbannt (vgl. Dietrich Bonhoeffer, *Gesammelte Schriften*, hg. v. Eberhard Bethge, Bd. III: *Theologie – Gemeinde*, München 1966, 56, Anm. 1).
- 11 Bald, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 5), 50–57. Vgl. auch Christian Gremmels u. Heinrich W. Grosse, *Dietrich Bonhoeffer. Der Weg in den Widerstand*, Gütersloh 2004.
- 12 Wolfgang Huber, *Dietrich Bonhoeffer. Auf dem Weg zur Freiheit. Ein Porträt*, München 2019, 160f. Vgl. Christiane Tietz, *Dietrich Bonhoeffer. Theologe im Widerstand*, München 2013.
- 13 Dietrich Bonhoeffer, Das Recht auf Selbstbehauptung, in: *Ökumene, Universität, Pfarramt 1931–1932*, hg. v. Eberhard Amelung u. Christoph Strohm, Gütersloh 1994 (DBW 11), 215–226.
- 14 Dietrich Bonhoeffer, Christus und der Friede, in: *Berlin 1932–1933*, hg. v. Carsten Nicolaisen u. Hans-Albert Scharffenorth, Gütersloh 1997 (DBW 12), 232–235, hier 232.
- 15 Bald, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 5), 105.
- 16 Dietrich Bonhoeffer, Zur theologischen Begründung der Weltbundarbeit, in: DBW 11, 327–344.
- 17 Lateinisch: „Frieden machen“. Vgl. Resolution Nr. 47/2016 des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, in: *Verantwortung*, Nr. 57 (2016), 50.
- 18 Andreas Pangritz, Dietrich Bonhoeffer: Zur Aktualität seiner friedensethischen Position, in: *epd-Dokumentation* Nr. 29/2023, 31.
- 19 Dietrich Bonhoeffer, Wandlungen des Führerbegriffs in der jungen Generation, in: DBW 12, 242–259.
- 20 Vgl. Beate Schutte, Wandlungen des Führerbegriffes in der jungen Generation. Abschaltung aus politischen Gründen oder aus Zeitgründen? https://www.weyeriana.de/ibg/artikel/db_108_2015_54-64.pdf.
- 21 Friedrich Schiller, *Sämtliche Werke*, Bd. 5, Stuttgart 1823, 181.
- 22 Dietrich Bonhoeffer, Die Kirche vor der Judenfrage, in: DBW 12, 349–358.
- 23 Vgl. Bald, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 5), 67ff. Vgl. Eberhard Bethge, *Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie*, München 1967, 321ff. Vgl. Andreas Pangritz, „Dem Rad in die Speichen fallen.“ Alte und neue Beobachtungen zu Dietrich Bonhoeffers Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“, in: ders., *Vergegnungen, Umbrüche und Aufbrüche. Beiträge zur Theologie des christlich-jüdischen Verhältnisses*, Leipzig 2015, 57–70.
- 24 U. a. gegen Renate Wind, die ihre gesamte „Lebensgeschichte des Dietrich Bonhoeffer“ unter den Titel stellt: *Dem Rad in die Speichen fallen*, Weinheim und Basel 1994. Ähnlich Huber, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 12), 174–177.
- 25 Bethge, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 23), 506.
- 26 Dietrich Bonhoeffer, Brief an Erwin Sutz vom 11.9.1934, in: *London 1933–1935*, hg. v. Hans Goedeking u. a., Gütersloh 1994 (DBW 13), 204f.
- 27 Bonhoeffer, *Ethik* (DBW 6), 130.
- 28 Resolution Nr.50/2024 des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, in: *Verantwortung*, Nr. 73/2024, 44.
- 29 Dietrich Bonhoeffer, Die Kirche und die Welt der Nationen, in: DBW 13, 295–297.
- 30 Dietrich Bonhoeffer, Kirche und Völkerwelt, in: DBW 13, 298–301.
- 31 Dass Waffen und allgemeine Aufrüstung keine Sicherheit bringen, nimmt die Initiative der badischen Landeskirche auf, indem sie „Sicherheit neu denken“ will und einen einzigartigen Plan von Friedenserhaltung vorlegt, u. a. mit einer internationalen Polizei. Vgl. Sicherheit neu denken – Eine dialogische Initiative <<https://www.sicherheitneudenken.de/>>.
- 32 Bald, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 5), 91 u. 94.
- 33 Vgl. Dietrich Bonhoeffer, *Gesammelte Schriften*, hg. v. E. Bethge, Bd. I: *Ökumene*, München 1961, 209f.
- 34 Vgl. Bonhoeffer, *Ethik* (DBW 6), 10 [Vorwort d. Hg.].
- 35 Vgl. Sachregister in DBW 6, 523ff.
- 36 Bald, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 5), 146.
- 37 Bald, *Dietrich Bonhoeffer*, 149.
- 38 Willem A. Visser ’t Hooft, Begegnung mit Dietrich Bonhoeffer, in: *Das Zeugnis eines Boten. Zum Gedächtnis von Dietrich Bonhoeffer*, Genf 1945, 6–11.
- 39 Willem A. Visser ’t Hooft, Zu William Patons Schrift *The Church and the New Order in Europe*, in: Dietrich Bonhoeffer, *Konspiration und Haft 1940–1945*, hg. v. Jørgen Glenthøj u. a., Gütersloh 1996 (DBW 16), 541–549, zit. nach der – leicht veränderten – englischen Übersetzung (Die Kirche und die neue Ordnung in Europa), a. a. O., 801–808, hier 802 u. 807.
- 40 George K. A. Bell, Die Hintergründe der Hitlerbewegung, in: Bonhoeffer, *Gesammelte Schriften*, Bd. I (wie Anm. 33), München 1961, 508.
- 41 George K. A. Bell, Memorandum of Conversations, in: DBW 16, 315–320, zit. nach der – leicht korrigierten – deutschen Übersetzung (Memorandum über Gespräche), a. a. O., 776–780.
- 42 Anthony Eden, Briefe an George Bell vom 17.7.1942 u. 4.8.1942, in: DBW 16, 343 u. 347, zit. nach der deutschen Übersetzung, a. a. O., 792 u. 794.
- 43 George Bell, Brief an Anthony Eden vom 25.7.1942, in: DBW 16, 345f., zit. nach der deutschen Übersetzung, a. a. O., 792–794.
- 44 Vgl. Huber, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 12), 166.
- 45 Vgl. Huber, *Dietrich Bonhoeffer*, 164f.
- 46 Dietrich Bonhoeffer, Nach zehn Jahren, in: ders., *Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft*, hg. v. Christian Gremmels u. a., Gütersloh 1998 (DBW 8), 20–39.
- 47 Diese sind erstmalig vollständig im *Bonhoeffer-Rundbrief* Nr. 31 der IBG (Dez. 1989) erschienen. Offiziell veröffentlicht sind sie im *Dietrich Bonhoeffer Jahrbuch* 1, Gütersloh 2003, 23–42.
- 48 Dies die deutsche Übersetzung von Eberhard Bethge, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 23), 955. Der englische Text lautet: „He said that as a pastor he considered his duty not only to console or to take care of the victims of exalted men who drove madly a motor-car in a crowded street, but also to try to stop them. The German higher classes had partially compensated their faults by trying, although too late, to eliminate Hitler“ (*Bonhoeffer Jahrbuch* 1, 30).

- 49 Die älteste mir bekannte Version stammt aus dem Jahre 1964 von Otto Dudzus (ohne Quellenangabe): „Wenn ein betrunkenener Autofahrer mit hoher Geschwindigkeit den Kurfürstendammbahn hinunterrase, könne es nicht seine, des Pfarrers einzige und wichtigste Aufgabe sein, die Opfer des Wahnsinnigen zu beerdigen und deren Angehörige zu trösten; wichtiger sei es, dem Betrunkenen das Steuerrad zu entreißen“ (Dem Rad in die Speichen fallen, in: Wolf-Dieter Zimmermann [Hg.], *Begegnungen mit Dietrich Bonhoeffer*, München 1964, 75–84, hier 75). – Interessant ist eine Version in einer Sendung des Deutschlandfunks, wo die viel jüngere Ehefrau von Latmiral, Donata De Andreis, so zitiert wird: „Mein Mann hat Bonhoeffer gefragt: Wenn du die Möglichkeit hättest, Hitler umzubringen, würdest du das tun? Wie kann man als Pastor jemanden umbringen, auch wenn er noch so böse ist? Bonhoeffer hat gesagt: Ja. Wenn ich auf einer Straße mit vielen Menschen bin und ein Verrückter fährt die Menschen um, was muss ich dann tun? Muss ich da als Pastor die Toten segnen und den Sterbenden helfen, oder muss ich versuchen, auf das Auto aufzuspringen und den Verrückten zu stoppen, auch wenn das mein oder sein Leben kostet?“ (Archiv Deutschlandfunk: 70. Todestag – Dietrich Bonhoeffer im katholischen Rom, 7.5.2015).
- 50 Carl-Jürgen Kaltenborn, *Dietrich Bonhoeffer*, in: Reihe Christ in der Welt, Heft 7, Berlin 1969, 28 (leider ohne Quellenangabe). Spätere Nutzer dieser Lang-Version verweisen irrtümlich auf Bethges *Bonhoeffer-Biographie* oder auf das *Bonhoeffer Jahrbuch 1* (2003); so Christian Gremmels, „Wenn der Kutscher trunken ist ...“, in: ders., *Theologie und Lebenswelt*, Gütersloh 2012, 117, und Huber, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 12), 176.
- 51 Huber, *Dietrich Bonhoeffer* (wie Anm. 12), 174f.
- 52 Dietrich Bonhoeffer, Entwurf für eine Arbeit, in: DBW 8, 558. Zur Deutung der Frage ‚Was ist Gott?‘ siehe Reinhard Müller, „Wer ist Gott?“ oder „Was ist Gott?“, in: *Verantwortung*, Nr. 65 (Juni 2020), 25–28.

MARTIN NIEMÖLLER

Gibt uns die Bundeswehr Sicherheit?

Unter dem Titel „Gibt uns die Bundeswehr Sicherheit?“ hat Martin Niemöller auf Einladung der „Arbeitsgemeinschaft Essener Friedensverbände“ am 1. Oktober 1957 eine viel beachtete Rede gehalten, die hier wegen ihrer bedrückenden Aktualität in einer gekürzten Fassung wiedergeben wird.

RED

Als ich gebeten wurde, am heutigen Abend dies Thema zu behandeln, habe ich erst einmal gestutzt; denn ich meinte, diese Frage sei längst keine Frage mehr. Aber die hinter uns liegenden Wahlen in der Bundesrepublik haben doch wohl eindeutig gezeigt, daß der größere Teil unserer westdeutschen Bevölkerung irgendwie nicht nur an das „Wirtschaftswunder“, sondern auch die „Bundeswehr“ glaubt; denn das sind ja die beiden sichtbarsten Resultate der westdeutschen Politik aus den vergangenen acht Jahren; und diese Politik hat ja die klare Zustimmung der Wähler gefunden. [...] [D]as Ergebnis zeigt, daß wir uns weiter mit der Frage befassen und ernsthaft auseinandersetzen müssen, was es eigentlich mit unserer bundesdeutschen Wehrmacht auf sich hat?! Um es gleich vorweg zu sagen: es geht hier nicht um eine Polemik gegen die Bundeswehr und die Menschen, die in ihr dienen. Gute und Böse gibt es überall, und wir sollten uns gewissenhaft vor Verallgemeinerungen hüten. [...] –

Das heißt wiederum nicht, daß das Militär nicht seine eigenen und besonderen Gefahren für den menschlichen Charakter mit sich brächte: wir haben darin nach 1945 viel zu hören bekommen in den Jahren der „re-education“, der Umerziehung, als wir lernen sollten, daß Gewaltanwendung, Waffengebrauch, Kriegführen böse und verwerflich sei. Leider haben Lehrmeister und Schüler das allzubald wieder vergessen, und eine Völkerwelt, die sich aufgemacht hatte, den preußisch-deutschen Militarismus zu zerbrechen, starrt heute in Waffen wie niemals zuvor; und das Volk, das man ein für allemal entwaffnen und damit ungefährlich machen wollte, mußte und muß die Waffe wieder in die Hand nehmen, die man ihm gerade weggenommen hatte.

Wie ist es eigentlich dazu gekommen? – Die Antwort liegt auf der Hand, und mit der Antwort sind wir bei unserem heutigen Thema: es geht um das Streben nach Sicherheit, geboren aus der Angst der Unsicherheit. Der letzte Krieg ist mit der Niederwerfung Deutschlands und Japans nicht zu Ende gegangen, sondern hat seine – zunächst

kalte – Fortsetzung gefunden in der Auseinandersetzung unter den Siegermächten, die bis zu diesem Tage in dem Gegensatz Ost-West fort dauert. Wie sichern wir uns vor Rußland und dem Kommunismus? So fragt die eine Seite, zu der wir in der Bundesrepublik gehören: die westliche Welt. Wie sichern wir uns vor Amerika und dem Kapitalismus? So lautet die Frage auf der anderen Seite. Auf beiden Seiten fürchtet man sich – und gewiß nicht ohne Grund – vor dem andern und sucht sich vor seinem Ausdehnungsdrang zu sichern. Nicht ohne Grund: denn unsere Erde ist so klein geworden, daß man im Ernst die Frage stellen muß und stellt, ob nicht eine letzte Auseinandersetzung nötig ist, weil der alte Satz fragwürdig geworden ist, der besagt, daß die Erde Raum für alle hat! Es ist die Frage nach der Möglichkeit der „Koexistenz“. Wird sie verneint, das heißt sind wir – die Völker in West und Ost – überzeugt, daß die beiden Welten nicht friedlich bei- und nebeneinander leben können, dann muß eine solche letzte Auseinandersetzung erfolgen, dann muß eben eine dieser beiden Welten verschwinden, damit die andere leben kann. Die Menschheit von heute steht vor dieser entscheidenden Frage, und sie hat bis zur Stunde die Antwort nicht gefunden. Soll sie es auf diesen letzten Waffengang ankommen lassen?

Warum wagt man es auf keiner der beiden Seiten? Nun, die Antwort ist nicht schwer: Weil keine der beiden großen Mächte Aussicht hat, diesen letzten „Krieg“ zu überleben. weil beide großen Mächte wissen, daß dieser „Krieg“ – auch für den Sieger – Selbstmord bedeuten muß. Wenn das Kriegsziel heißt: den Gegner nicht nur zu besiegen, sondern ihn zu vernichten, dann wird der Besiegte auf jeden Fall versuchen, den Sieger mit in seinen eigenen Untergang hineinzuziehen; und das ist heute weder für die westliche noch für die östliche Macht ein Problem, weil sie beide im Falle ihrer Niederlage über ein Mittel verfügen, das nicht nur sie selbst und den Sieger, sondern auch die übrige Völkerwelt in die Vernichtung einbezieht. – [...] Und das ist der Grund dafür, daß die ganze Völkerwelt heute den Atem anhält in Angst und Hoffnung, in der Hoffnung, daß die Mächte nicht den wahnwitzigen Versuch machen werden, die Frage der „Koexistenz“ auf gewaltsame Weise zu lösen, in der Angst, es könnte doch einmal zu einem Kurzschluß des Wahnsinns kommen, der das Ende – zwar nicht für unseren Planeten, wohl aber – für das Leben auf unserem Planeten bedeuten müßte. Diese Hoffnung und diese Angst liegen dem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit zugrunde, das die ganze Menschheit unserer Tage beherrscht und das sich in dem leidenschaftlichen Schrei nach Frieden Luft macht, weil Frieden und Leben schlechterdings dasselbe geworden sind.

Das heißt nicht – und wir haben es ja täglich vor Augen –, daß es nun keine Kriege mehr gibt: wir haben ja Kriege

in der Welt und werden sie noch für eine Weile haben; aber der Krieg ist kein Mittel mehr, das die Frage der „Koexistenz“ zu lösen oder zu beantworten vermöchte. Hier ist die Anwendung von Gewalt sinnlos geworden, weil die Macht in Ohnmacht umgeschlagen ist. [...]

Beide Mächte haben es nun in den letzten Jahren wieder und wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie an keinen Angriff denken und daß sie ihre Gegensätze auf friedlichem Wege zu lösen versuchen wollen. [...] Aber das Mißtrauen ist nun einmal da; denn es kann ja nicht angezweifelt werden, daß beide Seiten dahin streben, ihre Ideen über die ganze Völkerwelt zu verbreiten, wenn nicht mit Waffengewalt, so doch durch ideologische Infiltration, durch diplomatische Machenschaften, durch wirtschaftliche Assistenz und auf jedem andern nur erdenklichen Wege. Das Mißtrauen ist da und damit das Gefühl der Unsicherheit; und das heißt: trotz allem, Fortsetzung des Wettrüstens, damit man sich im Falle eines militärischen Angriffs wenigstens zur Wehr setzen kann, so sinnlos in solch einem Fall auch die ganze Situation werden mag. [...]

Die Gegenargumente konzentrierten sich damals auf zwei Überlegungen: im Falle eines Krieges zwischen Ost und West würde Deutschland das eigentliche Schlachtfeld sein [...]. Inzwischen hat sich die Lage grundlegend geändert infolge der technischen wie der politischen Entwicklung: man hat die Mannschaftsstärken auf beiden Seiten erheblich reduziert, und dieser Prozeß wird sich weiter fortsetzen, weil kein Zweifel mehr daran besteht, daß der Krieg – sollte er aller Vernunft zuwider doch kommen – ein technisierter Atomkrieg sein wird, in dem nicht mehr Soldaten gegen Soldaten, sondern Massenvernichtungsmittel gegen Bevölkerungen eingesetzt werden [...], das heißt aber für uns, daß die vorgeschobenen Positionen der Gegner ständig an Bedeutung verlieren. [...] Europa wird dabei – wenn überhaupt, dann – nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, und eine deutsche Wehrmacht wird für diesen Krieg nichts bedeuten. Im gegenwärtigen Augenblick ist es noch nicht so weit; vielmehr sieht die Lage so aus: Wir sind dabei, in der Bundesrepublik eine eigene Wehrmacht aufzustellen, die bislang noch mit „konventionellen“ Waffen ausgerüstet ist. Aber der Bundeskanzler hat vor wenigen Tagen erklärt, daß im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen auch die Bundeswehr mit den modernsten Waffen, also auch mit Atomwaffen ausgerüstet werden wird. Die Frage wurde schon einmal (vor den Wahlen) angeschnitten und damals dahin beantwortet, daß die Bundesrepublik keinen Antrag auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr gestellt habe. Wohl aber war bereits bekannt, daß amerikanische Atomkanonen und Atommunition auf deutschem Boden stationiert und gelagert sind, anders als in den

übrigen west-europäischen Ländern. Was bedeutet aber dieser Zustand für den Fall eines Ost-West-Krieges? Es kann gar nichts anderes heißen, als daß der erste östliche Atomangriff sich gegen das Gebiet der Bundesrepublik, gegen Abschluß-Stellen und Lagerungsplätze der Atommunition richten muß und daß infolgedessen die westdeutsche Bevölkerung das erste Masseneropfer eines derartigen Krieges werden wird. Die Bundeswehr wird daran, das heißt an der ersten und eigentlichen Gefährdung unserer Sicherheit, nichts ändern können; sie wird diese Gefahr nur erhöhen, und ein unbewaffnetes Deutschland wäre besser oder jedenfalls nicht schlechter daran; es ist deshalb wohl zu verstehen, daß andere europäische Nationen sich gegen die Lagerung von Atommunition auf ihrem Staatsgebiet zur Wehr setzen. Es ist völlig eindeutig, daß im Falle eines solchen Krieges die Bundeswehr uns keine Sicherheit bietet.

Nun wird das auch kaum irgend jemand zu behaupten wagen; die Bedeutung aller Rüstungen wird heute vielmehr darin gesehen, daß sie vorbeugend und abschreckend wirken sollen. Und das ist sicherlich nicht einfach von der Hand zu weisen; es ist wohl kaum zu bezweifeln, daß im vergangenen Jahr sowohl die Suez-Krise als auch die Vorgänge in Ungarn nur deshalb nicht zu einem Ost-West-Krieg geführt haben, weil man auf beiden Seiten Angst vor den Folgen hatte. Hier hat die Abschreckungstheorie offensichtlich ihre Wirkung gehabt. Aber das wird man doch ernsthaft fragen dürfen und müssen, ob die Existenz einer westdeutschen Bundeswehr irgendeine abschreckende Wirkung haben kann, ob sie die heute noch haben kann. Vor fünf Jahren sah es noch so aus, als ob den Russen der Gedanke an deutsche Soldaten wirklich Schrecken einflößte; sie behaupteten damals, daß sie unter Umständen bereit wären, eine Wiedervereinigung zuzulassen, wenn Deutschland auf Militär und Nato-Mitgliedschaft verzichten würde. Heute gilt dieses Angebot, das niemals auf seine Ernsthaftigkeit geprüft wurde, weil der Außenminister es als undiskutabel bezeichnete, nicht mehr. Die Russen haben keine Angst mehr vor Soldaten [...]. Heute haben sie – vielleicht – Angst, die Urangruben in Ostdeutschland preiszugeben, weil sie sie für den Rüstungswettlauf in Atomwaffen brauchen. So ist schlechterdings nicht einzusehen, inwiefern die Bundeswehr zu unserer Sicherheit oder zur Sicherheit des Weltfriedens – und beides hängt jetzt schicksalhaft ineinander – beitragen könnte. [...]

Wir müssen in allem Ernst und in aller Nüchternheit die Frage stellen und überdenken: Was wollen wir mit einer Wehrmacht von 500 000 Mann? Eine irgendwie überzeugende oder auch nur einleuchtende Antwort auf diese Frage fehlt; nur das eine ist gewiß: zur Sicherheit, das heißt zum Frieden kann die Bundeswehr nichts von Belang und Bedeutung beitragen. [...] Das Zeitalter der

Kriege ist für uns vorbei und ebenso für unsere europäischen Nachbarn; niemand kann heute noch die Vermessenheit haben, die Lunte an das Pulverfaß zu legen, weil dies Pulverfaß das Leben der Menschheit vernichten würde.

Ich bin kein Phantast, meine Damen und Herren; ich träume nicht davon, daß nun etwa mit der Abschaffung der Wehrmacht bei uns und andern Sicherheit und Frieden auf Erden – oder auch nur bei uns – einkehren würden. Die Gegensätze sind da, und sie müssen ausgetragen werden. Unser Leben in dieser Welt ist ein Leben in der Unsicherheit und Ungesicherheit, und unsere Aufgabe besteht nun einmal darin und wird immer darin bestehen, daß wir jeweils genug Sicherheit und Frieden schaffen, damit das Leben weitergehen kann. Gewaltanwendung und Krieg, Waffen und Drohungen sind das ungeeignetste Mittel dazu und waren es längst; aber heute ist es am Tage, daß so keine Sicherheit geschaffen werden kann. Wir werden andere, ernsthaftere Mittel anzuwenden haben. Die Frage der „Ko-existenz“ bleibt ja als Frage bestehen. Was soll werden, wenn Humanismus und Sozialismus sich gegeneinanderstellen und sich als Systeme bekämpfen? So sieht es doch heute aus! Und die einen sagen Religion und die andern Atheismus, die einen sagen der Mensch und die andern die Gesellschaft, und geheim oder offen glauben sie dabei doch alle noch an Macht und Gewalt, an Druck und Zwang, an das Recht und den Erfolg des Stärkeren. In dieser Welt brauchen wir Menschen (um leben zu können) ein Mindestmaß von Sicherheit, von Recht und Frieden, und dazu soll alle Politik, alle kommunale und staatliche, alle nationale und internationale Politik dienen, dies jeweils erforderliche Maß von Recht und Frieden zu schaffen, zu erhalten und zu fördern. Wenn uns heute die Frage nach der „Ko-existenz“ gestellt ist, anders als in früheren Zeiten, nämlich so, daß einander widerstrebende Interessen innerhalb der Menschheit den Bestand der Menschheit gefährden, so brauchen wir eben eine Politik, die zunächst einmal den Bestand der Menschheit zu sichern unternimmt und das erforderliche Mindestmaß von Recht und Frieden hierfür zu schaffen und zu garantieren sich bemüht. [...]

Die Zeitspanne, in der wir gegenwärtig leben, ist eine Übergangszeit und als solche voll von Gefahren; und diese Gefahren liegen am Tage. Sie lassen bei uns allen das Verlangen nach Sicherheit stark werden; und dies Verlangen ist z. Zt. so stark, daß Menschen und Völker in ihrer Angst nach Strohhalmen greifen. Der Strohalm war für geraume Zeit bei den Amerikanern die Atombombe, bis die Russen sie auch hatten; dann wurde es die H-Bombe, und die Russen hatten sie auch zur fast gleichen Zeit. Unser Strohalm war die Bundeswehr. Aber Sicherheit ist mit all diesen Strohhalmen nicht zu

schaffen. Auch alle Blockpolitik ist nicht mehr als ein brüchiger Strohalm; denn es gibt heute keine Sicherheit mehr, die auf Kosten der Sicherheit eines anderen gehen könnte. Es gibt nur noch das gemeinsame und darum auch gemeinsam zu tragende Risiko. Das gilt für Amerikaner und Russen, für Idealisten und Materialisten, für Weiße und „Farbige“.

Man wird es einmal als Wahnsinn erkennen und beurteilen, daß in unseren Tagen Atombombenversuche von einzelnen Mächten – auch von angeblich „christlichen“ – gemacht werden, ohne daß die andern Völker gefragt werden, obwohl sie die Folgen tragen müssen; daß man eine ganze Menschheitsgeneration zu Versuchstieren macht, vielleicht sogar alle kommenden Generationen, ohne den geringsten Anhalt dafür zu haben, daß diese Versuche nicht bereits das Ende der Menschheit im Gefolge haben werden. Und das alles wird gerechtfertigt mit der Behauptung, es sei um der „Sicherheit“ willen nötig. Hier wird nicht nur Macht zur Ohnmacht, hier wird Vernunft purer Unsinn. Und dann sollten wir von Sicherheit reden und meinen, eine Bundeswehr könnte auch nur den kleinsten Beitrag für unsere Sicherheit leisten?! [...] Wir haben ein geltendes Völkerrecht, das es einem Kriegführenden verbietet, innerhalb der Dreimeilen-Grenze vor der Küste eines neutralen Staates kriegerische Handlungen vorzunehmen. Dies Recht sorgte für Sicherheit; aber heute kann ein Staat todbringende, radioaktive Wolken erzeugen und auf ihre unkontrollierte und unkontrollierbare Reise schicken, und kein Volk wird gefragt, ob es mit der verantwortungslosen Gefährdung, die ihm zugefügt wird, einverstanden ist; das heißt: knapp 400 Millionen Menschen terrorisieren gegenwärtig die übrigen 2400 Millionen und fragen nicht nach ihrem Recht.

Hier und nur hier ist die Sicherheitsfrage anzufassen; alles übrige sind Spiegelfechtereien und Ablenkungsmanöver. Und es ist doch wohl eine Schande, daß sich auch „christliche“ Völker an diesem Unrecht – oder um es so zu sagen: an diesem „Verbrechen“ gegen die Menschheit beteiligen. Wir mögen – was die Sicherheitsfrage angeht – die Bundeswehr auf sich beruhen lassen. Sie schadet darin nichts (höchstens uns, wenn's losgeht und ohnehin nichts zu retten bleibt); im Gegenteil, sie hilft auch nichts! Aber was wird aus der ständig weitergehenden und ständig wachsenden Bedrohung der Sicherheit, wie sie mit der von der Gesamtheit nicht kontrollierten Entwicklung der Massenvernichtungsmittel gegeben ist! Hier haben wir uns zu wehren, wir, das heißt 2400 Millionen Menschen, über die die Gewaltigen heute noch hinweggehen, als käme es auf sie gar nicht an. Aber im gleichen Atemzuge spricht man von Menschenrechten und von der vollkommenen menschlichen Gesellschaft. Es ist ein kleines Hoffnungszeichen, daß bei uns endlich

wenigstens die Evangelische Kirche ihren Mund aufgetan hat für die Ratlosen und Verführten, indem sie diese Mittel radikal verworfen hat, wie es in jener Erklärung der Theologischen Fakultäten der DDR zuerst hieß, weil in ihnen „Gottes Gaben mißbraucht, Gottes Güte gelästert und Gottes Ebenbild – der Mensch – verraten wird“.

Die Probe aufs Exempel wird kommen, wenn die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet wird; denn dann wird die Kirche zu ihrem Wort stehen müssen, das hieß: „Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen!“ Und dieses Nichtmitmachen wird der Beitrag zur Sicherheit unseres Volkes und der Menschheit von heute sein, den wir zu leisten haben, der einzige echte Beitrag, den wir heute zur Sicherheit leisten können. –

Quelle: Martin Niemöller, Reden 1955 – 1957, Darmstadt 1957, 214–224.

II. Dokumentation: Stellungnahmen zu den gegenwärtigen Kriegen

Angesichts der gegenwärtigen Bemühungen um eine Waffenruhe zwischen Russland und der Ukraine, bei denen ausgerechnet der Präsident der USA als Engel des Lichts und Vertreter einer Friedenslogik erscheint, die Europäer jedoch als skeptische Bremsen und Vertreter einer Kriegslogik, läuft jede Stellungnahme Gefahr, innerhalb kürzester Zeit überholt zu werden. Ähnliches gilt im Blick auf die katastrophale humanitäre Lage im Gazastreifen angesichts der dort inzwischen durchgesetzten Waffenruhe und der Freilassung der noch lebenden Geiseln der Hamas.

Trotz dieser dynamischen Entwicklungen dokumentieren wir im Folgenden einige Stellungnahmen zu den gegenwärtigen Kriegen aus dem zu Ende gehenden Jahr. Die Dokumentation versteht sich als ein Beitrag zur Herstellung einer Gegenöffentlichkeit zu unseren Leitmedien, die eher dazu neigen, regierungsamtliche Positionen zu reproduzieren. Ohnehin kann noch niemand sagen, wie lange die Waffenruhe in Gaza hält und wohin die Verhandlungen über die Ukraine führen werden; sollte sich daraus tatsächlich ein Friedensprozess entwickeln, wäre dies ein Anlass zur Hoffnung.

RED

„Christus und dem Evangelium treu bleiben“

30. Januar 2025

Ein Aufruf von Geistlichen und Laien der Russischen Orthodoxen Kirche, die zwar in Russland bleiben, aber den Krieg ablehnen.

Veröffentlicht am 7. Januar 2025, dem Tag des Weihnachtsfestes in Russland

Dieses Glaubensbekenntnis wurde von Kirchenleuten, Klerikern und Laien, verfasst, die größtenteils in Russland leben und sich genötigt sahen, auf jegliche Hinweise auf die Autorenschaft zu verzichten. Jeder, der die hierin enthaltenen Thesen teilt und bereit ist, sie an andere weiterzuleiten, sei es mündlich oder schriftlich, öffentlich oder auf privatem Weg, kann sich als Teilnehmer an diesem Bekenntnisakt betrachten.

Die Phänomene, auf die in diesen Thesen Bezug genommen wird, haben in unserer Kirche seit langem zugenommen. Das Schweigen der Kirchenleute kann als Zustimmung oder Akzeptanz empfunden werden, und deshalb haben wir kein Recht zu schweigen.

Wir, Kleriker und Laien, Kinder der Russischen Orthodoxen Kirche – einschließlich derer unter uns, die derzeit in verschiedenen Ländern verstreut sind und anderen Jurisdiktionen angehören – glauben und bekennen, dass wir alle, unabhängig von den irdischen Umständen

und den Forderungen irdischer Machthaber, aufgerufen sind, vor der Welt Zeugnis für die Lehre Jesu Christi abzulegen, und immer abzulehnen, was mit dem Evangelium unvereinbar ist. Keine irdischen Ziele oder Werte können von Christen über die oder anstelle der Wahrheit gesetzt werden, die in der Lehre, dem Leben und der Person Jesu Christi offenbart wurde.

1. ÜBER GOTT: Über das Gebot „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen“

Wir Christen glauben an Gott, „den Schöpfer des Himmels und der Erde, alles Sichtbaren und Unsichtbaren“ [Glaubensbekenntnis von Nizäa-Konstantinopel, Anm. d. Übers.], an Gott, den „Unaussprechlichen, Unerkennbaren, Unsichtbaren, Unbegreiflichen, Ewigen, Unveränderlichen“, „vor Dem Himmel und Erde, das Meer und alles, was in ihnen ist, erbeben“ [Liturgie des hl. Johannes Chrysostomus, Ordnung des Sakraments der Heiligen Taufe, Anm. d. Übers.].

Frappierend ist die Leichtfertigkeit, mit der nicht nur Politiker und Journalisten, sondern auch Kirchendiener den Namen Gottes in ihrer Rhetorik verwenden und dem Schöpfer des Universums unerschrocken zuschreiben und vorschreiben, auf welcher Seite Er in irdischen Konflikten zu stehen und welche der irdischen Herrscher Er zu unterstützen hat.

Dieser Gebrauch des Namens Gottes für politische Zwecke ist nichts anderes als ein Verstoß gegen das Gebot: „Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht missbrauchen“ (Ex 20,7).

2. ÜBER DAS REICH GOTTES:**Über die Unzulässigkeit der Vermischung dessen, was „Gottes“ und „des Kaisers“ ist, sowie die Unzulässigkeit der Verwandlung der Kirche in ein Instrument irdischer Machthabender**

Das Wirken Christi beginnt mit der Verkündigung des Reiches Gottes (Mt 4,17). Die Botschaft von diesem Reich ist das Herzstück seiner Verkündigung: „Sucht aber zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit“ (Mt 6,33). Christus lehrt, dass dieses Reich sich von allen irdischen Staaten unterscheidet: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ (Joh 18,36). Wir Christen sind seine Bürger: „Unsere Heimat ist im Himmel“ (Phil 3,20). Wir beten zu Gott: „Dein Reich komme, dein Wille geschehe, wie im Himmel so auf Erden“ (Mt 6,10). Weil er von diesem Reich gepredigt hatte, verurteilten die irdischen Machthaber und ihre Diener Christus zum Tode mit den Worten: „Jeder, der sich selbst zum König macht, lehnt sich gegen den Kaiser auf. [...] Wir haben keinen König außer dem Kaiser“ (Joh 19,12–15).

Wir wissen, dass der Staat und die Institutionen zur Unterstützung von Recht und Ordnung in dieser Welt notwendig und unvermeidlich sind. Sie schaffen die Voraussetzungen für ein normales Leben der Gesellschaft, indem sie menschliche Aggression und Kriminalität niederhalten. Deshalb antwortet der Apostel Paulus denen, die ihn gefragt haben, dass Gott die Macht als eine Institution des Rechts und der Ordnung eingesetzt hat, die diejenigen zurückhält, die Böses tun:

„Es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott ist; die jetzt bestehen, sind von Gott eingesetzt. [...] Denn sie [die staatliche Gewalt] steht im Dienst Gottes für dich zum Guten. [...] Sie steht im Dienst Gottes und vollstreckt das Urteil an dem, der Böses tut“ (Röm 13,1–4).

Der Wert dieser irdischen Macht ist praktisch und vergänglich; sie ist nicht dazu da, das Paradies auf Erden zu errichten, sondern um diejenigen, die Böses tun, daran zu hindern, die Erde in eine Hölle zu verwandeln.

Ohne die praktische Bedeutung der irdischen Macht und die Pflichten des Christen gegenüber der Gesellschaft aufzuheben, unterscheidet Christus klar zwischen der irdischen Macht und dem Reich Gottes, zwischen der Beziehung des Christen zu irdischen Machthabenden und zu Gott: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ (Mt 22,21). „Den Herrn, deinen Gott, sollst du anbeten und ihm allein dienen“ (Mt 4,10). Deshalb ist jegliche Vermischung dessen, was „Gottes“ und was „des Kaisers“ ist, von Vollmachten und Aufgaben der irdischen Machthabenden mit der Macht und Herrschaft Gottes, unvereinbar mit der Lehre Christi.

Umso unvereinbarer mit der Treue zu Christus ist ein Zustand, in dem die Kirche zu einer ideologischen Abteilung des Staatsapparates wird, die als „Klammer“ [ein von der politischen Nomenklatura in Russland gern benutzter Begriff, Anm. d. Übers.] die politischen Bedürfnisse eines bestimmten Regimes bedient.

3. ÜBER DIE MENSCHENWÜRDE:**Über die vorgebliche „Häresie der Menschenverehrung“ und die Unzulässigkeit, den Menschen als Verbrauchsmaterial zu missbrauchen**

In der Heiligen Schrift lesen wir, dass der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen wurde (Gen 1,26). Etwas Ähnliches wird in der Heiligen Schrift weder über die Nation noch über den Staat noch über eine Partei gesagt.

Wir lesen, dass Gott sich nicht schämt, die Menschen „Kinder“ und „Brüder“ zu nennen, denen er gleich wird, um sie von der Sklaverei der Sünde und des Todes zu befreien (Hebr 2,11–18). Im Glaubensbekenntnis bekennen wir, dass Gott Mensch geworden ist „um uns Menschen und um unseres Heiles willen“. Aber weder die Heilige Schrift noch das Glaubensbekenntnis sagen uns, dass Gott Mensch geworden ist um der Größe oder des Heils einer Nation, eines Staates oder einer Partei willen.

Nach dem Wort Christi können nicht nur weltliche und soziale Regelungen, sondern sogar die wichtigsten religiösen Regelungen und Gebote nicht als Selbstzweck betrachtet werden, sondern sind um des Menschen willen da: „Der Sabbat wurde für den Menschen gemacht, nicht der Mensch für den Sabbat“ (Mk 2,27).

Deshalb steht für die Jünger Christi der Mensch über jeder Nation, jedem Staat und jeder Partei – und das ist keine „globale Häresie der Menschenverehrung“, sondern eine Folge der christlichen Lehre, dass der Mensch das Ebenbild Gottes ist.

Der Missbrauch des Menschen als Instrument, als ein „Rädchen oder Schraubchen“, als Verbrauchsmaterial für den Staat oder andere irdische Institutionen ist mit der Lehre Christi unvereinbar.

4. ÜBER DIE GLEICHHEIT DER VÖLKER VOR GOTT und die Unzulässigkeit der nationalen Selbstverherrlichung

Im Neuen Testament lesen wir, dass im neuen Menschen, im Gegensatz zum alten, „nicht mehr Griechen und Juden, Beschnittene und Unbeschnittene, Barbaren, Skythen, Sklaven, Freie, sondern Christus alles und in allen ist“ (Kol 3,11). In der Welt des Neuen Testaments kann es keine Nationen

geben, die Gott gefallen oder missfallen: „Gott ist nicht partiisch, sondern in jedem Volk ist ihm willkommen, wer ihn fürchtet und tut, was recht ist“ (Apg 10,34–35).

Jede Erniedrigung einiger Völker und jede Erhöhung anderer, jede Form von nationalem Messianismus und nationaler Selbstverherrlichung ist mit der Lehre Christi unvereinbar, insbesondere jene, die unter der Losung „Gott ist mit uns!“ einem Volk das Recht zuschreibt, über das Schicksal anderer Völker zu entscheiden.

Deshalb können wir nicht akzeptieren, dass christliche Werte und Sinngehalte einer geopolitischen Agenda untergeschoben werden, einer Ideologie, die den Glauben an Christus durch den Glauben an die „russische Welt“, an die besondere Bestimmung des russischen Volkes und des russischen Staates, ersetzt.

Eine solche Verfälschung reduziert Gott auf eine nationale Gottheit, verengt die Orthodoxie auf eine nationale russische Religion und einen der Aspekte des nationalen Selbstbewusstseins. Sie zerstört die Lehre vom universalen Charakter der Kirche und führt zu einem Bruch mit anderen orthodoxen Ortskirchen. Aber die Kirche Christi ist größer als jede Ortskirche, auch als die Russische Orthodoxe Kirche.

Bei einer solchen Verfälschung wird die kirchliche Terminologie für politische Zwecke verwendet. An die Stelle der Lehre von der Einheit der Orthodoxen Kirche wird die Lehre von der „Einheit der Russischen Kirche“ gesetzt, und die Worte über die „Dreieinigkeit des russischen Volkes“, die in kirchennahen Dokumenten erklingen, passen die theologische Terminologie der heiligen Väter an die Bedürfnisse des politischen Diskurses an und geben dem politischen Konzept den falschen Anschein einer kirchlichen Doktrin.

Es ist ein Ausdruck von Hochmut und geistlicher Selbstüberschätzung, die eigene Nation als „universalen Herrscher“ (*katechon* – „Aufhalter“ des Antichrist, Anm. d. Übers.) zu bezeichnen, der die Welt vor dem Bösen schützt, und als „letzte Festung, die die Welt vor dem Kommen des Antichrist bewahrt“. Im Dasein jedes Volkes kämpfen Gott und der Teufel, und für jedes Volk ist der Ausgang dieses Kampfes bis zum Jüngsten Gericht unbekannt.

5. ÜBER DAS LEBEN NACH DEN GEBOTEN CHRISTI und dessen Ersatz durch den „Kampf für traditionelle Werte“

Christen sind aufgerufen, durch ihr eigenes Leben Zeugnis von den moralischen Lehren Christi abzulegen, wie sie im Neuen Testament dargelegt sind. Aber nirgend-

wo im Neuen Testament wird gesagt, dass Christen den „Außenstehenden“, also jenen, die keine Kirchenmitglieder sind, Werte – welche auch immer: moralische, familiäre, häusliche, politische oder religiöse – aufzwingen sollen.

Der Apostel Paulus regelt zwar die Lebensnormen der ersten christlichen Gemeinden, zwingt die Christen aber nicht, diese Normen den „Außenstehenden“ aufzuzwingen, und fordert sie darüber hinaus auf, den Umgang mit den „Außenstehenden“, die nicht nach diesen Normen leben, nicht zu brechen: „Denn sonst müsstet ihr ja aus der Welt auswandern [...]. Was geht es mich denn an, die Außenstehenden zu richten? Habt ihr nicht die zu richten, die zu euch gehören? Die Außenstehenden aber wird Gott richten“ (1 Kor 5,10–13).

Selbst die wichtigsten moralischen Werte des Christentums sollen wir nicht mit Gewalt, sondern nur durch unser eigenes Beispiel verkünden.

Der erbitterte „Kampf“, um den „Außenstehenden“ die „traditionellen Werte“ durch Zwang und gerichtliche Verfolgung, repressive Gesetze und Denunziationen aufzuzwingen, ist nichts anderes als ein Versuch, den Schwund wahrhaft christlicher moralischer Werte wie Liebe, Freiheit, Mitgefühl und Barmherzigkeit im inneren Leben der Kirche selbst zu verschleiern.

Wir können eine Predigt, in der „traditionelle“ und „nationale“ Werte die Moral des Evangeliums, die Gebote Christi und Christus selbst ersetzen und verdrängen, nicht als christlich ansehen.

6. ÜBER DIE CHRISTLICHE NÄCHSTENLIEBE und deren Ersatz durch die Predigt von Gewalt und „Heiligem Krieg“

Christus sagt zu seinen Jüngern: „Alles, was ihr wollt, dass euch die Menschen tun, das tut auch ihnen! Darin besteht das Gesetz und die Propheten“ (Mt 7,12).

„Liebt eure Feinde, segnet, die euch fluchen, tut wohl denen, die euch hassen, und bittet für die, die euch verfolgen, damit ihr Kinder eures Vaters im Himmel werdet; denn er lässt seine Sonne aufgehen über Bösen und Guten und er lässt regnen über Gerechte und Ungerechte. Denn wenn ihr nur die liebt, die euch lieben, welchen Lohn könnt ihr dafür erwarten [...]? Seid also vollkommen, wie euer himmlischer Vater vollkommen ist“ (Mt 5,44–48).

Von den Aposteln bis zu den Asketen unserer Zeit, wie dem heiligen Siluan vom Berg Athos, haben die Nachfolger Christi bezeugt und bezeugen, welche bedeutende

Stellung die Lehre von der Feindesliebe in der christlichen Ethik hat. Christus lehrt seine Jünger:

„Leistet dem, der euch etwas Böses antut, keinen Widerstand, sondern wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halte ihm auch die andere hin! Und wenn dich einer vor Gericht bringen will, um dir das Hemd wegzunehmen, dann lass ihm auch den Mantel“ (Mt 5,39–40).

Wir wissen, dass die Anwendung von Gewalt manchmal der einzige Weg sein kann, um noch schlimmere Gewalt zu verhindern. Aber auch eine solche Gewalt, die als das geringere Übel gewählt wird, ist immer noch Gewalt, zwar ein geringeres, aber dennoch ein Übel.

Jede Predigt, die Gewalt verherrlicht, sei diese Gewalt politisch oder sozial, öffentlich oder häuslich, ist mit der Lehre Christi unvereinbar.

Der schlimmste Fall von Gewalt ist der Krieg. Wir wissen, dass Staaten manchmal gezwungen sind, Krieg zu führen, also Gewalt und Mord zu begehen, um noch schlimmere Gewalt und noch schlimmeren Mord zu verhindern. Doch auch in diesem Fall bleibt Gewalt und Mord eine Sünde.

Wir können denjenigen dankbar sein, die – da sie sich dem Bösen widersetzt haben und dies manchmal um den Preis des eigenen Lebens – durch Gewaltanwendung noch schlimmere Gewalt verhindert haben. Aber diese Dankbarkeit kann und darf nicht in eine Verherrlichung, Romantisierung oder Heroisierung des Gewaltaktes selbst münden. Für den Christen ist diese Dankbarkeit unweigerlich mit der Trauer darüber vermischt, dass die Gewalt in unsere Welt gekommen ist und dass sie durch Gewalt gestoppt werden musste.

Sowohl die Kirchenväter als auch das Kirchenrecht bezeugen die Sündhaftigkeit des Mordes, unabhängig von dessen Motiven. In der Regel des heiligen Basilius des Großen heißt es: „Wer seinem Nächsten einen tödlichen Schlag versetzt, ist ein Mörder, ob er nun zuerst zuschlägt oder zurückschlägt“ (Regel 43). Im Blick auf diejenigen, die bei der Abwehr eines Angriffs den Räuber töteten, schreibt Basilius vor, dass Kleriker ihres Amtes enthoben und Laien von der Kommunion ausgeschlossen werden, „denn die Schrift sagt: ‚Alle, die zum Schwert greifen, werden durch das Schwert umkommen‘ (Mt 26,52)“ (Regel 55). Der heilige Basilius rät, dass Soldaten, die im Krieg einen Mord begehen, für drei Jahre von der Kommunion ausgeschlossen werden sollen, „weil sie unreine Hände haben“ (Regel 13). Die kirchliche Tradition verbietet es Priestern nicht nur, Waffen zu benutzen, sondern sie auch nur in die Hand zu nehmen,

und sie verbietet es denen, die im Krieg gemordet haben, Priester zu werden.

Manchmal hören wir, dass in Bezug auf die Teilnehmer an Kriegshandlungen die Worte Christi zitiert werden: „Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt“. Aber das ist eine völlige Verzerrung der Bedeutung der Worte Christi, die aus dem Kontext des Evangeliums gerissen wurden. Im Johannesevangelium sagt Christus: „Das ist mein Gebot, dass ihr einander liebt, so wie ich euch geliebt habe. Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt. Ihr seid meine Freunde“ (Joh 15,12–14). Dies ist ein Aufruf an die Nachfolger Christi, dem Beispiel des Meisters zu folgen, der sein Leben für seine Jünger, seine Freunde, hingab. Aber er gab sein Leben nicht im Krieg, indem er andere tötete, sondern am Kreuz, indem er für unsere Sünden starb. Diese Worte beziehen sich nicht auf diejenigen, die töten, sondern auf diejenigen, die getötet werden.

Es ist kein Zufall, dass sich die Prediger der Lehre vom „heiligen Krieg“ meist nicht auf das Neue Testament, sondern auf das Alte Testament berufen, und zwar genau auf die Aspekte, die die Predigt Christi als vergangen hinter sich lässt. Einen Krieg als „heilig“ zu erklären, ist mit der Lehre Christi unvereinbar, selbst wenn es sich um einen Verteidigungskrieg handelt. Erst recht, wenn es sich um einen Angriffskrieg handelt.

7. ÜBER DIE KIRCHE CHRISTI: Über die „Vertikale der Macht“ und das Vergessen des Synodalprinzips als Entstellungen des kirchlichen Lebens

Christus sagt über Seine Kirche: „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen“ (Mt 18,20). Indem er das Leben der Kirche und die Welt der irdischen Mächte einander gegenüberstellt, sagt er seinen Jüngern, wie seine Kirche beschaffen sein soll:

„Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker unterdrücken und die Großen ihre Vollmacht gegen sie gebrauchen. Bei euch soll es nicht so sein, sondern wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein, und wer bei euch der Erste sein will, soll euer Sklave sein“ (Mt 20,25–27).

Die verschiedenen Ämter in der Kirche bedeuten nicht die Herrschaft der einen über die anderen, sondern verschiedene Arten des Dienstes, die der ganzen Gemeinde vermacht und anvertraut sind. Der Apostel Petrus schreibt: „Dient einander [...], ein jeder mit der Gabe, die er empfangen hat“ (1 Petr 4,10), und fügt, an die

Hirten gerichtet, hinzu: „Weidet die euch anvertraute Herde Gottes [...] nicht aus Gewinnsucht, sondern mit Hingabe; seid nicht Beherrscher der Gemeinden, sondern Vorbilder für die Herde“ (1 Petr 5,2–3). Daher ist weder die Überhöhung der Oberen noch die Erniedrigung der Untergebenen, weder die Identifizierung der Kirche mit dem Klerus, die die Laien herabsetzt, noch die Umwandlung der geistlichen Hierarchie in eine bürokratische „Vertikale der Macht“ [ein zentraler Begriff der politischen Nomenklatura in Russland, Anm. d. Übers.] mit der Lehre Christi vereinbar.

Für die orthodoxe Tradition ist es inakzeptabel, den Vorsteher zu einem „kirchlichen Autokraten“ etwa nach Art des römischen Papstes im mittelalterlichen Abendland zu machen, dessen Meinungen, Äußerungen und Entscheidungen weder einer Diskussion noch der Kritik unterliegen. Das Wort des Vorstehers ist nicht identisch mit dem Wort der Kirche. Es ist für die Kirche nicht normal, dass das Prinzip der Synodalität weder substantiell noch wenigstens formell beachtet wird, wenn nicht einmal die vom Kirchenstatut vorgeschriebenen Bischofssynoden einberufen werden; wenn die wichtigsten Entscheidungen für das Leben der Kirche allein vom Vorsteher getroffen werden; und wenn der Widerspruch von Klerikern gegen Handlungen, Worte und die Politik ihres Vorgesetzten mit einem Meineid gleichgesetzt wird und eine Suspendierung oder Amtsenthebung nach sich zieht (eine Strafe, die das Kirchenrecht nur für die schwersten Vergehen von Klerikern vorsieht).

8. ÜBER DEN VERSÖHNUNGSDIENST als die wahre soziale und politische Sendung der Kirche

Christen sind aufgerufen, der sie umgebenden Welt durch ihr Leben und ihre Beziehung untereinander ein Beispiel zu geben – in Vergebung, Versöhnung und brüderlicher Liebe: „Wenn ihr den Menschen ihre Verfehlungen vergibt, dann wird euer himmlischer Vater auch euch vergeben. Wenn ihr aber den Menschen nicht vergibt, dann wird euch euer Vater eure Verfehlungen auch nicht vergeben“ (Mt 6,14–15). „Wenn du deine Opfergabe zum Altar bringst und dir dabei einfällt, dass dein Bruder etwas gegen dich hat, so lass deine Gabe dort vor dem Altar liegen; geh und versöhne dich zuerst mit deinem Bruder, dann komm und opfere deine Gabe“ (Mt 5,23–24). „Soweit es euch möglich ist, haltet mit allen Menschen Frieden“ (Röm 12,18). „Daran werden alle erkennen, dass ihr meine Jünger seid, wenn ihr einander liebt“ (Joh 13,35).

Indem die Kirche Menschen verschiedener Nationalitäten, sozialer Schichten und politischer Parteien in Christus vereint, ist sie dazu berufen, der Versöhnung zwischen verfeindeten Nationen, gesellschaftlichen

Gruppen und Parteien zu dienen. Christus selbst sagt über diese Mission: „Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden“ (Mt 5,9). Die Lehre von der friedensstiftenden Mission der Kirche wird u.a. in den „Grundlagen der Soziallehre der Russischen Orthodoxen Kirche“ dargelegt, die im Jahr 2000 von der Bischofssynode angenommen wurden:

„Die Orthodoxe Kirche erfüllt ihre Mission der Versöhnung unter einander feindlich gesinnten Nationen und ihren Vertretern. Dementsprechend bezieht sie keine Stellung in interethnischen Konflikten, mit Ausnahme von Fällen offensichtlicher Aggression oder Ungerechtigkeit seitens einer der Parteien“ (Grundlagen der Soziallehre der Russischen Orthodoxen Kirche, II.4).

„Angesichts der politischen Meinungsverschiedenheiten, Widersprüche und Kämpfe predigt die Kirche Frieden und Zusammenarbeit unter den Menschen, die unterschiedlichen politischen Ansichten anhängen. Sie duldet auch verschiedene politische Überzeugungen in der Mitte des Episkopats, des Klerus sowie der Laien, mit Ausnahme solcher, die offensichtlich zu Taten führen, die der orthodoxen Glaubenslehre und den moralischen Normen der kirchlichen Tradition widersprechen“ (Grundlagen der Soziallehre der Russischen Orthodoxen Kirche, V.2).

Gerade mit dem Argument, dass die Kirche mit der Mission der Vermittlung und Versöhnung unter verschiedenen politischen Kräften betraut ist, wird das Prinzip „Kirche steht außerhalb der Politik“ begründet. Die Kirche kann nicht als Vermittlerin zwischen verschiedenen politischen Kräften dienen, wenn sie eine dieser Kräfte ausdrücklich unterstützt.

„Untersagt ist die Teilnahme der Kirchenleitung und der Geistlichen, folglich auch der ganzen Kirche, an der Tätigkeit politischer Organisationen, an wahlvorbereitenden Prozessen wie etwa der öffentlichen Unterstützung politischer Organisationen, die an Wahlen teilnehmen, oder einzelner Kandidaten, an Wahlkampfwerbung usw.“ (Grundlagen der Soziallehre der Russischen Orthodoxen Kirche, V.2).

Wenn Vertreter der Kirche zum Hass gegen andere Völker und Länder aufstacheln, anstatt den Frieden zu predigen, politische Einmütigkeit predigen, anstatt zwischen den politischen Kräften zu vermitteln, Gewaltakte gegen Andersdenkende ideologisch rechtfertigen, anstatt Versöhnung zu predigen – dann ist das eine Perversion nicht nur des Grundsatzes „Kirche steht außerhalb der Politik“, sondern auch und vor allem der Mission, zu der Christus seine Jünger ruft.

Der Versuch, das kirchliche Gebet als Instrument zur Überprüfung der Loyalität gegenüber irdischen Macht-habenden zu missbrauchen, die Suspendierung und Amtsenthebung aufgrund von Gebeten für Frieden und Versöhnung – das ist nichts anderes als die Verfolgung von Christen wegen ihrer Treue zum Wort Christi.

* * *

Wir erinnern uns, dass Christus zu seinen Jüngern sagte: „Ihr seid das Salz der Erde. Wenn das Salz seinen Geschmack verliert, womit kann man es wieder salzig machen? Es taugt zu nichts mehr, außer weggeworfen und von den Leuten zertreten zu werden“ (Mt 5,13). Wir sehen, wie die heuchlerische Kluft zwischen Wort und Tat unsere Kirche in Verruf bringt. Erinnern wir uns an die Worte des Apostels Paulus:

„Du belehrst also andere Menschen, aber dich selbst belehrst du nicht? Du predigst: Du sollst nicht stehlen! Und du stiehlest? Du sagst: Du sollst die Ehe nicht brechen! Und du brichst sie? Du verabscheust die Götzenbilder, begehst aber Tempelraub? [...] Denn euretwegen wird unter den Heiden der Name Gottes gelästert, wie geschrieben steht“ (Röm 2,21–24).

Doch „das Wort Gottes bleibt in Ewigkeit“ (Jes 40,8), und wir bekennen unsere Treue zu diesem Wort.

Quelle: <https://telegra.ph/Hranit-vernost-Hristu-i-Evangeliyu-01-10> (10.01.2025)

Übersetzung aus dem Russischen:
Dr. Johannes Oeldemann, Paderborn

**Einstehen und streiten
für den Menschen**



Niemöller-Bonhoeffer-Stiftung

Dr. Uwe-Karsten Plisch
Steingasse 9
65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 9545486
mns-dbv@t-online.de

Vorsitzender

01.04.2025

[Niemöller-Bonhoeffer-Stiftung - Steingasse 9 65183 Wiesbaden](#)

Sehr geehrte

Sie sind Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland. In dieser Funktion erhalten Sie diesen Brief.

Vom 7. bis 9. März d.J. fand im Erfurter Augustinerkloster unsere erste Friedenstagung der aus Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein entstandenen Vereinigung statt: <https://martin-niemoeller-stiftung.de/allgemein/tagung-in-erfurt-denkt-frieden-soziale-gerechtigkeit-oekologie-und-oekumene-zusammen#more-3209>

Sie stand unter dem Thema «Friedenstüchtig werden – ethisch und theologisch, ökonomisch und ökologisch». Namhafte Referent:innen führten in die jeweilige Thematik ein und standen für die Diskussionen zur Verfügung. Nach dem Gottesdienst in der Augustinerkirche (Predigt Bichöfin a.D. Margot Käßmann) entstand aus dem Schlussplenum mit 92 Teilnehmenden heraus die Bitte, dass wir als Veranstalter mit wichtigen Aspekten der Tagung auf den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Präses der Synode zugehen. Wir nehmen diesen Impuls auf und wenden uns in zwei Gedankengängen an die Präses und jedes einzelne Mitglied des Rates.

Der erste Punkt betrifft die Absicht der künftigen Regierungskoalition, einen in Verteidigungsangelegenheiten ungedeckelten Aufrüstungsprozess in Gang zu setzen. Begründet wird dies mit Blick auf die derzeitige Aggression Russlands gegen die Ukraine.

Die geplanten, unbegrenzten Steigerungen der Rüstungsausgaben werden der jetzigen Situation in der Ukraine nichts entgegensetzen, wohl aber den Aufbau eines militärisch-industriellen Komplexes in Deutschland beschleunigen und andere Lebensbereiche des täglichen Lebens der Menschen in Deutschland beeinträchtigen. Diakonie und andere soziale Werke weisen sehr eindringlich auf die jetzt schon sichtbaren, dann aber sich verschärfenden Folgen und gesellschaftlichen Zerreißproben hin.

Wir bitten Sie als Mitglied des Rates der EKD darauf hinzuwirken, gemeinsam mit dem Diakonischen Werk der EKD den Blick auf diese Problematik zu lenken und dies hörbar in die bundesrepublikanische Öffentlichkeit zu übermitteln.

Der zweite Punkt betrifft die ohne parlamentarischen Beschluss angekündigte Stationierung amerikanischer, mit Atomsprengköpfen bestückbarer Mittelstreckenraketen in Deutschland. Sie sollen dazu dienen, das militärische Gleichgewicht in Europa wiederherzustellen. Z.T. sehr hochrangige Militärfachleute, denen keine pazifistische Grundhaltung nachgesagt werden kann, warnen sehr eindringlich davor, dass durch diesen Schritt nicht eine Stabilisierung Europas erreicht wird, sondern einer Labilisierung der Sicherheit Europas Tor und Tür geöffnet werden. Für die Situation in Deutschland ergeben sich dadurch noch spezielle Problematiken, da nur hier stationiert werden soll. Auch bedeutet eine einseitige Dislozierung, ohne zugleich mit dem möglichen Gegner darüber in Verhandlung zu gehen, einen Rückfall in der Vorgehensweise hinter den «Doppelbeschluß» von 1979.

Wir vermissen ein angemessen dringliches Wort unserer Kirche in dieser Frage. Wo bleibt der Hinweis auf die Erkenntnis der Friedensdenkschrift von 2007, wonach die «Drohung mit Nuklearwaffen nicht als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden kann»?

Bitte nutzen Sie Ihre Stimme im Rat der EKD, an diese grundlegende Einsicht zu erinnern und sie nicht anderen «Notwendigkeiten» zu opfern. Notwendig ist in dieser Zeit eine Kirche, die als eine vom Mainstream unterscheidbare klare Stimme des Friedens spricht. Bitte tragen Sie mit dazu bei.

Mit freundlichen Grüßen

L. G. G.

REINHARD MÜLLER

„Angst vor Krieg: Die Deutschen in der Zeitenwende“

Offener Brief zum Interview von Anne Will mit Boris Pistorius am 07.04.2025, NDR

Sehr geehrter Herr Pistorius!

Sie haben in dem Interview Verständnis gezeigt, dass viele Deutsche Krieg satt und Angst davor haben. Mir haben Sie diese Angst nicht genommen, auch wenn Sie fast eine Stunde ausführlich beschreiben, wie die Bundeswehr und die Gesellschaft aufs Modernste und Abschreckendste kriegstüchtig wird. Das ist nicht überzeugend, denn der verbrecherische Aggressor kann ja – wie in der Ukraine – in Überschätzung seiner Kräfte doch kommen, und dann ist Krieg! Dann werden in einem Panzer-, Drohnen- oder gar Atomkrieg Menschen getötet, Städte zerbombt und Landschaften vernichtet. Diese Katastrophe wird also durch Rüstung und Abschreckung keinesfalls mit Sicherheit verhindert, sondern eher wahrscheinlicher.

Sie betonen in den letzten drei Minuten, dass wir ja alle den Frieden anstreben und dass dafür das erste Mittel das politische Handeln mit Verhandlungen und Zusammenarbeit ist. Genau das ist der wörtliche Sinn des Pazifismus: ‚den Frieden machen‘ (lat. *pacem facere*)! Dazu gehört freilich die Überzeugung, lieber Kompromisse und Gewalt zu erleiden als selbst andere Menschen zu töten. Leider aber werden Pazifisten als Inselträumer diffamiert und immer wieder darauf reduziert, sich ja nicht nur einmal, sondern gleich noch auf die andere Backe schlagen zu lassen ...

Das Kürzel ‚auf die andere Backe schlagen lassen‘ ist ein Zitat von Jesus, womit leider nicht nur die Pazifisten, sondern auch Jesus verhängnisvoll missverstanden ist. Wenn wir uns schon auf Jesus beziehen, dann bitte richtig. Jesus sagt nach Matthäus (5,39): „Wenn dich jemand auf deine rechte Backe schlägt, dem biete die andere auch dar.“

Man muss dazu wissen, dass es damals klare Regeln auch fürs Ohrfeigen gab. Ein Gleichgestellter wurde auf dessen linke Backe mit der Handfläche geschlagen und ein Untergebener mit dem harten Handrücken auf dessen rechte. Jesus ermutigt nun die mit dem Schlag auf die rechte Backe Erniedrigten: Lasst euch das nicht gefallen, fordert gleichberechtigte Würde ein, indem ihr eure linke Backe anbietet. Wohlgedenkt ‚anbietet‘! Jesus geht nämlich davon aus, dass der Schläger nicht nochmal schlägt, weil der damit den Untergebenen als

gleichberechtigten Menschen anerkennen würde, was damals ein schwerer Verstoß gegen die Standesregeln war.

Jesus wollte also nie und nimmer, dass die Menschen sich in Demut noch und nochmal schlagen lassen, sondern er wollte ihnen zu ihrer Würde verhelfen! Das ist zugleich ein gutes Beispiel, auf Gewalt nicht mit Gegengewalt zu antworten, sondern die Gewalt ins Leere laufen zu lassen. Dieses als dritten Weg Jesu bezeichnete wahrhaft menschliche Verhaltensmuster haben schon viele Konfliktforscher und Pazifisten und andere auf die Konflikte zwischen Staaten übertragen und gewaltfreie Verteidigungsformen entwickelt. Das wartet aber noch der Anerkennung als politisches Handeln und benötigt wahrscheinlich doch ein Friedensministerium, damit die Menschheit nicht immer wieder in die tödliche Falle der Kriegslogik fällt, auf Gewalt nur mit Gewalt antworten zu können.

Mit friedvollen und freudvollen und hoffnungsvollen Grüßen!

Ihr Reinhard Müller

Arnsdorferstr. 25, 02906 Waldhufen

PRO PEACE

Aufruf für eine Zwei-Staaten-Lösung

Pro Peace unterzeichnet Aufruf
des Paris Peace Forum

(30. Juli 2025)

*Am 13. Juni riefen hunderte Vertreter*innen israelischer und palästinensischer Organisationen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik im Beisein des französischen Präsidenten Emmanuel Macron die internationale Gemeinschaft dazu auf, mehr für ein Ende des Krieges und einen dauerhaften Frieden in Nahost zu tun. Darunter waren auch die Pro Peace-Partner Combatants for Peace und Standing Together. Es folgt der Aufruf in einer von Pro Peace leicht gekürzten Fassung.*

Verehrte Staats- und Regierungschef*innen, wir sprechen heute zu Ihnen als Israelis und Palästinenser*innen, [...] vereint durch eine Überzeugung, die zu einem Akt des Trotzes geworden ist: unsere gemeinsame Menschlichkeit.

Beenden Sie den Krieg – setzen Sie sich für einen Waffenstillstand und ein dauerhaftes Ende der Gewalt ein, die Freilassung aller Geiseln und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe. [...]

Unterstützen Sie die Zwei-Staaten-Lösung, bekennen Sie sich mutig dazu, dass sowohl Israelis als auch Palästinenser*innen ein unveräußerliches Recht auf eine Zukunft mit gegenseitiger Anerkennung, Selbstbestimmung und Staatlichkeit für beide Völker haben. Dies beginnt mit der Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit und der Verurteilung aller Formen des Terrorismus und muss Rechenschaftspflicht fördern, indem zerstörerische Politiken, illegale Siedlungsexpansion und De-facto-Annexion bekämpft werden. [...]

Schaffen Sie einen internationalen Fonds für Frieden und schützen Sie die Zivilgesellschaft. Richten Sie einen groß angelegten, international unterstützten Fonds für den israelisch-palästinensischen Frieden ein, der die Arbeit der Zivilgesellschaft stärkt und ausweitet und dazu beiträgt, dass in beiden Gesellschaften Mehrheiten für eine Lösung des Konflikts entstehen. [...]

Investieren Sie in ein neues Narrativ und in die heranwachsenden Generationen. Unterstützen Sie eine neue politische Dynamik in beiden Gesellschaften. Ein dauerhafter Frieden kann nicht nur aus Verträgen bestehen,

sondern muss mit Heilung einhergehen. Unterstützen Sie Versöhnungsarbeit und stellen Sie dabei Jugend, Frauen und die Zivilgesellschaft in den Mittelpunkt. Wir müssen die Abgründe der Angst mit Bildung überbrücken, den Hass und die Entmenschlichung des „Anderen“ in unserer Mitte unnachgiebig bekämpfen, denn die heranwachsenden Generationen sind der Grundstein für eine Zukunft, in der beide Völker Sicherheit, Würde, gegenseitige Anerkennung und Selbstbestimmung in einer sicheren Nachbarschaft erhalten.

Jetzt ist Ihre Führung von entscheidender Bedeutung, um im Schatten des Krieges das Fundament eines neuen regionalen Friedens zu legen. Unsere Geschichte ist voller Schmerz, aber unsere Zukunft ist noch ungeschrieben, und Sie haben jetzt die Feder in der Hand. Wir stehen bereit, nicht als Untertan*innen Ihrer Politik, sondern als Partner in dieser wichtigen Mission. Die Welt schaut zu, und die Geschichte wird urteilen.

Paris, 13. Juni 2025

Quelle: Pro Peace
<https://www.propeace.de/de/aufruf-fuer-eine-zwei-staaten-loesung> (24.11.2025)

vgl. auch:
<https://parispeaceforum.org/publications/the-paris-call-for-the-two-state-solution/> (24.11.2025)

UNION FOR REFORM JUDAISM
(Jüdische Reform-Bewegung, USA)

Erklärung zum Hunger in Gaza

(27. Juli 2025)

Die anhaltende Krise in Gaza stellt eine niederschmetternde Erinnerung an die immensen Kosten des Krieges dar. Nach nahezu zwei Jahren des Krieges Israels gegen die Hamas warten die Israelis immer noch auf die Rückkehr ihrer Angehörigen, die als Geiseln gehalten werden, und unschuldige Palästinenser sind in einer wachsenden humanitären Katastrophe gefangen. Die Hamas hat wiederholt ihren Willen demonstriert, das palästinensische Volk im Interesse der Vernichtung Israels zu opfern; aber Israel sollte nicht im Gegenzug sein moralisches Ansehen opfern. Weder die Erhöhung des militärischen Drucks noch die Einschränkung der humanitären Hilfeleistungen haben Israel dem Ziel näher gebracht, ein Abkommen über die Freilassung der Geiseln zu sichern oder den Krieg zu beenden. [...]

Niemand sollte unberührt bleiben angesichts des weit verbreiteten Hungers, der von Tausenden von Bewohnern des Gazastreifens erlitten wird. Niemand sollte seine Zeit damit verschwenden, sich über technische Definitionen des Unterschieds zwischen Aushungern und allgegenwärtigem Hunger zu streiten. Die Lage ist schrecklich, und sie ist tödlich. Wir sollten auch keine Argumentation hinnehmen, die darauf hinausläuft, dass angesichts des Hungers oder Verhungerns der Bevölkerung des Gazastreifens den jüdischen Staat keine Mitschuld für die Katastrophe treffe, da ja die Hamas die primäre Ursache sei. Die vorrangige moralische Antwort muss mit einem von Schmerz geplagten Herzen angesichts solch einer umfassenden humanitären Tragödie beginnen.

Unsere Tradition lehrt uns, dass alle Menschen *be tselem Elohim* – im Bilde Gottes – geschaffen sind. Eine Konsequenz davon ist die von der Bibel und der rabbinischen Tradition durchgängig betonte moralische Priorität sowohl für die Einzelnen als auch für die sich selbst verwaltende jüdische Gemeinschaft, die Hungrigen zu speisen. [...]

Das Aushungern der Zivilbevölkerung in Gaza wird Israel weder den angestrebten „vollständigen Sieg“ über die Hamas bringen, noch lässt sie sich mit jüdischen Werten oder humanitärem Recht rechtfertigen. [...]

Es ist unumgänglich, dass Israels Regierung zusichert, dass die jüngst angekündigten Pläne zur Gewährleistung humanitärer Hilfe Erfolg haben, und dass Israel mit

internationalen Partnern zusammenarbeitet, um deren sichere und nachhaltige Lieferung zu gewährleisten [...].

Da Israel 70 % des Gazastreifens effektiv kontrolliert und beabsichtigt, in bedeutsamen Teilen davon zumindest zeitweilig zu bleiben, sollte es [...] mit der internationalen Gemeinschaft, internationalen humanitären Nichtregierungsorganisationen und regionalen Freunden zusammenarbeiten, um dringend benötigte Aktivitäten wie die folgenden zu entfalten, die von dem israelischen Reform-Rabbiner und Mitglied der Knesset Gilad Kariv vorgeschlagen wurden:

- Verhinderung der alarmierenden Zahl von Todesfällen unter der Zivilbevölkerung in und um die Verteilungsstellen für Lebensmittel und humanitäre Hilfe.
- Einrichtung einer erheblichen Anzahl von Lebensmittelverteilungszentren an verschiedenen Orten im Gazastreifen.
- Groß angelegte Einfuhr von Säuglingsnahrung (insbesondere flüssiger Säuglingsnahrung) und Gewährleistung der sicheren Lieferung sowohl an funktionierende medizinische Zentren als auch an die wenigen verbliebenen internationalen Hilfseinrichtungen.
- Einrichtung sicherer Methoden – möglicherweise in Zusammenarbeit mit den Ländern der Region – für die Lieferung von Nahrungsmitteln an Hilfsorganisationen und internationale Einrichtungen.
- Wiederherstellung einer ausreichenden Wasserversorgung der Bevölkerungszentren in Gaza gemäß internationalen Gesundheitsstandards.
- Genehmigung und Unterstützung der Lieferung von Medikamenten, der Einrichtung von Feldlazaretten und Kliniken, die von verbliebenem palästinensischem medizinischem Personal, ausländischen Regierungen und internationalen Einrichtungen betrieben werden, insbesondere in Gebieten, in denen Krankenhäuser ihren Betrieb eingestellt haben.

Schließlich: Während es unumgänglich ist, dass Israel und die USA die diplomatischen Bemühungen wieder aufnehmen, um alle Geiseln nach Hause zu bringen und diesen Krieg zu beenden, stellt die Verweigerung von grundlegenden humanitären Hilfeleistungen eine moralische Grenzüberschreitung dar. Die Blockade von Nahrung, Wasser, Medizin und Energie – insbesondere für Kinder – ist unhaltbar. Lasst es nicht zu, dass unser Schmerz sich zu Indifferenz verhärtet oder dass unsere Liebe für Israel uns blind macht für die Schreie der Hilfsbedürftigen! Lasst uns der moralischen Herausforderung dieser Zeit gewachsen sein!

*Union for Reform Judaism
Central Conference of American Rabbis
American Conference of Cantors*

Übersetzung des redaktionell gekürzten Textes
aus dem Englischen: Andreas Pangritz.

Quellen:

Union for Reform Judaism (USA)
<https://urj.org/press-room/reform-movement-statement-starvation-gaza> (21.11.2025)

Central Conference of American Rabbis
<https://www.ccarnet.org/reform-movement-statement-on-starvation-in-gaza/> (21.11.2025)

Zur deutschen Übersetzung vgl. auch:
zeitpunkt, Solothurn (CH)
<https://zeitpunkt.ch/amerikanische-rabbis-fordern-schluss-mit-dem-aushungern-der-palaestinenser> (21.11.2025)

Orthodoxe Rabbiner gegen Hunger in Gaza

Rund 80 orthodoxe Rabbiner fordern
ein Ende der Hungersnot in Gaza

(25. August 2025)

Rund 80 orthodoxe Rabbiner aus verschiedenen Ländern fordern die israelische Regierung auf, der Hungersnot in Gaza ein Ende zu bereiten. Die Initiative für das Schreiben, das der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) vorliegt, ging demnach von US-Rabbi Yosef Blau aus. Er erklärte: „Wenn Religion dazu benutzt wird, die Verehrung von Macht zu rechtfertigen, verzerrt sie die grundlegende Moral.“ Unkritische Loyalität widerspreche dem Anspruch der Selbstreflexion, der grundlegend für das Judentum sei.

In dem Schreiben heißt es weiter, die Greuelthaten der radikalislamischen Hamas entbänden Israel nicht von seiner Verantwortung für die humanitäre Krise im Gazastreifen. Daher müsse das Land eine massenhafte Hungersnot verhindern. Zu den Unterzeichnenden gehört auch der polnische Oberrabbiner Michael Schudrich, der betonte: „Ich liebe Israel – die Nation, das Land, die Menschen.“

Rückbesinnung auf die jüdische Hoffnung

Kritik gibt es auch daran, dass Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu keine Ideen für eine Zeit nach dem derzeitigen Krieg entwickelt habe. So entstehe ein Vakuum, das extremen Stimmen innerhalb der Regierung ermöglicht habe, „beunruhigende Vorschläge“ zu verbreiten. Zudem verurteilen die Rabbiner die eskalierende Gewalt durch extremistische Siedler im Westjordanland: Sie habe zum Mord an Zivilisten geführt und die Region weiter destabilisiert.

Dieser historische Moment erfordere, so das Schreiben weiter, „eine Stimme, die in unseren tiefsten jüdischen Werten verwurzelt ist und von unserer traumatischen Geschichte der Verfolgung geprägt ist“.

Die jüdische Hoffnung auf Gerechtigkeit und Mitgefühl erstreckte sich auf alle Menschen. Zu den Unterzeichnenden gehören auch der Dresdner Rabbiner Akiva Weingarten, der britische Rabbiner David Rosen, der norwegische Rabbiner Michael Melchior sowie der dänische Oberrabbiner Jair Melchior.

Quelle: diAk e.V. (Deutsch-Israelischer Arbeitskreis
für Frieden im Nahen Osten)
<https://diak.org/2025/08/25/rabbiner-gegen-hunger-in-gaza/>
(24.11.2025)

Menschen in Not in Palästina und Israel

Erklärung des Vorstandes der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung

Wiesbaden, den 2. Oktober 2025

1. *Wir bekennen uns* zur Existenz des Staates Israel ebenso wie zum Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat in seinem angestammten Siedlungsgebiet. Wer Israel liebt und will, dass es bleibt, kann nicht wollen, dass es bleibt, wie es ist.

2. *Wir gehen in die Irre*, wenn wir die historische Schuld des Holocaust durch kritiklose Treue zum Staat Israel kompensieren wollen. Kritiklosigkeit ist aber das Gegenteil von Freundschaft. Wer einen Freund in die Irre gehen lässt, ohne zu widersprechen, ist nicht sein Freund. Vielmehr gilt für uns das Wort des Apostels Paulus: „Darum ermahnt euch untereinander und einer erbaue den andern“ (1 Thess 5,11).

3. *Wir gehen in die Irre*, wenn wir die bahnbrechende theologische Einsicht, dass Menschen jüdischen Glaubens Glaubensgeschwister aller Christenmenschen sind, auf geopolitische Verhältnisse anwenden. Aus dem biblischen Israel lassen sich keine Gebietsansprüche des modernen Staates Israel ableiten. Mit dem Propheten Jesaja träumen wir von einer Pilgerfahrt aller Völker nach Jerusalem um zu lernen:

„Viele Völker werden hingehen und sagen: Kommt, lasst uns auf den Berg G'ttes gehen, zum Hause des Gottes Jakobs, dass er uns lehre seine Wege und wir wandeln auf seinen Steigen! Denn von Zion wird Weisung ausgehen und G'ttes Wort von Jerusalem. Und er wird richten unter den Völkern und zurechtweisen viele Völkerschaften. Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden künftig nicht mehr lernen, Krieg zu führen“ (Jes 2,2–4).

4. *Wir gehen in die Irre*, wenn wir uns die Deutungshoheit über den richtigen Umgang mit dem Staat Israel anmaßen und meinen, alle Welt müsse sich an unserer Sicht messen lassen und sich ihr beugen. Wir lassen uns mahnen vom Darmstädter Wort von 1947: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne.“

Wir warnen vor einer biblisch oder anderweitig begründeten Bevorzugung einzelner Völker, die als Rechtfertigung dient, andere Menschen zu diskriminieren. Konflikte enden, wenn die Interessen der jeweils anderen Seite anerkannt und berücksichtigt werden, damit ein Interessenausgleich stattfinden kann. Einen Konflikt beendet, wer anfängt aufzuhören.

5. *Wir gehen in die Irre*, wenn wir die Augen davor verschließen, dass der Staat Israel, wie die meisten westlichen Demokratien, von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus bedroht ist. Was etwa in Frankreich mit dem Rassemblement National oder in Deutschland mit der AfD als Bedrohung vor der Tür steht, ist in Israel wie in Ungarn oder den Niederlanden längst Realität: Rassisten und Rechtsextremisten sind Teil der Regierung und bestimmen deren Ausrichtung wesentlich mit. Dies zu ignorieren ist fahrlässig und gefährdet den Fortbestand Israels und seine Existenz als geachteter Demokratie im Nahen Osten. Darum sollten wir alles tun, um die israelische Zivilgesellschaft zu stärken. Wir sind solidarisch mit allen Menschen in Israel und Palästina, die sich weigern, Feinde zu sein.

Diese Erklärung des Vorstandes wurde am 2. Oktober 2025 als Positionspapier mit einer Gegenstimme angenommen.

III. Zur Denkschrift „Welt in Unordnung“ der EKD

Am 10. November 2025 hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Denkschrift vorgestellt, die den Titel trägt: „Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen“. Auf der homepage der EKD heißt es dazu:

„Kriege, Krisen und Konflikte nehmen weltweit zu. Der Rat der EKD hat deshalb diese *Friedensdenkschrift* veröffentlicht, die Impulse für die Suche nach einer angemessenen christlichen Friedensethik für das 21. Jahrhundert bietet. Die EKD hält daran an ihren friedensethischen Grundüberzeugungen und der Vision eines Gerechten Friedens fest, ohne die Realität von Gewalt und Bedrohung zu leugnen. Pazifistische Traditionen werden gewürdigt; die Anerkennung staatlicher Schutzpflichten rückt jedoch in den Vordergrund. Theologisch fundiert ringt der Text mit der Spannung zwischen christlichem Friedensideal und politischer Verantwortung. Dabei wird deutlich: Die evangelische Friedensethik befindet sich in einem Prozess der Neuorientierung. Die Denkschrift versteht sich als Beitrag zur Gewissens- und Meinungsbildung und liefert differenzierte ethische Orientierungspunkte für die gesellschaftliche Debatte.“

Da die Denkschrift jedoch über weite Strecken den Eindruck erweckt, es sollten regierungsamtliche Positionen durch kirchliches Begleitfeuer gestärkt werden, ist es kaum verwunderlich, dass der Bundesaußenminister die EKD lobt: „Sie erkennt an, dass die Anwendung von Gegengewalt durch einen angegriffenen Staat nicht nur völkerrechtlich, sondern auch ethisch gerechtfertigt ist“. Und sie akzeptiere, dass ein kategorischer Pazifismus als universale politische Ethik nicht zu legitimieren sei: „Als Christ und Außenminister bin ich dankbar für diese umsichtig abwägenden, aber im Ergebnis klaren Positionierungen der evangelischen Kirche. Meiner Kirche.“

Ist es Zufall oder Absicht, dass der Titel der Denkschrift auf das Motto der Gründungsversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Amsterdam 1948 anspielt: „Die Unordnung der Welt und Gottes Heilsplan“? Damals wurde noch formuliert: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ So deutlich will die neue Denkschrift nicht werden. Das biblische Motto „... dass Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Ps 85,11) auf der homepage der EKD wirkt wie ein Feigenblatt angesichts der Tatsache, dass die zehn Leitsätze der Denkschrift jeglichen biblischen Bezug vermissen lassen.

Wir dokumentieren im Folgenden zwei kritische Stellungnahmen zur Denkschrift „Welt in Unordnung“ aus dem Vorstand.

RED

UWE-KARSTEN PLISCH

Kriegsdienst ist Nächstenliebe (§ 163)

Die EKD verabschiedet sich aus dem
friedensethischen Diskurs

Rezension zu

Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick. Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Leipzig (Evangelische Verlagsanstalt) 2025, 152 S., 12,00 Euro

Durch Hannover geht ein Beben. Der Rat der EKD hat, huch, festgestellt: Die Welt ist in Unordnung. Nämlich

seit nur 1.000 km östlich von uns Russlands Krieg gegen die Ukraine tobt. Als Bush und Obama auch von Deutschland aus gesteuert ihren Drohnenkrieg führten, um gezielt (und manchmal auch eher ungezielt) Menschen zu töten, war die Welt offenbar noch in Ordnung, oder jedenfalls nicht so in Unordnung, dass es die EKD merklich gestört hätte. Ebenso, als sich Deutschland am völkerrechtlich mindestens bedenklichen Kosovo-„Einsatz“ beteiligte – Kriege führen auch in dieser Denkschrift immer nur die anderen – oder die „Koalition der Willigen“ den Irak ins Chaos bombte, von den vielen, oft auch nach eigenen Maßstäben bemerkenswert erfolglosen, Auslands-„Einsätzen“ der Bundeswehr ganz zu schweigen. Kaum, dass die auch schon nicht unproblematische Friedensdenkschrift von 2007 ihre erste Bewährungsprobe zu bestehen hätte, wird sie nun also durch den Rat der EKD in die Tonne getreten und durch eine neue ersetzt.

Bereits der erste Satz des Vorwortes setzt den Maßstab für Peinlichkeit:

„Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) weiß sich in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet“ (5).

Was soll das bedeuten? „Die EKD ist dem Frieden verpflichtet“ wäre ein klarer Satz, den man dann theologisch / friedensethisch entfalten könnte; „in besonderer Weise“ ist nur völlig sinnentleerter Kirchensprech, der „besonderen“ Inhalt vortäuscht, wo keiner ist. Überhaupt liest sich die Denkschrift über weite Strecken, als hätte eine KI eine regierungsamtliche Verlautbarung in eine „besondere“ evangelische Diktion verwandelt, garniert mit allerlei ‚einerseits – andererseits‘ und ‚sowohl als auch‘. Ganz so einfach ist es aber natürlich nicht. Entscheidend sind die Adjektive, mit denen die Denkschrift klar macht, worum es eigentlich geht.

Mit der Formel von der „rechtserhaltenden Gewalt“, die schon in der vorigen Denkschrift eine wichtige Rolle spielte, meinen die Autor:innen einen Kniff gefunden zu haben, mit dem sie militärische Gewaltanwendung auch künftig rechtfertigen können. Allein 24-mal erscheint diese Zauberformel im Text. Wenn es aber primär um die Erhaltung des Rechts ginge, müsste die Denkschrift mindestens ebenso nachdrücklich die Stärkung internationaler Rechtsinstitutionen wie des internationalen Strafgerichtshofs in den Blick nehmen, der von gewalttätigen Staaten wie den USA, Russland oder Israel nicht anerkannt wird. Die Denkschrift erwähnt ihn nur dreimal, einmal im Zusammenhang mit Ökozid, einmal im Bezug auf sexualisierte Gewalt und einmal als Parallele zur UNO, aber nicht im Zusammenhang mit Völkermord. Dass Ökozid, Klimagerechtigkeit und sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Krieg bedacht werden, ist neu und positiv zu würdigen. Reflexionen darüber, dass Klimagerechtigkeit (und wie man sie herstellen kann) mit einer gerechten, bzw. ungerechten Weltwirtschaftsordnung, d.h. mit dem globalen Kapitalismus (und wie man ihn überwindet, bzw. sozialdemokratisch gesprochen: einhegt) zusammenhängt, sucht man in dieser Denkschrift vergeblich.

Der Friedenspredigt Jesu fühlt sich die EKD zwar verpflichtet, verschiebt die Hoffnung auf Frieden aber auf ein jenseits der Zeit gedachtes mythisches Reich Gottes. Gott wird es dann schon richten, solange aber die Sünde in der Welt ist, darf der Mensch weiter feste draufhauen (natürlich nur, wenn er auf der richtigen Seite steht). Von geradezu verstörender Perfidie ist der folgende Absatz:

„(§ 77) Die Erfahrungen des gewaltsamen Todes vieler Menschen im Krieg könnte aufgrund des Primats der Gewaltfreiheit zu der Forderung führen, auch in einem heißen Konflikt allein auf Verhandlungen zu setzen. Diese Sichtweise übersieht allerdings, dass solche Verhandlungen nur dann ethisch vertretbar

sind, wenn sie sich innerhalb des internationalen Rechts bewegen, das heißt dem Schutz der territorialen Unversehrtheit und Selbstbestimmung dienen. Der Primat der gewaltfreien Lösung darf nicht gegen die Ethik rechtserhaltender Gewalt ausgespielt werden [...]. Aufgezwungene Verhandlungen sind kein Weg zum Gerechten Frieden. Verhandlungen, die lediglich dazu dienen, die Ergebnisse militärischer Kriegsführung abzusichern, sind abzulehnen“ (75).

Aus der Formel vom „gerechten Frieden“ wird somit wieder ein bloßes Synonym bzw. ein Euphemismus für „gerechter Krieg“ und aus der Idee des ewigen Friedens die friedensethische Legitimation eines ewigen Krieges – denn Frieden gibt es, wenn er denn kommt, nur zu unseren Bedingungen. Man wüsste doch gern, wie viele Tote und Verstümmelte es bräuchte, bis der Rat der EKD sich dazu bequemte, seine kategorische Ablehnung aufzuweichen.

Die Ächtung von Atomwaffen hält die EKD zwar für ethisch geboten, politisch aber für unverantwortlich. Letztlich erliegt die EKD dem Mythos von der erlösenden Gewalt und kann sich scheinbar nicht zwischen der gelebten Friedenspraxis Jesu und einem aus der Zeit gefallenem Staatskirchentum entscheiden, de facto hat sie sich längst entschieden.

Dass die Denkschrift so ist, wie sie ist, hat natürlich mit dem Milieu zu tun, dem sie entspringt. Hier lässt es die Denkschrift an erfrischender Klarheit nicht fehlen:

„(§ 13) [...] Die Nächsten können dabei, wie der mathäische Jesus in der Rede vom Weltgericht betont, auch genau die sein, an die man nicht als Erstes denkt (Matthäus 25,37–40), nämlich diejenigen, die am Rand der Gesellschaft stehen“ (31).

„[...] an die man nicht als Erstes denkt“ – so viel unfreiwillige Selbstentblößung ist natürlich einerseits recht unterhaltsam, andererseits ist die völlige Abwesenheit von Selbstreflexion über den eigenen Standort – „man“ selbst steht offenbar felsenfest in der Mitte der Gesellschaft – höchst beunruhigend; auch, dass niemand, der den Text vor seiner Drucklegung gelesen hat, an dieser Stelle die Reißleine gezogen hat oder ziehen durfte. Wie immer lohnt auch ein Blick auf die Autor:innen der Denkschrift – wie üblich am Ende mit Namen und Ort, aber ohne Funktion aufgeführt. Dirck Ackermann z.B. ist Leitender Militärdekan, Uwe Hartmann Oberst im Generalstab. Mit Andreas Dieterich, dem Referenten für Friedensarbeit an der Dresdner Frauenkirche, ist zumindest ein Vertreter der evangelischen Friedensarbeit mit im Boot. Wie schon 2007 war auch diesmal der Friedensbeauftragte der EKD nicht an der Abfassung der

Denkschrift beteiligt, wurde aber durch das vorherige Abhalten von „Friedenskonsultationen“ eingebunden (clever!) und muss sich nun irgendwie loyal zu diesem Papier verhalten.

Auch die EKD-Friedensdenkschrift weiß, dass Frieden nur global, kirchlich gesprochen: ökumenisch zu realisieren ist. Inmitten einiger wohlfeiler Gemeinplätze blitzt dann sogar etwas wie Selbstkritik auf:

„Die weltweite Ökumene fordert dazu auf, die eigenen Theologien als kontextuelle und partikulare zu verstehen, die zugleich nach dem Gemeinsamen und Universalisierbaren im Angesicht des Evangeliums fragen“ (94).

Wo es allerdings konkret wird, ist es dann doch eher eine NATO-Ökumene, das (Uniform-) Hemd ist halt näher als der (Heilige) Rock:

„Die friedensethische Positionierung der EKD lässt sich [...] in die kontextbezogenen friedensethischen Diskussionen der weltweiten Ökumene, insbesondere auch der Nachbarkirchen im Norden und im Osten Europas, einordnen. So ringen z.B. auch die Kirchen in Schweden und Finnland, den jüngsten NATO-Mitgliedsstaaten [...] um eine theologisch-ethisch verantwortbare Haltung zum Thema Frieden“ (9).

Besonders beschämend ist die Desavouierung des Pazifismus durch die Denkschrift der EKD. Die Autor:innen machen sich erst den Pazifismus als gesinnungsethischen Exzess zurecht, um ihn dann umso einfacher widerlegen zu können. Das ist nicht nur theologisch und intellektuell unredlich, die „Würdigung“ des christlichen Pazifismus als „Ausdruck gelebter Frömmigkeit“ (20) bzw. „als Ausdruck einer individuellen Glaubensüberzeugung“ (125, der Ausdruck „Glaubensüberzeugung“ nur an dieser Stelle) ist überdies eine Beleidigung aller christlichen Pazifist:innen und aller echten Friedenskirchen.

Während in der Friedensdenkschrift von 2007 die friedensethischen Einsichten der Kirchen in der DDR noch ignoriert wurden (um sie dann nachträglich im Vorwort zu desavouieren) werden sie nun explizit verworfen:

„(§ 177) [...] Vor diesem Hintergrund eines an Recht und Ethik gebundenen Dienstes in den Streitkräften ist der Einschätzung zu widersprechen, dass der Dienst ohne Waffe das deutlichere Zeichen des Christseins darstelle. Diese in der Situation einer Armee als Instrument einer Diktatur getroffene und darum sehr verständliche Feststellung, die in der Handreichung ‚Zum Friedensdienst der Kirche‘ 1965 formuliert wurde, ist unter den Bedingungen des liberalen Rechts-

staats der Bundesrepublik und den Herausforderungen der Gegenwart nicht mehr aufrechtzuerhalten“ (139).

Die paternalistische Hochnäsigkeit, die in diesem Abschnitt zum Ausdruck kommt, ist charakteristisch für die gesamte Denkschrift und etwa für ehemalige Bausoldaten ein Schlag ins Gesicht. Dass die Denkschrift ausgerechnet in Dresden vorgestellt wurde, ist dann wohl nur ein Backenstreich extra. Anders als die Vorgängerschrift von 2007, die etwas zu vollmundig noch „einen stellvertretenden Konsens für die ganze Gesellschaft“ formulieren wollte, bescheidet sich die Denkschrift von 2025 damit, Orientierung zu geben und zur Prüfung der eigenen Position einzuladen. Auch solch bescheidener Wunsch auf Resonanz setzt aber Substanz voraus, aus der erst Relevanz erwächst. Vielleicht springen nach Wiederaufnahme der Wehrpflicht – Zwangsdienste hält die Denkschrift für gemeinschaftsstiftend (16) – wenigstens noch ein paar neue Militärseelsorgestellen heraus, dann hätte sich der Aufwand immerhin finanziell gelohnt.

Nicht zum ersten Mal stellt sich mir angesichts dieser westdeutschen NATO-Theologie – der Anklang an Nahtod-Theologie ist beabsichtigt – die Frage, ob diese evangelische Kirche überhaupt noch eine Zukunft hat und, schlimmer noch, ob das überhaupt wünschenswert wäre. Vielleicht muss diese gleichzeitig verzagte und sich grandios selbst überschätzende Beamt:innenkirche erst an ihren kollabierenden Pensionskassen zu Grunde gehen, damit geistlich und geistig etwas Neues wachsen kann.

Uwe-Karsten Plisch, Berlin

Stellungnahme des Vorstands der Bonhoeffer-Niemöller- Stiftung zur EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung“ vom 10. November 2025

Der Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung nimmt die heute in Dresden veröffentlichte friedensethische Denkschrift des Rats Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erschütterter zur Kenntnis.

Das Ziel, die Institution des Krieges aus der internationalen Politik zu entfernen, ist aufgegeben. Damit fällt das Ratspapier hinter die Charta der Vereinten Nationen und hinter den aktuellen friedensethischen Diskurs zurück.

Allen wird alles gegeben – statt einer eigenen Haltung

Anders als die Denkschrift von 2007, die noch „einen stellvertretenden Konsens für die ganze Gesellschaft“ formulieren wollte, bescheidet sich die ‚Denkschrift‘ damit, „Orientierung“ (6) zu geben zur Prüfung der eigenen Position. Ehrlicherweise solle das Papier deshalb als „Handreichung“ bezeichnet werden, wie bisher in der EKD üblich.

Wir bedauern, dass selbst dieser reduzierte Anspruch einer Handreichung nicht erfüllt wird. Zu durchsichtig ist das Bemühen, allen alles und damit niemand etwas zu geben. Damit gibt es weder echte Anstöße noch ist es ein wirklicher Konsens, aber eine Bestätigung des Bestehenden, ja eine Auslieferung an die jeweilige Regierungspolitik.

Die Formel von der „rechtserhaltenden Gewalt“ rechtfertigt letztlich Gewalt

„Mit der Formel von der ‚rechtserhaltenden Gewalt‘ meint der Text einen Kniff gefunden zu haben, mit dem militärische Gewaltanwendung jetzt und künftig gerechtfertigt werden kann“, so Dr. Uwe-Karsten Plisch, Vorstandsvorsitzender der Stiftung.

Allein 24-mal erscheint diese Zauberformel im Text. Wenn es aber primär um die Erhaltung des Rechts geht, müsste ebenso nachdrücklich z.B. die Beachtung des internationalen Strafgerichtshofs gefordert werden, der von gewaltaffinen Staaten wie den USA, Russland oder Israel nicht anerkannt wird. Friedensethisch wäre aktuell zu reflektieren, ab wann ein Verteidigungskrieg völkerrechtswidrig geführt wird, wenn er nur noch Tod und Vernichtung bedeutet und wenn er nicht vom

ernsten Bemühen begleitet wird, sich mit dem Feind zu verständigen.

Natürlich finden sich viele Aussagen, die wir schätzen und ernst nehmen – und die verbinden. Im Kontext des Ganzen verblasen sie in Beliebigkeit.

Krieg wird im menschlichen Wesen verankert – statt als überwindbar verstanden

Der Friedenspredigt Jesu fühlt sich das Ratspapier zwar verpflichtet, verschiebt die Hoffnung auf Frieden aber auf ein jenseits der Zeit gedachtes mythisches Reich Gottes. Gott wird es dann schon richten, solange aber die Sünde in der Welt ist, darf der Mensch weiter feste Gewalt anwenden. Damit wird der Krieg dem Wesen des Menschen zugeordnet, anthropologisiert, statt ihn als eine zu überwindende gesellschaftliche Umgangsform zu begreifen und damit als überwindbar zu verstehen.

Der Mythos der erlösenden Gewalt wird bedient – statt verworfen

Die Ächtung von Atomwaffen hält der Text zwar für ethisch geboten, politisch aber für unverantwortlich. Es gibt keinen Appell, aus dieser Logik der Massenvernichtung auszusteigen. „Die Autor:innen erliegen dem Mythos der erlösenden Gewalt und können sich nicht zwischen der Nachfolge der gelebten Friedenspraxis Jesu und einem aus der Zeit gefallenem Staatskirchentum entscheiden“, so Uwe-Karsten Plisch weiter.

Pazifismus wird zum frommen Fundamentalismus deformiert – statt ernstgenommen

Besonders empört sind wir, ost-westdeutsch verankert, über die Desavouierung der friedensstiftenden, also pazifistischen Bestrebungen in und außerhalb der Kirche. „Der Rat macht sich erst den Pazifismus als einen gesinnungsethischen Fundamentalismus zurecht, um ihn dann umso einfacher bei Seite legen zu können“, so Uwe-Karsten Plisch. Das ist nicht nur theologisch und intellektuell unredlich. Die Verniedlichung des christlichen Pazifismus als „Ausdruck gelebter Frömmigkeit“ (20) beleidigt die Menschen, die friedensethisch fundiert und wissenschaftlich informiert politische Impulse für eine friedenslogisch praktikable Sicherheitspolitik geben.

Dies sei an einem Zitat belegt: „[...] der Einschätzung [ist] zu widersprechen, dass der Dienst ohne Waffe das deutlichere Zeichen des Christseins darstelle. Diese in der Situation einer Armee als Instrument einer Diktatur getroffene und darum sehr verständliche Feststellung, die in der Handreichung „Zum Friedensdienst der Kir-

che“ 1965 formuliert wurde, ist unter den Bedingungen des liberalen Rechtsstaats der Bundesrepublik und den Herausforderungen der Gegenwart nicht mehr aufrechtzuerhalten“ (§ 177).

Dies ist eine Ohrfeige für die Bausoldaten und die gesamte christliche Friedensbewegung in der DDR, stempelt sie nachträglich zu nützlichen Idioten und relativiert zugleich für heute das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

„Friede auf Erden‘ (Lukas 2,14), das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot. Zum Gebot gibt es ein doppeltes Verhalten: den unbedingten, blinden Gehorsam der Tat oder die scheinheilige Frage der Schlange: sollte Gott gesagt haben? Diese Frage ist der Todfeind des Gehorsams, ist darum der Todfeind jeden echten Friedens.“
(Dietrich Bonhoeffer)

Kontakt: Uwe-Karsten Plisch 0176 520 312 87

*Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung e.V.
Steingasse 9, 65183 Wiesbaden*

IV. Nachrufe

Am 10. November 2025 ist in Berlin der Erziehungswissenschaftler und Publizist Micha Brumlik verstorben, der als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des kritischen Lernorts Garnisonkirche Potsdam mit der Martin-Niemöller-Stiftung verbunden war. Im Jahr 2016 war er für sein anhaltendes Engagement im Gespräch zwischen Juden und Christen mit der vom Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit verliehenen Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet worden, Wir dokumentieren im Folgenden Nachrufe des Koordinierungsrats der GCJZ und des Lernorts Garnisonkirche für Micha Brumlik.

RED

DEUTSCHER KOORDINIERUNSRAT
DER GESELLSCHAFTEN FÜR CHRISTLICH-
JÜDISCHE ZUSAMMENARBEIT

Zum Gedenken an Micha Brumlik

Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit trauert um Prof. Dr. Micha Brumlik, der am 10. November 2025 im Alter von 78 Jahren verstorben ist.

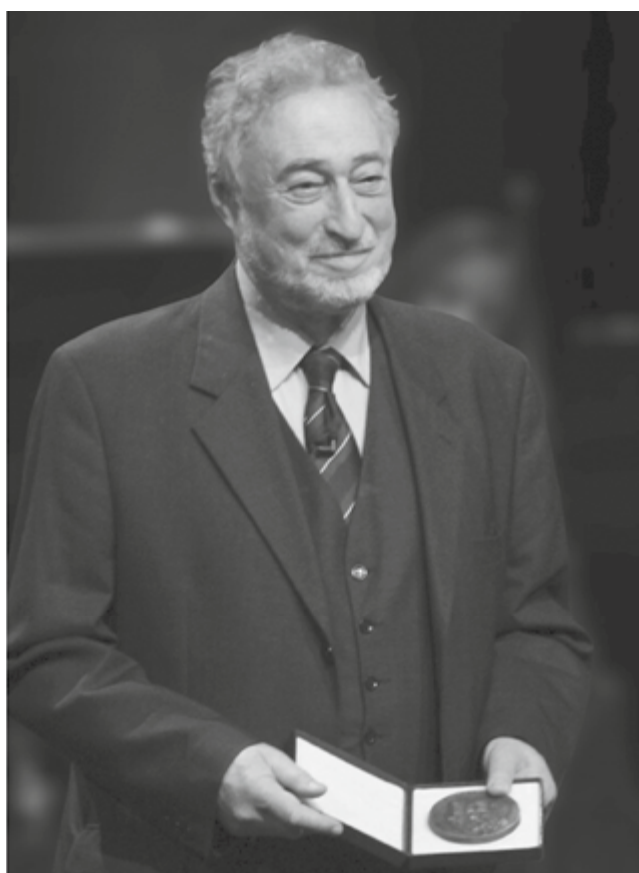
Micha Brumlik wurde als Kind deutscher jüdischer Eltern in der Schweiz geboren und lebte seit 1952 in Deutschland. Er war emeritierter Professor am Fachbereich Erziehungswissenschaften an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (DKR) zeichnete Prof. Brumlik 2016 mit der Buber-Rosenzweig-Medaille aus und würdigte damit seinen jahrzehntelangen publizistischen und pädagogischen Einsatz für eine offene, von gegenseitigem Respekt geprägte Begegnung zwischen Juden und Christen.

Als ausgewiesener Kenner sowohl der jüdischen als auch der christlichen Geschichte, Kultur und Religion gab er mit seinen religionsphilosophischen und journalistischen Beiträgen dem gegenseitigen Verständnis von Juden und Christen wesentliche Impulse.

Sein unermüdliches Engagement in jüdischen wie christlichen Gemeinden, auf Kirchentagen, bei nationalen und internationalen Konferenzen und in interreligiösen Gesprächskreisen förderte den Aufbau vertrauensvoller und tragfähiger Netzwerke zwischen Juden und Christen nicht nur in Deutschland, sondern auch auf internationaler Ebene. Vielfach ist es ihm dabei gelungen, die Früchte christlich-jüdischer Zusammenarbeit in kritischer und pointierter Form einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln und sie in die gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit einzubringen.

Als liberal-religiöser Jude demonstrierte er exemplarisch, dass Religiosität und Vernunft, religiöse Identität und demokratisches Selbstverständnis nicht in Wider-



Prof. Dr. Micha Brumlik (4. November 1947 – 10. November 2025) wurde 2016 in Hannover mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet. Foto © DKR

spruch zueinanderstehen müssen, sondern auf inspirierende und fruchtbare Weise einander ergänzen können.

Micha Brumlik gelang es immer wieder, mit seinem Engagement, seiner medialen Präsenz und seinen wissenschaftlichen und pädagogischen Beiträgen Brücken zu bauen und Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen.

Möge sein Andenken zum Segen sein.

Präsidium und Vorstand
Bad Nauheim, 12. November 2025



Micha Brumlik (Zweiter von rechts) mit Manfred Gailus, Michael Daxner und Annette Leo auf dem Dach des Rechenzentrums; die Baustelle des Wiederaufbaus der Garnisonkirche im Hintergrund. Foto © Lernort Garnisonkirche

LERNORT GARNISONKIRCHE POTSDAM

In Trauer um Micha Brumlik

Der Lernort Garnisonkirche und sein wissenschaftlicher Beirat trauern um Micha Brumlik, der am 10. November 2025 im Alter von 78 Jahren verstarb. Micha Brumlik war Mitbegründer des Lernorts Garnisonkirche und Vorsitzender seines wissenschaftlichen Beirats. Er gab wichtige Impulse für die Arbeit des Lernorts, wirkte an seinen Veranstaltungen mit und initiierte Gespräche und Briefe. Exemplarisch zu nennen sind etwa sein Vortrag zu „Volk, Gott und Judenhass – Evangelische Theologen und der NS“ im Rahmen der Tagung des Lernorts „Gott mit uns. Das schwierige Erbe des Nationalsozialismus“ im Oktober 2021, ein Gespräch mit dem Ministerialdirektor beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Andreas Görge im Mai 2022 und sein gemeinsam mit Annette Leo verfasster Brief an das Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche im Februar 2023. Bereits von Krankheit gezeichnet, unterstützte Micha Brumlik letztmalig im März 2024 einen offenen Brief des Lernorts anlässlich der Teileröffnung des wiederaufgebauten Turms, in dem er gemeinsam mit anderen forderte, den Feldaltar der Garnisonkirche Potsdam an das Deutsche Historische Museum zu übergeben und nicht mehr liturgisch zu nutzen. Für Micha Brumlik zeigte der Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche „auf erschreckende Weise, wie sehr es Rechtsextremen in

Potsdam gelungen ist, die gesellschaftlichen Mitte zu infiltrieren und im öffentlichen Diskurs revisionistische Geschichtsdarstellungen und neu-rechte Argumentationen dauerhaft zu etablieren“ (Debatte um Garnisonkirchen-Wiederaufbau: War der „Ruf aus Potsdam“ rechtslastig? MAZ vom 21.7.2022).

Den Vorsitz des Beirats des Lernorts übernehmen nun die Historikerin Annette Leo und der Religionswissenschaftler Horst Junginger gemeinsam. Annette Leo war bereits zuvor seit Gründung des Lernorts stellvertretende Vorsitzende seines wissenschaftlichen Beirats.

Michael Daxner, ebenfalls Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Lernorts Garnisonkirche, würdigt Micha Brumlik mit folgenden Worten:

„Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde und viele Bekannte dazwischen: satt von Erinnerung und lebendiger Beziehung wurde Micha Brumlik am Freitag, den 14. November 2025 in der entferntesten Ecke des Jüdischen Friedhofs Berlin-Weissensee zu Grabe getragen. Hunderte seiner nahestehenden Bekannten, Chawerim, sind gekommen, um Abschied zu nehmen. Für viele hat er das Band geknüpft, das sie jetzt verbindet, das uns jetzt mit Erinnerung und Gedenken zusammengeführt hat. Was heute über seinen Lebenslauf verdichtet zusammengebracht wurde, Israel, Frankfurt, Berlin, Lehre, Forschung, Literatur, – das ist eine Seite dieses Menschen, der auch viele Ehrungen und Anerkennung gefunden hatte. Die andere Seite, sein besonderes menschliches

Profil, – darüber haben wir uns ausgetauscht, dankbar und irgendwie selbstbewusst in der Erinnerung an den Freund. Wieviel Intellektuelles, Historisches, Aktuelles wir mit ihm ausgetauscht haben, zustimmend, kritisch, oft beides, wichtig blieb die geradezu unheimliche Fähigkeit von Micha, aus jeder Kommunikation beides, Fortschritt und Friedlichkeit sich entwickeln zu lassen. Dabei ist unter den vielen Eigenschaften, die man aufzählen kann und sollte, hervorzuheben, wie gerne und gut er gelehrt hat, im Persönlichen, im Privaten und an der Universität. Er war einer der Letzten meiner Generation, und der Abschied gemahnt den Ablauf unserer Zeit. Aber die vielen, die Micha im akademischen und politischen Bereich ausgebildet und vor allem gebildet hatte, stellen jetzt eine Brücke in die Zukunft dar, die einen soliden Untergrund unter sein Lebenswerk und für viele künftige Generationen darstellt.

Man muss die religiösen Rahmungen des jüdischen Begräbnisses nicht oder doch besonders schätzen. Aber man hat heute erlebt, wie dieser Abschied viele Menschen zusammengeführt hat, die lange keinen Kontakt hatten, andere haben ihn noch vor ein paar Tagen gesehen und gesprochen. Eine selten erlebte Einigkeit entwickelte sich auf dem Friedhof, bei dem das Attribut ‚jüdisch‘ so viel bedeuten kann, und bei Micha Brumlik zusammengeführt, vermenschlicht wurde für alle, die ihm nachrufen und ihn bedenken.“

Philipp Oswalt betrauert mit dem Tod von Micha Brumlik

„den Verlust eines Menschen, der in seltener Weise intellektuelle Präzision, humanistisches Denken und gesellschaftliches Engagement verband. Er blieb sich selbst treu, überzeugte mit einem souveränen Urteilsvermögen und scheute sich dabei nicht, unbequeme und streitbare Positionen einzunehmen, und damit Konflikte in Kauf zu nehmen. Obgleich er als ‚public intellectual‘ eine wichtige Rolle in öffentlichen Diskursen einnahm, war er uneitel, offenherzig und neugierig.“

Lernort Garnisonkirche Potsdam
Berlin, 14. November 2025



BERND WINKELMANN

Das Ganze Sehen

Die Evolution des Seins,
die Menschwerdung des Menschen
und die Frage nach Gott

300 Seiten · Klappenbroschüre 14,5× 20,5 cm
Print: 28,- € · ISBN 978-3-96317-407-0
ePDF: 23,- € · ISBN 978-3-96317-978-5

Bernd Winkelmann will Das Ganze sehen: die Evolution des Seins vom Urknall und von der Evolution des Kosmos über die Entstehung und Evolution des Lebens bis zur Entfaltung der menschlichen Zivilisation.

Wie in einem Zeitraffer arbeitet er dabei zwei Sichtweisen heraus. Zum einen betrachtet er die Aufwärtsentwicklung der Evolution und das außerordentlich Staunenswerte in den ›Wundern‹ der Evolution innerhalb der Naturgesetze. Zum anderen schildert er die Zwiespältigkeit des Menschen – den Widerstreit zwischen aggressiven, imperialen Bestrebungen und seiner geistigen, sozialetischen Reifung. In den gegenwärtigen Krisen steht die Menschheit vor einer Schwellensituation zwischen globaler Selbstzerstörung und einem Hindurchkommen in eine progressive ›zweite Halbzeit‹ der Evolution (Ken Wilber). Bei all dem geht der Autor der Gottesfrage nach. Winkelmann versteht und interpretiert Gott nicht mehr als jenseitige Gottesperson, sondern als Urkraft und Sinnggebung allen Seins. In einem transreligiösen und evolutionären Gottesverständnis kann die neu zu entdeckende Kraft liegen für eine lebenswerte Zukunft.

Zum Verfasser

Bernd Winkelmann, Jahrgang 1942,
evangelischer Theologe.

V. Tagungsankündigung

„Gut informiert? Frieden und Kriege in den Medien“

Öffentliche Tagung von Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung

Termin: Freitag, 1. Mai, bis Sonntag, 3. Mai 2026
Ort: Evangelisches Augustinerkloster in Erfurt

Die politische Debatte und die gesellschaftliche Stimmung ändern sich rasant. Viele reiben sich die Augen: Befinden wir uns etwa in einer Vorkriegszeit? Militärisches Denken breitet sich aus und dominiert weithin die Politik und öffentliche Debatten. Großen Einfluss haben dabei die Medien. Sie sind zugleich Treiber und Getriebene der Entwicklung.

Welche Rolle kommt den Medien zu – den klassischen wie auch den alternativen und den Sozialen Medien? Nach welchen Mechanismen bewerten und verarbeiten die Redaktionen Nachrichten, Emotionen und Positionen? Bilden sie die Debatten und deren Standpunkte angemessen ab? Wo und wie kommen die Friedensansätze mit pazifistischer Perspektive zu Wort? Haben die Medien einen eigenen Kompass, mit dem sie zwischen friedens- und kriegslogischen Ansätzen navigieren können? Welche Mythen treiben die Medien an?

Auf diese Fragen soll die Tagung weiterführende Antworten geben. Personen aus der Medienpraxis und aus der Medienforschung werden interagieren, im engen Austausch mit Ihnen, den teilnehmenden Rezipienten und Akteurinnen – ein Dialog. Ziel ist es, sich für die eigene Mediennutzung, aktiv wie passiv, zu qualifizieren und im Dialog mit Medienschaffenden Wege zu einem konstruktivem Diskurs zu finden, der Frieden stiftet.

Als Referentinnen und Referenten haben bislang zugesagt:

- Lilith Becker, Leiterin des Social-Media-Netzwerks Yeet der EKD
- Karsten Frerichs, Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes
- Stephan Hebel, Kolumnist der Frankfurter Rundschau
- Friedrich Kramer, Friedensbeauftragter der EKD, Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland
- Dr. Philipp Meinhardt, Evangelischer Theologe
- Prof. Dr. Thomas Nauerth, Römisch-katholischer Theologe
- Stefan Raue, Intendant des Deutschlandfunks
- Prof. Dr. Carola Richter, Kommunikationswissenschaftlerin
- Prof. Dr. Sabine Schiffer, Medienwissenschaftlerin

Weitere sind angefragt.

Kosten: Tagungsgebühr: 75,- Euro, zzgl. Übernachtung und Verpflegung.

Interessierte in Ausbildung und andere Personen mit geringen Einkünften können mit ermäßigten Beiträgen teilnehmen.

Anmeldung: online über
<https://martin-niemoeller-stiftung.de/>

Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung
<mns-dbv@t-online.de>, Steingasse 9, 65183 Wiesbaden

Neuerscheinung im Erev-Rav Verlag



Nur über
den Verlag:
10,00 € pro Stück
zzgl. Versandkosten

Frieden suchen in konfliktreichen Zeiten

Woltersburger Mühle · Aktionsdienst für den Frieden

Jochen Cornelius-Bundschuh, Jan Gildemeister, Klara Butting

Krieg gilt wieder als legitimes Mittel der Politik. Wir erleben ein Vertrauen in militärische Sicherheit, leider auch in den Kirchen. Dieses Buch will diesem Sog etwas entgegensetzen. Denn die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich militärisch nicht nachhaltig lösen. Die Autorinnen und Autoren machen sich auf die Suche nach Antworten auf Fragen, die uns bedrängen: Wie können Kriege verhindert werden? Was schafft Sicherheit? Welchen Beitrag zum Frieden können Menschen im Militär oder in freiwilligen Friedensdiensten leisten? Welche Rolle kann die Kirche spielen? Frieden beginnt mit der eigenen Hoffnung, im eigenen Denken und Handeln. Dieses Buch kann dabei eine Hilfe sein.

Jochen Cornelius-Bundschuh

Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden

Simon Bödecker · Renke Brahms · Jochen Cornelius-Bundschuh (Hrsg.) · Klara Butting (Hrsg.)
Martina Fischer · Thorsten Gromes · Jan Gildemeister (Hrsg.) · Elvin Hülser · Charlotte Kehne
Rainer Keil · Michael Kettelhoit · Friedrich Kramer · Nicole Kunkel · Wolfram Stierle

Softcover | 12,5x19cm | 96 Seiten | 15,00 Euro
ISBN: 978-3-932810-77-0

Bestellungen: info@woltersburger-muehle.de oder woltersburger-muehle.de/shop

Die Zeitschrift „Verantwortung“ wird herausgegeben im Auftrag von „Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein für Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung e.V.“

Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. der Herausgeber wieder. Leserbriefe, Artikel und Anzeigen werden an die Redaktionsadresse erbeten. Schicken Sie uns Ihre Beiträge bitte in digitaler Form im Word-Format per E-Mail!

Herausgeber

Uwe-Karsten Plisch
Michael Karg
Reinhard Müller

Redaktion

Prof. (em.) Dr. Andreas Pangritz
Am Kniebusch 7 | 49082 Osnabrück
andreas.pangritz@uni-osnabrueck.de

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Dr. Karlheinz LIPP, Berlin
Reinhard MÜLLER, Waldhufen
Dr. Uwe-Karsten PLISCH, Berlin

Redaktionsschluss

Für Heft 77: 30. April 2026

Layout

Klaus H. Pfeiffer
Stuttgart

Druck

Gemeindebriefdruckerei
Martin-Luther-Weg 1
29393 Groß Oesingen
Tel. (05838) 990899
www.gemeindebriefdruckerei.de

Bestellung

Die „Verantwortung“ kann bestellt werden über die unter „Kontakte“ genannten Möglichkeiten, die Webseite des dbv oder über jede Buchhandlung mit Angabe der ISSN 0936-7454 und der Ausgabennummer. Verkaufspreis: 8,00 € – Doppelheft 16,00 € – (inkl. MwSt, zzgl. Versandkosten).

Vorstand von „Martin-Niemöller-Stiftung und Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.“

Vorsitzender

Uwe-Karsten Plisch
Parkstraße 40 | 13086 Berlin
ukp@bundes-esg.de

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Karg
Dahlienweg 6 | 35447 Reiskirchen
michael.max.karg@web.de

Reinhard Müller

Arnsdorferstr. 25 | 02906 Waldhufen
reinhard.mueller44@gmail.com

Beisitzerinnen und Beisitzer

Gerd Bauz
Klaus-Dieter Höflich
Edith Höll
Renate Höppner
Björn Rugenstein

Kontakte

Steingasse 9 | 65183 Wiesbaden
Tel. (06 11) 9 54 54 86
niemoellerstiftung@t-online.de
http://martin-niemoeller-stiftung.de/
www.dietrich-bonhoeffer-verein.de

Kontaktadressen Regionalgruppen (RG)

RG „Stuttgart“

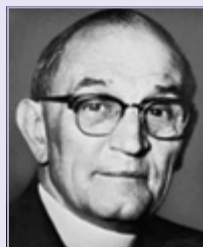
Klaus-Dieter Höflich
Landauer Str. 74 | 70499 Stuttgart
Tel. (0711) 864382
klaus.hoeflich@gmx.de

Bankverbindung

Martin-Niemöller-Stiftung
und D.-Bonhoeffer-Verein e.V.
IBAN: DE23 5109 0000 0008 3546 00
BIC: WIBADE5WXXX

Der „Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung e.V.“ ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen. Mitgliedsbeiträge an den Verein sind wie Spenden absetzbar.

Einstehen und Streiten für den Menschen



Martin Niemöller Stiftung und Dietrich Bonhoeffer Verein e.V.

Wir haben nicht zu fragen, wieviel wir uns zutrauen. Sondern wir sind es, die gefragt werden: Ob wir Gottes Wort zutrauen, dass es Gottes Wort ist und tut, was es sagt.

Wer hält stand? Allein der, dem nicht seine Vernunft, sein Prinzip, sein Gewissen, seine Freiheit, seine Tugend der letzte Maßstab ist, sondern der dies alles zu opfern bereit ist, wenn er im Glauben und in alleiniger Verbindung an Gott zu verantwortlicher Tat gerufen ist.

Niemöller.
Martin Niemöller

Dietrich Bonhoeffer
Dietrich Bonhoeffer